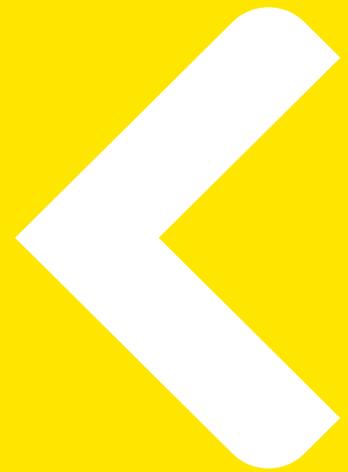




Zwischenbericht

1. bis 3. Quartal 2024



> Überblick

Raiffeisen Bank International (RBI)

Monetäre Werte in € Millionen	2024	2023	Veränderung
Erfolgsrechnung	1.1.-30.9.	1.1.-30.9.	
Zinsüberschuss	4.355	4.190	4,0%
Provisionsüberschuss	2.077	2.364	-12,2%
Verwaltungsaufwendungen	-2.893	-2.874	0,7%
Betriebsergebnis	3.821	4.030	-5,2%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-94	-251	-62,6%
Ergebnis vor Steuern	2.966	2.931	1,2%
Ergebnis nach Steuern	2.253	2.274	-0,9%
Konzernergebnis	2.083	2.114	-1,5%
Bilanz	30.9.	31.12.	
Forderungen an Kreditinstitute	19.605	14.714	33,2%
Forderungen an Kunden	100.105	99.434	0,7%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.757	26.144	6,2%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	120.300	119.353	0,8%
Eigenkapital	21.142	19.849	6,5%
Bilanzsumme	205.981	198.241	3,9%
Kennzahlen	1.1.-30.9.	1.1.-30.9.	
Return on Equity vor Steuern	20,3%	21,4%	-1,1 PP
Return on Equity nach Steuern	15,4%	16,6%	-1,2 PP
Konzern-Return-on-Equity	15,9%	17,4%	-1,5 PP
Cost/Income Ratio	42,7%	41,2%	1,5 PP
Return on Assets vor Steuern	1,92%	1,87%	0,05 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,96%	2,81%	0,14 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,25%	0,25%	0,00 PP
Bankspezifische Kennzahlen	30.9.	31.12.	
NPE Ratio	2,0%	1,9%	0,1 PP
NPE Coverage Ratio	51,8%	51,7%	0,1 PP
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	97.736	93.664	4,3%
Harte Kernkapitalquote ¹	17,8%	17,3%	0,5 PP
Kernkapitalquote ¹	19,5%	19,1%	0,4 PP
Eigenmittelquote ¹	22,0%	21,5%	0,4 PP
Aktienkennzahlen	1.1.-30.9.	1.1.-30.9.	
Ergebnis je Aktie in €	6,09	6,19	-1,5%
Schlusskurs in € (30.9.)	17,86	13,81	29,3%
Höchstkurs (Schlusskurs) in €	18,29	14,94	22,4%
Tiefstkurs (Schlusskurs) in €	16,03	12,73	25,9%
Anzahl der Aktien in Millionen (30.9.)	328,94	328,94	0,0%
Marktkapitalisierung in € Millionen (30.9.)	5.875	4.543	29,3%
Ressourcen	30.9.	31.12.	
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	44.535	44.887	-0,8%
Geschäftsstellen	1.471	1.519	-3,2%
Kunden in Millionen	18,7	18,6	1,0%

¹ Transitional – inklusive Ergebnis

Mit 1. Jänner 2024 wurde die Kalkulation der Cost/Income Ratio geringfügig angepasst, die Berechnung erfolgt nunmehr inkl. Finanztransaktionssteuer (die Werte der Vorperioden wurden adaptiert). Weitere Informationen befinden sich im Anhang im Kapitel Kennzahlen.

Mit RBI wird in diesem Bericht der RBI-Konzern bezeichnet. Ist dagegen die Raiffeisen Bank International AG gemeint, wird der Begriff RBI AG verwendet. Mit Konzernzentrale ist die Raiffeisen Bank International AG ohne Zweigstellen gemeint.

In den Tabellen und Grafiken können sich Rundungsdifferenzen ergeben. Die Veränderungswerte in den Tabellen basieren auf nicht gerundeten Ausgangswerten. Die im Bericht erwähnten Kennzahlen sind im Konzernabschluss unter Kennzahlen definiert.

> Inhalt

RBI auf dem Kapitalmarkt	4
Konzernzwischenlagebericht	7
Entwicklung der Märkte	7
Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode	9
Ergebnis- und Finanzentwicklung	10
Bilanz	14
Eigenmittel gemäß CRR/BWG	16
Risikomanagement	16
Ausblick	16
Segment- und Länderanalyse	17
Zentraleuropa	17
Südosteuropa	19
Osteuropa	21
Group Corporates & Markets	22
Corporate Center	23
Konzernzwischenabschluss	24
Unternehmen	24
Gesamtergebnisrechnung	25
Bilanz	26
Eigenkapital-Veränderungsrechnung	27
Kapitalflussrechnung	28
Segmentberichterstattung	29
Anhang	34
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	41
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente - Amortized Cost	48
Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente	53
Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Eigenkapital	61
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	63
Risikobericht	74
Sonstige Angaben	87
Regulatorische Angaben	96
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	99
Kennzahlen	100
Abkürzungsverzeichnis	102
Impressum	103

➤ RBI auf dem Kapitalmarkt

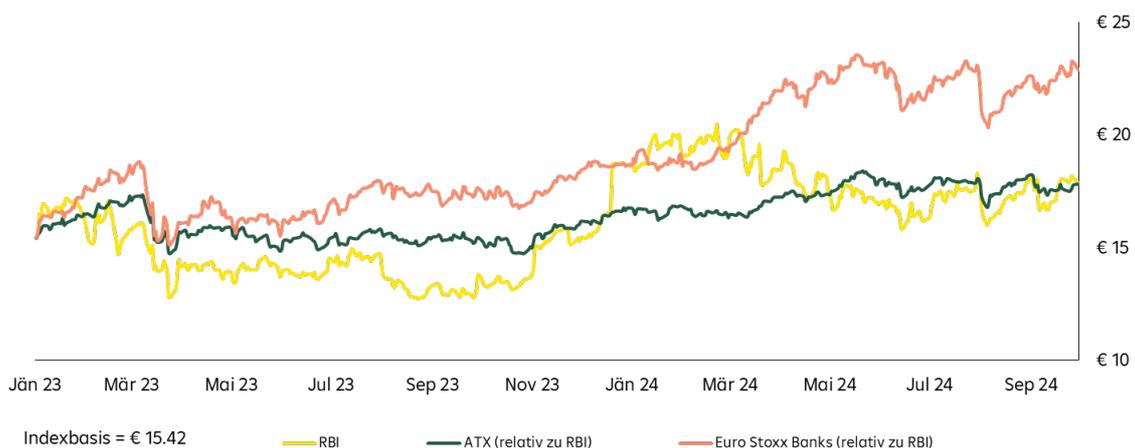
Entwicklung der RBI-Aktie

Begünstigt durch weiter fallende Inflationsraten und die Zinssenkungen der US-amerikanischen sowie der Europäischen Zentralbank (EZB) setzten die Aktienmärkte im dritten Quartal ihre Aufwärtstrends fort und markierten teils weitere neue Allzeithochs. Die positive Stimmung trübte sich nur kurzfristig ein, als die Märkte Anfang August deutlich nachgaben. Auslöser waren mehrere Faktoren, etwa Sorgen vor einer Überbewertung der großen US-Tech-Werte, die in den vorangegangenen Monaten sehr stark zugelegt hatten, sowie schwächere Arbeitsmarktdaten in den USA, die als Indikator für eine mögliche Rezession im kommenden Jahr interpretiert wurden. Hinzu kamen noch zunehmend unprofitabler werdende Zinsdifferenzgeschäfte im japanischen Yen, die aufgrund der hohen Zinsdifferenz zu Europa und den USA lange Zeit in großem Stil betrieben wurden. Nach den Leitzinsanhebungen der japanischen Notenbank verbunden mit einer Aufwertung des japanischen Yen begannen Anleger diese Geschäfte teilweise aufzulösen und sich durch Aktienverkäufe einzudecken. Folglich gehörte der japanische Aktienmarkt – nach einer beachtlichen Hausse im laufenden Jahr – mit zu den größten Verlierern unter den internationalen Aktienindizes. Die Märkte erholten sich jedoch rasch wieder und die meisten Aktienmärkte schlossen das Quartal im Bereich ihrer Höchststände ab.

Die Inflation in Europa ging im dritten Quartal im Vorjahresvergleich weiter zurück und sank im September unter zwei Prozent. Damit wurde seit Ausbruch des Ukrainekriegs und dem damit verbundenen Inflationsanstieg das Ziel der EZB von zwei Prozent erstmals wieder erreicht. Infolgedessen beschloss die EZB im September und Oktober zwei weitere Senkungen des Leitzinses (Einlagesatz) um jeweils 25 Basispunkte auf 3,25 Prozent. Während dies auf die europäischen Rentenmärkte kaum Auswirkungen hatte, entwickelten sich die Aktienmärkte in der Folge tendenziell positiv. Auch in den USA war die Inflationsentwicklung im zweiten Quartal rückläufig und die Fed leitete mit einem ersten Zinsschritt um 50 Basispunkte auf 5 Prozent ebenfalls die Zinswende ein.

Zu Beginn des dritten Quartals 2024 lag der Kurs der RBI-Aktie bei € 16,22. Zum Quartalsende notierte sie bei € 17,86. Sie legte damit um 10,1 Prozent zu. Der österreichische Aktienindex ATX stieg im dritten Quartal um 1,3 Prozent, während der europäische Bankenindex Euro Stoxx Banks 6,1 Prozent gewann.

Kursentwicklung seit 1. Jänner 2023 im Vergleich zu ATX und Euro Stoxx Banks



Kapitalmarktkommunikation

Am 30. Juli 2024 publizierte die RBI die Geschäftsergebnisse des zweiten Quartals 2024. Aus diesem Anlass hielt der Vorstand der RBI eine Webkonferenz mit über 360 Teilnehmern ab. Er erläuterte die Geschäftszahlen, ging dabei auch ausführlich auf die aktuelle Situation in Russland sowie die potenziellen Auswirkungen für die RBI ein und stand in der anschließenden Q&A-Runde für Fragen zur Verfügung.

Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten der RBI ist es, mit flexiblen und innovativen Informationsformaten den Kapitalmarktakteuren ein Höchstmaß an Transparenz zu bieten. Im dritten Quartal nahmen die Investor-Relations-Verantwortlichen und weitere Vertreter der RBI in Boston, Kopenhagen, London, Los Angeles, München, New York und Paris an Roadshows und Konferenzen teil. Ergänzt wurden diese Aktivitäten durch zahlreiche virtuelle Veranstaltungen im Rahmen von Telefon- und Webkonferenzen. Darüber hinaus bot Investor Relations Analysten, Eigen- und Fremdkapitalinvestoren einen individuellen Austausch mit dem CEO und CRO sowie Investor Relations telefonisch oder als Videokonferenz an. Schwerpunkte der Gespräche mit Investoren und Analysten im dritten Quartal waren weiter die Situation in der Ukraine, die Entwicklung in Russland sowie ihre möglichen Auswirkungen auf die RBI.

Neben 18 Aktienanalysten geben 22 Anleiheanalysten (Stand: 30. September 2024) regelmäßig Empfehlungen zur RBI als Investment ab.

Die RBI ist bestrebt, die Marktteilnehmer stets bestmöglich zu informieren. Im Sinn einer möglichst weiten Verbreitung und guten Zugänglichkeit ihres Informationsangebots stellt sie Präsentationen im Rahmen von Telefonkonferenzen sowie wichtigen Veranstaltungen als Webcasts online bereit. Diese sind im Internet unter www.rbinternational.com → Investoren → Events & Präsentationen abrufbar.

Emissionen

Im Februar begab die RBI eine Senior-Non-Preferred Benchmark-Emission in Höhe von € 500 Millionen, die zweite Emission der RBI in diesem Format innerhalb eines halben Jahres. Der endgültige Spread konnte, nach anfänglich kommunizierten Spread von 235 Basispunkten, bei 195 Basispunkten über dem Mid-Swap-Satz festgelegt werden, wobei die Orderbücher einen Höchststand von € 3,8 Milliarden erreichten. Die Emission hat eine Laufzeit von 5,5 Jahren, unterstützt das Moody's Kreditrating der RBI und bietet einen jährlichen Kupon von 4,625 Prozent.

Im Mai emittierte die RBI die erste Senior-Preferred-Benchmark-Anleihe des Jahres in Höhe von € 500 Millionen. Nach vorangegangener Investorenarbeit war die Nachfrage groß und die Emission mit einem Orderbuch von über € 2,5 Milliarden fünffach überzeichnet. Dies erlaubte es, den anfänglich kommunizierten Spread von 190 Basispunkten bei 155 Basispunkten über dem Mid-Swap-Satz festzulegen. Bei der Allokation an Investoren hauptsächlich aus dem europäischen Raum wurde auf eine diversifizierte Zuteilung geachtet. Die Emission hat eine Laufzeit von 6 Jahren (nicht kündbar für 5 Jahre) und einen jährlich fälligen Kupon von 4,5 Prozent.

Im August emittierte die RBI die zweite Senior-Preferred-Benchmark-Anleihe des Jahres in Höhe von € 500 Millionen. Aufgrund der großen Nachfrage konnte der anfänglich kommunizierte Spread von 175 Basispunkten bei 140 Basispunkten über dem Mid-Swap-Satz festgelegt werden. Die Emission hat eine Laufzeit von 5 Jahren (nicht kündbar für 4 Jahre) und einen jährlich fälligen Kupon von 3,875 Prozent.

Im September emittierte die RBI eine Tier-2-Anleihe in Höhe von € 500 Millionen, die erste Emission der RBI in diesem Format seit über zwei Jahren. Der endgültige Spread konnte, nach ursprünglich angesetzten 350 Basispunkten, bei 310 Basispunkten über dem Mid-Swap-Satz festgelegt werden. Dank guter Marktdynamik und umfangreicher Vorarbeit mit Investoren erreichten die Orderbücher einen Höchststand von rund € 2,3 Milliarden. Die Emission hat eine Laufzeit von 10,25 Jahren, ist nicht kündbar für 5,25 Jahre und bietet einen jährlichen Kupon von 4,625 Prozent. Diese Emission war mit einem Rückkaufangebot für die im März 2025 kündbare ausstehende Tier-2-Anleihe verbunden, das gut angenommen wurde.

RBI Rating

Die RBI steht in regelmäßigem Kontakt mit den Analysten der Rating-Agenturen und informiert diese laufend über ihre Geschäftsentwicklung, um eine möglichst zutreffende Bewertung sicherzustellen. Derzeit wird die RBI weiterhin durch Moody's Investors Service sowie Standard & Poor's geratet. Das Rating durch Moody's wurde zuletzt im dritten Quartal 2023 angepasst und das Rating für Public-sector covered bonds um eine Stufe von Aa2 auf Aa1 erhöht. Die übrigen Einschätzungen blieben unverändert. Standard & Poor's bekräftigte sein Rating zuletzt im Mai 2024 vor dem Hintergrund einer erneut guten Geschäftsentwicklung sowie hoher Kapitalpuffer, durch die Risiken aus dem Russland-Geschäft aufgefangen werden könnten. Die Einbindung in die stabil und breit aufgestellte Raiffeisen-Bankengruppe trägt ebenfalls positiv zu dem Ratingurteil bei. Auch die Entscheidung eines russischen Gerichts im September, dass die Aktien der russischen AO Raiffeisenbank ab sofort einer Verfügungsbeschränkung unterliegen, änderte nichts an der Ratingeinschätzung.

Rating	Moody's Investors Service	Standard & Poor's
Langfrist-Rating	A1	A-
Ausblick	stabil	negativ
Kurzfrist-Rating	P-1	A-2
Junior Senior Unsecured	Baa2	—
Subordinated (Tier 2)	Baa2	BBB
Additional Tier 1	Ba2(hyb)	BB
Public-sector covered bonds	Aa1	—
Mortgage covered bonds	Aa1	—

Aktionärsstruktur

Die Raiffeisen Landesbanken halten rund 61 Prozent der RBI-Aktien, die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (Stand: 30. September 2024). Mit einer breiten geografischen Streuung sowie unterschiedlichen Anlagezielen weisen die RBI-Aktionäre eine ausgewogene Struktur auf.

Aktienkennzahlen und Details zur Aktie

Schlusskurs zum 30. September 2024	€ 17,86
Höchstkurs/Tiefstkurs (Schlusskurse) im dritten Quartal 2024	€ 18,29 / € 16,03
Ergebnis je Aktie vom 1. Jänner bis zum 30. September 2024	€ 6,09
Buchwert je Aktie zum 30. September 2024	€ 55,42
Marktkapitalisierung zum 30. September 2024	€ 5.875 Millionen
Durchschnittlicher Tagesumsatz (Einzelzählung) im dritten Quartal 2024	238.073 Stück
Streubesitz zum 30. September 2024	rund 39%
ISIN	AT0000606306
Ticker-Symbole	RBI (Wiener Börse)
	RBI AV (Bloomberg)
	RBIV.VI (Reuters)
Marktsegment	Prime Market
Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 30. September 2024	328.939.621

Finanzkalender 2025

27. Jänner 2025	Beginn der Quiet Period
4. Februar 2025	Vorläufige Geschäftszahlen 2024, Conference Call
25. Februar 2025	Jahresfinanzbericht 2024
16. März 2025	Nachweisstichtag Hauptversammlung
26. März 2025	Ordentliche Hauptversammlung
31. März 2025	Ex-Dividendtag
1. April 2025	Nachweisstichtag Dividenden
2. April 2025	Dividenden-Zahltag
24. April 2025	Beginn der Quiet Period
6. Mai 2025	Zwischenbericht 1. Quartal, Conference Call
23. Juli 2025	Beginn der Quiet Period
30. Juli 2025	Zwischenbericht 1. Halbjahr, Conference Call
23. Oktober 2025	Beginn der Quiet Period
30. Oktober 2025	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call

> Konzernzwischenlagebericht

Entwicklung der Märkte

Die konjunkturelle Entwicklung vieler Länder Europas ist 2024 von einer anhaltenden Schwäche der Industrie und partiell des Baugewerbes gekennzeichnet. Vom Dienstleistungssektor geht hingegen moderater Rückenwind für die Konjunktur aus. Diese divergierende Entwicklung spiegelt sich auch auf Länderebene wider. Denn während industrielastrigere Länder wie Deutschland und Österreich zu den konjunkturellen Schlusslichtern gehören, verzeichnen Länder mit einem höheren Dienstleistungsanteil wie Spanien eine vorteilhaftere Konjunkturentwicklung. Mit Blick auf die USA sind über den Sommer Befürchtungen aufgekommen, die US-Wirtschaft könnte in eine Rezession abgleiten. Allerdings lassen Wirtschaftsdaten weiterhin eine sanfte Landung am wahrscheinlichsten erscheinen. In China versucht die Regierung, mittels geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen das Wachstumsziel von rund 5 Prozent zu erreichen. Der Erfolg ist jedoch nicht gewiss, zudem werden damit nicht die strukturellen Probleme Chinas adressiert. Der Disinflationprozess im Euroraum und in den USA verläuft 2024 weitaus langsamer als 2023. Dennoch haben sowohl die EZB als auch die Fed im Sommer bzw. Herbst begonnen, die Leitzinsen zu senken, da eine nachhaltige Erreichung der Inflationsziele in den nächsten Monaten bzw. 2025 allgemein erwartet wird. Beide Notenbanken dürften daher das sich nach wie vor im restriktiven Bereich befindliche (Leit-)Zinsniveau 2025 weiter senken. Auch in der CE/SEE-Region wird mit (weiteren) Zinssenkungen gerechnet. Ein schnelles Ende des Kriegs in der Ukraine scheint aus heutiger Sicht unwahrscheinlich. Bei Ausbleiben einer weiteren substanziellen militärischen Eskalation sind jedoch keine zusätzlichen negativen Implikationen für die Konjunktur in der Eurozone sowie in den CE/SEE-Ländern zu erwarten. Ein weiterer Risikofaktor ist die Lage im Nahen Osten. Es bestehen klare Abwärtsrisiken für die konjunkturelle Entwicklung und Aufwärtsrisiken für die Inflation, die im Falle einer signifikanten militärischen Eskalation schlagend würden.

Die Konjunkturdynamik des **Euroraums** konnte in der ersten Jahreshälfte 2024 etwas zulegen. Im Gesamtjahr 2024 dürfte das BIP-Wachstum ein wenig höher ausfallen als im Vorjahr (0,8 Prozent nach 0,5 Prozent). 2025 sollte sich das Wirtschaftswachstum beschleunigen und es sollten neben dem privaten Konsum auch die Investitionen zum Aufschwung beitragen. Die Inflationsrate reduzierte sich im Jahresverlauf 2024 und fiel im September unter die 2,0-Prozent-Marke zurück. Bis Jahresende 2024 wird ein Anstieg der Inflationsrate erwartet. Für 2025 wird mit einem Preisauftrieb von durchschnittlich 2 Prozent gerechnet, was dem EZB-Ziel entspricht.

Die **EZB** begann im Juni den Leitzinssenkungszyklus. Im September wurde die Differenz des Hauptrefinanzierungssatzes zum Einlagesatz von 50 auf 15 Basispunkte verringert. Der bestimmende Leitzins für die geldpolitische Ausrichtung ist der Einlagesatz. 2024 erfolgten Senkungen des Einlagesatzes von je 25 Basispunkten im Juni, September und Oktober. Mit einem weiteren Schritt in diesem Ausmaß wird im Dezember gerechnet. 2025 dürfte der Leitzinssenkungspfad mit 25 Basispunkten pro Quartal fortgesetzt werden. Die EZB verkleinerte 2024 das von ihr gehaltene Anleiheportfolio, indem auslaufende Anleihen nicht mehr reinvestiert werden. Dieser Bilanzabbau wird 2025 in einem etwas höheren Tempo fortgesetzt.

Auch im Jahr 2024 hat sich die konjunkturelle Schwächephase **Österreichs** fortgesetzt. So wird allgemein erwartet, dass das reale BIP im Gesamtjahr abermals zurückgehen wird (Prognose: minus 0,5 Prozent), nachdem Österreich bereits im Vorjahr zu den konjunkturellen Schlusslichtern des Euroraums gehörte (BIP real 2023: minus 1,0 Prozent). Neben der anhaltenden Schwäche im Industrie- und Bausektor ist es insbesondere die enttäuschende Entwicklung des realen privaten Konsums, die auf der Konjunktur lastet. Die deutlichen Lohnkostenanstiege wiederum schmälern die Unternehmensgewinne, was die Investitionsneigung dämpft. Auch 2025 ist daher nur ein verhaltenes Investitionswachstum zu erwarten. Die konjunkturellen Hoffnungen ruhen folglich abermals auf dem privaten Konsum. Ein BIP-Wachstum von bis zu einem Prozent (Prognose: 0,9 Prozent) ist möglich, es überwiegen jedoch die Abwärtsrisiken.

Die Volkswirtschaften **Zentraleuropas (CE)** sind auf dem Weg zu einem gedämpften Aufschwung im Jahr 2024, der durch eine anziehende Verbrauchernachfrage - hervorgerufen durch Reallohnzuwächse -, sinkende Inflation und Zinssenkungen gestützt wird. Jedoch sind die Schwäche der Industrie und die schleppende Auslandsnachfrage Belastungsfaktoren. Im Jahr 2025 wird das Wachstum aufgrund der starken Verbrauchernachfrage und steigender Investitionen stärker ausfallen, was durch eine - wenn auch vorsichtiger - Lockerung der Geldpolitik noch unterstützt wird. Andererseits steht die fiskalische Konsolidierung in mehreren Ländern der Region auf der Tagesordnung und könnte neben der Schwäche der Industrie zu einem Stolperstein werden. Polen bleibt ein positiver Ausreißer, da das Wachstum durch die verzögerte Freigabe der NGEU-Mittel im 1. Halbjahr 2024 und 2025 unterstützt wird. Die Slowakei dürfte sich 2025 als Nachzügler erweisen, da die Inanspruchnahme von EU-Mitteln beeinträchtigt wird und die Haushaltskonsolidierung noch stärker ausfallen könnte als bisher erwartet.

Die Region **Südosteuropa (SEE)** verzeichnete 2024 eine langsamere Erholung, sowohl im Vergleich zu CE als auch im Vergleich zu vorangegangenen Erwartungen, was jedoch hauptsächlich auf die überraschende Schwäche der rumänischen Wirtschaft zurückzuführen ist. Die relativ starke Entwicklung des Tourismus, die besonders das Wachstum in Albanien und Kroatien antreibt, in Kombination mit dem Zustrom von Heimatüberweisungen in Länder mit einer großen Diaspora, führten dazu, dass sich die Region dennoch besser entwickelte als der Euroraum und große Teile Europas. 2025 wird die anhaltende Schwäche der rumänischen Wirtschaft zu einem weiteren Jahr mit gedämpftem Wachstum führen. Dennoch stützen der anhaltende Zufluss von EU-Mitteln und das Investitionswachstum gemeinsam mit einer weiteren Verlangsamung der Inflation, einem starken

Lohnwachstum und sinkenden Zinssätzen das Wirtschaftswachstum, auch wenn es weiterhin unter dem Potenzial bleiben dürfte.

In der **Ukraine** belastet der anhaltende Krieg weiterhin die Wirtschaft und den Wiederaufbau. Unterstützt durch die Politik der Regierung und der Zentralbanken, den privaten Konsum und eine Erholung der Industrie beweist die Wirtschaft jedoch ihre Fähigkeit, sich weiter an die Kriegsbedingungen anzupassen. Im Jahr 2024 sollten unter anderem der Aufschwung des realen privaten Konsums, öffentliche Ausgaben sowie eine moderate Erholung der Investitionen ein BIP-Wachstum von gut 3 Prozent ermöglichen.

Gestützt durch umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen erwies sich die **russische Wirtschaft** trotz des Kriegs, der damit verbundenen Sanktionen, der selbstauferlegten Isolation im Außenhandel sowie des gedämpften Investoreninteresses auch 2024 als widerstandsfähig. Fiskalische Anreize sollten auch 2025 die Eckpfeiler hinter dem ansonsten schleppenden Wachstum sein, während die vorherige Abwertung des Rubel und der damit verbundene Anstieg der Inflation bedeuten, dass die monetären Bedingungen das ganze Jahr über straff bleiben werden. In Belarus startete die Wirtschaft stärker als angenommen in das Jahr 2024. Ein erwarteter Inflationsanstieg, ein verstärkter Wettbewerb auf dem russischen Markt, ein anhaltendes Handelsdefizit, ein erschwerter Zugang zu externer Finanzierung aufgrund von Sanktionen sowie nachlassende Basiseffekte sollten jedoch das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte abschwächen.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2022	2023	2024e	2025f
Polen	5,3	0,1	3,1	3,8
Slowakei	1,9	1,6	2,3	1,9
Tschechien	2,9	0,0	1,1	2,9
Ungarn	4,6	-0,7	1,7	3,0
Zentraleuropa	4,2	0,2	2,4	3,3
Albanien	4,8	3,9	4,0	4,1
Bosnien und Herzegowina	4,2	2,1	2,1	3,1
Kosovo	4,3	4,1	4,7	4,2
Kroatien	7,3	3,3	3,6	2,9
Rumänien	4,0	2,4	1,2	2,2
Serbien	2,6	3,8	3,8	4,0
Südosteuropa	4,3	2,7	2,1	2,7
Belarus	-4,7	3,9	4,0	2,0
Russland	-1,2	3,6	3,6	0,9
Ukraine	-28,8	5,3	3,4	4,9
Osteuropa	-3,9	3,7	3,6	1,3
Österreich	5,3	-1,0	-0,5	0,9
Eurozone	3,4	0,5	0,8	1,5

Quelle: Raiffeisen Research, Stand Ende Oktober 2024, (e: Schätzung, f: Prognose), für bereits abgeschlossene Jahre sind nachträgliche Revisionen möglich

Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode

Update zu Russland

Am 8. Mai entschied der Vorstand der RBI nach intensiven Gesprächen mit den zuständigen Behörden aus Gründen der Vorsicht, im Sinne ihrer Kunden und Aktionäre die politischen Risiken nicht einzugehen und die ursprünglich angestrebte STRABAG-Transaktion nicht weiter zu verfolgen. Die RBI arbeitet weiter an einer Abspaltung oder einem Verkauf der russischen Tochterbank AO Raiffeisenbank.

Am 5. September erließ ein russisches Gericht eine einstweilige Verfügung, durch die alle Aktien der russischen AO Raiffeisenbank mit sofortiger Wirkung einer Verfügungsbeschränkung unterliegen. Die RBI ist 100-prozentige Eigentümerin der AO Raiffeisenbank.

Die Entscheidung steht im Zusammenhang mit dem kürzlich von Rasperia Trading Limited in Russland eingeleiteten Gerichtsverfahren gegen die STRABAG SE, ihre österreichischen Kernaktionäre und die AO Raiffeisenbank. Die AO Raiffeisenbank wird in der Klage als mit den anderen Beklagten in Verbindung stehend erwähnt, obwohl ihr kein Fehlverhalten vorgeworfen wird. Die RBI ist nicht Partei in diesem Verfahren.

Aufgrund dieser Entscheidung kann die RBI ihre Anteile an der AO Raiffeisenbank nicht übertragen. Das erschwert den Verkaufsprozess, in dem die RBI eine Mehrheitsbeteiligung an der AO Raiffeisenbank veräußern will, und wird unweigerlich zu weiteren Verzögerungen führen. Die RBI wird mit allen rechtlichen Mitteln versuchen, diese Gerichtsentscheidung rückgängig zu machen. Selbst eine vollständige Entkonsolidierung der russischen Tochterbank bei einem Buchwert von null könnte durch die jetzigen Kapitalreserven vollständig abgedeckt werden.

Derweil werden die Geschäftsaktivitäten in Russland stark reduziert; seit Kriegsbeginn wurde das Kreditgeschäft um fast 60 Prozent zurückgefahren. Außerdem wurde das Zahlungsverkehrsgeschäft erheblich eingeschränkt. Abgesehen von der AO Raiffeisenbank wurden alle Korrespondenzbankbeziehungen mit russischen Banken beendet. Von der AO Raiffeisenbank werden Maßnahmen gesetzt, Kundeneinlagen weiter zu senken. Die RBI wird in Übereinstimmung mit den EZB-Vorgaben das Geschäft der AO Raiffeisenbank nochmals sehr stark reduzieren.

RBI unterzeichnet Vereinbarung zum Verkauf der Priorbank JSC an Soven 1 Holding Limited

Am 20. September 2024 gab die RBI bekannt, eine Vereinbarung zum Verkauf ihres Anteils von 87,74 Prozent an der Priorbank JSC und deren Tochtergesellschaften an Soven 1 Holding Limited unterzeichnet zu haben. Damit wurden die Verhandlungen abgeschlossen, die am 14. Februar 2024 angekündigt worden waren. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt behördlicher Genehmigungen und eines erfolgreichen Closings, das im vierten Quartal 2024 erwartet wird.

Zum Closing ist mit einem erwarteten negativen Effekt auf das Konzernergebnis in Höhe von rund € 300 Millionen aus dieser Transaktion zu rechnen, der sich im Wesentlichen aus der Differenz zwischen Kaufpreis und Buchwert des Eigenkapitals der Priorbank JSC ergibt. Aufgrund der zum Berichtsstichtag fehlenden regulatorischen Genehmigungen für den Verkauf und der damit verbundenen Unsicherheiten wurde für den erwarteten Verlust keine Rückstellung gemäß IAS 37 gebildet.

Die Auswirkung auf die harte Kernkapitalquote des RBI-Konzerns ohne Russland dürfte zum Closing rund minus 5 Basispunkte betragen und ergibt sich aus der geschätzten Differenz zwischen dem Kaufpreis und dem Buchwert des Eigenkapitals sowie der Entkonsolidierung der risikogewichteten Aktiva der Priorbank JSC.

Bei Closing wird mit einem zusätzlichen negativen Effekt auf das Konzernergebnis von geschätzt etwa € 500 Millionen gerechnet – ohne Auswirkungen auf das regulatorische Kapital und die Kapitalquoten des RBI-Konzerns. Dies hängt mit der Umgliederung überwiegend historischer Währungsverluste zusammen, die derzeit im sonstigen Ergebnis erfasst werden.

Mit Vollzug dieser Transaktion wird sich die RBI erfolgreich aus dem belarussischen Markt zurückziehen und damit operative Komplexität im Sinne ihrer Strategie zur Risikominderung in Osteuropa reduzieren.

Die Priorbank JSC wird unter ihrem neuen Eigentümer völlig unabhängig agieren.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Die Berichtsperiode war weiterhin durch die anhaltend angespannte geopolitische Lage geprägt. Das Konzernergebnis wurde besonders von einer weiteren Geschäftsreduktion in Russland, den eingeleiteten Zinsmaßnahmen insbesondere im Euro-Raum sowie dem immer noch hohen Inflationsdruck auf der Kostenseite in den meisten Märkten beeinflusst. Es lag mit € 2.083 Millionen um € 31 Millionen unter dem Wert des Vorjahres. Währungsabwertungen, vor allem des russischen Rubel und der ukrainischen Hrywnja um durchschnittlich jeweils 9 Prozent sowie der tschechischen Krone um durchschnittlich 5 Prozent, führten im Jahresvergleich zu negativen Konvertierungseffekten auf das Konzernergebnis in Höhe von € 158 Millionen.

Die Kernerträge (Zins- und Provisionsüberschuss) sanken insgesamt um € 122 Millionen oder 2 Prozent auf € 4.432 Millionen. Eine positive Entwicklung verzeichnete dabei der Zinsüberschuss mit einem Anstieg um € 166 Millionen auf € 4.355 Millionen. Dazu steuerten vor allem Südosteuropa aufgrund höherer Volumina sowie die Slowakei aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr höheren Zinsniveaus im Euro-Raum bei. In der Konzernzentrale war hingegen ein rückläufiger Trend zu beobachten, der vor allem die höhere Zinsensibilität im Firmenkundengeschäft im kurzfristigen Einlagebereich widerspiegelte. Trotz adverser Währungsumrechnungseffekte sowie einer gezielten Reduktion des Kundengeschäfts erzielte auch Russland einen Anstieg des Zinsüberschusses. Dies resultierte einerseits aus der Anhebung des Zinsniveaus seitens der russischen Zentralbank, andererseits auch aus einer bewussten signifikanten Reduktion der Einlagezinssätze für Firmen- und Privatkunden. Der Rückgang des Provisionsüberschusses um € 288 Millionen war ausschließlich auf Russland (Rückgang: € 345 Millionen) zurückzuführen, wobei die Reduktion der Aktivitäten und die Währungsabwertung zu einer deutlichen Abnahme führten. In allen anderen Märkten entwickelte sich das Provisionsergebnis stabil.

Kostenseitig kam es im Jahresvergleich inflationsbedingt zu einem Auftrieb um 1 Prozent oder € 20 Millionen auf € 2.893 Millionen. Lediglich Russland verzeichnete einen Kostenrückgang um € 124 Millionen, der neben Währungseffekten in erster Linie auf Sondereffekten im Personalbereich in der Vorjahresperiode beruhte.

Eine positive Entwicklung verzeichneten die Risikokosten, die mit € 94 Millionen deutlich unter dem Vorjahr (€ 251 Millionen) lagen. Während das Vorjahr im Wesentlichen von Vorsorgen in Osteuropa geprägt war, kam es im Berichtsjahr in Russland aufgrund von Rückzahlungen zu Nettoauflösungen. Aber auch Zentraleuropa verzeichnete, bedingt durch eine Verbesserung der makroökonomischen Aussichten, Auflösungen. Gegenläufig entwickelte sich die Situation in der Konzernzentrale, wo im Bereich Immobilienfinanzierungen und Firmenkunden zusätzliche Vorsorgen gebildet werden mussten. Die Aufwendungen für kreditbezogene Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen beliefen sich auf € 508 Millionen (Vorjahresperiode: € 605 Millionen), wobei vor allem Polen mit € 493 Millionen an zusätzlichen Vorsorgen in Zusammenhang mit Hypothekarkrediten in Fremdwährungen (Schweizer Franken und Euro) verzeichnete. Treiber für weitere Rückstellungen waren negative Gerichtsurteile, den Kunden zustehende Verzugszinsen sowie eine Verkürzung des Diskontierungszeitraums infolge einer Anpassung der Erwartungen in Bezug auf ein beschleunigtes Eintreffen der Kundenklagen sowie raschere Prozessverfahren. Der Anstieg der Ertragsteuern um € 56 Millionen auf € 713 Millionen war neben Ergebniszuwächsen insbesondere auf Sondersteuern in der Slowakei und die Erhöhung des Steuersatzes in der Ukraine zurückzuführen. Die effektive Steuerquote erhöhte sich somit auf 24,0 Prozent.

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresbeginn um rund € 7,7 Milliarden oder 3,9 Prozent auf € 206 Milliarden, trotz negativer Währungseffekte von rund € 1,9 Milliarden oder 0,9 Prozent. Russland verzeichnete aufgrund der gezielten Geschäftseinschränkungen mit Firmenkunden und Haushalten einen Rückgang der Bilanzsumme um rund € 2,5 Milliarden, wobei rund € 0,7 Milliarden auf die Abwertung des russischen Rubel zurückzuführen sind. Ohne die Sondereffekte in Russland entwickelte sich das Kundengeschäft währungsbereinigt stabil, einen geringen Anstieg um € 0,6 Milliarden verzeichnete das Segment Südosteuropa. Ein aktives Liquiditätsmanagement führte zu einer Ausweitung der Geschäftstätigkeiten mit aktiv- und passivseitigen Repo-Geschäften vorwiegend in der Konzernzentrale und in Tschechien. Dies führte zu einem Anstieg der Bilanzsumme um rund € 4,5 Milliarden. Darüber hinaus wurde vor allem im Segment Zentraleuropa und in der Konzernzentrale in Wertpapiere, vorwiegend Staatsanleihen, investiert. Das Volumen erhöhte sich dadurch um rund € 5,4 Milliarden. Auf der Refinanzierungsseite erhöhten sich die Kundeneinlagen von Nicht-Finanzunternehmen in der Konzernzentrale sowie Haushalten vorwiegend in Tschechien und Rumänien um rund € 2 Milliarden. Neue Emissionen von Schuldverschreibungen in erster Linie in der Konzernzentrale sowie in der Slowakei und in der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. führten zu einem Anstieg um € 3,4 Milliarden.

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Anstieg um € 1,3 Milliarden auf € 21,1 Milliarden. Das Gesamtergebnis erhöhte sich um € 1,8 Milliarden, wobei es sich aus dem Ergebnis nach Steuern in Höhe von € 2,3 Milliarden und dem sonstigen Ergebnis von minus € 0,4 Milliarden zusammensetzte. Letzteres entstand vorwiegend aus negativen Konvertierungseffekten betreffend den russischen Rubel, die ukrainische Hrywnja, die tschechische Krone sowie den ungarischen Forint. An Dividenden wurden für das Geschäftsjahr 2023 € 0,6 Milliarden ausgeschüttet. Die harte Kernkapitalquote (transitional) betrug zum Berichtsstichtag 17,0 Prozent, unter Berücksichtigung des Periodenergebnisses aus dem dritten Quartal ergäbe sich eine harte Kernkapitalquote (transitional) von 17,8 Prozent.

Ergebnis im Jahresvergleich

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	Veränderung	
Zinsüberschuss	4.355	4.190	166	4,0%
Dividendenerträge	31	27	4	14,5%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	57	71	-15	-20,7%
Provisionsüberschuss	2.077	2.364	-288	-12,2%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	98	205	-107	-52,4%
Ergebnis aus Hedge Accounting	9	-12	21	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	88	57	30	52,7%
Betriebserträge	6.714	6.904	-189	-2,7%
Personalaufwand	-1.609	-1.660	51	-3,1%
Sachaufwand	-931	-871	-60	6,9%
Abschreibungen	-353	-343	-10	2,9%
Verwaltungsaufwendungen	-2.893	-2.874	-20	0,7%
Betriebsergebnis	3.821	4.030	-209	-5,2%
Übriges Ergebnis	-571	-589	18	-3,1%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-191	-259	68	-26,4%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-94	-251	157	-62,6%
Ergebnis vor Steuern	2.966	2.931	35	1,2%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-713	-657	-56	8,5%
Ergebnis nach Steuern	2.253	2.274	-21	-0,9%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-171	-161	-10	6,2%
Konzernergebnis	2.083	2.114	-31	-1,5%

Betriebserträge

Mit der in der Berichtsperiode eingeleiteten geldpolitischen Trendwende der EZB (im Juni erfolgte die erste Zinssenkung seit acht Jahren, im September eine weitere) sowie der bereits an Dynamik abnehmenden geldpolitischen Lockerung in den Ländern Zentral- und Südosteuropas gestalteten sich die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Zinsüberschusses schwierig. Auch die Fed führte mit einer Senkung der Leitzinsen im September eine Zinswende in den USA herbei. Trotz dieser herausfordernden Umstände und negativer Währungseffekte in Osteuropa, Tschechien und Ungarn stieg der Zinsüberschuss im Jahresvergleich um € 166 Millionen auf € 4.355 Millionen. Die Slowakei verzeichnete dabei aufgrund vorwiegend zinssatzbedingter höherer Erträge aus Kundenkrediten an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte einen Zuwachs um € 60 Millionen. Der Anstieg des Zinsüberschusses um € 33 Millionen in Rumänien ist auf volumenbedingte höhere Zinserträge aus der Liquiditätsveranlagung (Staatsanleihen) sowie höhere Marktzinssätze bei Fremdwährungskrediten zurückzuführen. In Serbien führten gestiegene Volumina und höhere Marktzinssätze zu einer Erhöhung des Zinsüberschusses um € 27 Millionen, wobei angesichts der hervorragenden Liquiditätsausstattung die Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen auf niedrigem Niveau blieben. In Russland sorgten eine konträre Geldpolitik mit zahlreichen Zinserhöhungen und daraus resultierend höhere Zinserträge aus Interbankveranlagungen für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 127 Millionen. In der Konzernzentrale gab es hingegen einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 93 Millionen aufgrund höherer Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen. Die Verringerung des Zinsüberschusses um € 21 Millionen in Tschechien und um € 18 Millionen in Ungarn waren währungs- und zinssatzbedingt.

Die durchschnittlichen zinstragenden Aktiva des Konzerns verringerten sich im Jahresvergleich um 1 Prozent, vorwiegend aufgrund von Rückgängen in Osteuropa (sonstige Sichteinlagen) und der Slowakei (Zentralbankguthaben). Die Nettzinsspanne verbesserte sich um 14 Basispunkte auf 2,96 Prozent, was neben einem Anstieg in Osteuropa - bedingt durch niedrigere durchschnittliche zinstragende Aktiva - auf einen Anstieg um 51 Basispunkte in der Slowakei und einen Anstieg um 37 Basispunkte in Serbien zurückzuführen war. In der Slowakei führten neben dem Anstieg des Zinsüberschusses auch um 6 Prozent niedrigere durchschnittliche zinstragende Aktiva zur positiven Entwicklung der Zinsspanne bei, während in Serbien vor allem niedrigere Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen trotz gestiegener Marktzinssätze für eine höhere Nettzinsspanne sorgten.

Insgesamt sank der Provisionsüberschuss um € 288 Millionen auf € 2.077 Millionen. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Russland zurückzuführen (Abnahme: € 345 Millionen, davon € 83 Millionen aus negativen Konvertierungseffekten), während die meisten anderen Länder des Konzerns eine Steigerung zeigten. Vor allem in Ungarn und in der Slowakei sorgten höhere Erträge aus dem Zahlungsverkehr für einen Zuwachs, während in Serbien eine höhere Transaktionsanzahl primär zu einem verbesserten Provisionsergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft führte. Auf Konzernebene reduzierte sich das Provisionsergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft jedoch in Folge der volumen- und währungsbedingten Verringerung in Russland um € 200 Millionen, vorwiegend im Devisenkassageschäft. Diese Entwicklung war durch gesunkene Volumina aufgrund interner Transaktionslimits, die Beschränkung von Überweisungen in Fremdwährungen sowie geringere Margen aus dem Geschäft mit Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten beeinflusst. Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr verzeichnete aufgrund geringerer Volumina einen Rückgang um € 94 Millionen.

Das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen reduzierte sich im Jahresvergleich um € 107 Millionen auf € 98 Millionen. Verantwortlich dafür war in erster Linie Russland mit einem Rückgang um € 81 Millionen auf € 49 Millionen. Dies resultierte vor allem aus Bewertungen von Fremdwährungspositionen sowie aus reduzierten Kundentransaktionen mit Fremdwährungen. Auch in der Konzernzentrale kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem Rückgang um € 50 Millionen, was einerseits auf ein rückläufiges Handelsergebnis mit Zertifikaten und Aktien und andererseits auf ein negatives Ergebnis mit Zinsderivaten und Fremdwährungsgeschäften zurückzuführen war. Dem entgegen standen gestiegene Bewertungsgewinne im Zusammenhang mit Fremdwährungspositionen in Höhe von € 30 Millionen, die vor allem in Tschechien, Ungarn, Albanien und Belarus erzielt wurden. Negative, zinsbedingte Bewertungsentwicklungen gab es vorwiegend in Ungarn und Rumänien, hingegen positive Entwicklungen in Kroatien und der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H..

Die Verbesserung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses um € 30 Millionen auf € 88 Millionen resultierte vor allem aus geringeren Dotierungen von Rückstellungen für Rechtsfälle in der Berichtsperiode.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Jahresvergleich um 1 Prozent oder € 20 Millionen auf € 2.893 Millionen. Der Personalaufwand ging um € 51 Millionen auf € 1.609 Millionen zurück. In Russland kam es aufgrund von Rückstellungen für Einmalzahlungen in der Vorjahresperiode sowie aus der Währungsentwicklung zu einem Rückgang um € 128 Millionen. Demgegenüber standen größtenteils inflationsbedingte Gehaltssteigerungen in nahezu allen anderen Ländern des Konzerns insbesondere in der Slowakei (Anstieg: € 19 Millionen) und in Rumänien (Anstieg: € 16 Millionen) sowie ein leichter Anstieg der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter um 236 Vollzeitäquivalente auf 44.810. Haupttreiber des um € 60 Millionen gestiegenen Sachaufwands war der um € 59 Millionen - überwiegend inflationbedingt - höhere IT-Aufwand. Die Transaktionssteuern stiegen um € 9 Millionen auf € 61 Millionen. Dem gegenüber stand ein um € 19 Millionen gesunkener Rechts- und Beratungsaufwand. Die Cost/Income Ratio stieg im Jahresabstand von 41,2 Prozent auf 42,7 Prozent.

Die Anzahl der Geschäftsstellen verringerte sich im Jahresabstand um 74 auf 1.471. Der größte Rückgang ergab sich kriegsbedingt in der Ukraine (minus 22), weiters in Serbien aufgrund von Zusammenlegungen (minus 21) sowie in Rumänien (minus 14).

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 571 Millionen nach minus € 589 Millionen in der Vergleichsperiode. Belastend wirkten weiterhin die Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Höhe von € 508 Millionen (Vorjahresperiode: € 605 Millionen). Diese betrafen im Wesentlichen Hypothekarkredite in Polen, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind. Der Aufwand in Polen in Höhe von € 493 Millionen resultierte vorwiegend aus Vorsorgen im Zusammenhang mit dem CHF-Kreditportfolio aufgrund negativer Gerichtsurteile sowie aus der Anpassung der Abzinsungsperiode. Weitere Treiber des Aufwands in Polen waren Dotierungen von Rückstellungen im Zusammenhang mit drohenden Gerichtsverfahren bei in Euro denominierten Krediten sowie Kunden zustehende Verzugszinsen. Die Bewertung von Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen führte in der Berichtsperiode zu einem Ergebnis von minus € 49 Millionen, was überwiegend die Anteile der UNIQA Insurance Group AG und der LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG betraf.

Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben

Der Aufwand für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben ging um € 68 Millionen auf € 191 Millionen zurück. Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds sanken um € 59 Millionen, da die Aufbauphase des Fonds nahezu abgeschlossen wurde. Dies betraf die Konzernzentrale (Rückgang: € 42 Millionen), Tschechien (Rückgang: € 7 Millionen) und die Slowakei (Rückgang: € 6 Millionen). Die Beiträge zur Einlagensicherung reduzierten sich um € 16 Millionen. Dies betraf die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. und Russland, die jeweils eine Reduktion von € 8 Millionen verzeichneten. In der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. wurden in den Vorjahresperioden höhere Beitragszahlungen erbracht, um den Einlagensicherungsfonds nach den Schadensfällen der Commerzialbank Mattersburg im Burgenland AG sowie der Anglo Austrian AAB AG im Jahr 2020 wieder aufzufüllen. In Russland ist der Rückgang auf das sinkende Einlagenvolumen zurückzuführen.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode lagen die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte mit € 94 Millionen signifikant unter dem Wert der Vergleichsperiode von € 251 Millionen, der überwiegend in Osteuropa gebucht worden war. Für ausgefallene Kredite (Stage 3) wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen von netto € 286 Millionen (Vorjahresperiode: netto € 133 Millionen) gebildet, davon entfielen € 161 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen (davon Immobilienfinanzierungen: € 80 Millionen) und € 83 Millionen auf Haushalte. Auf Länderebene wurden die Wertminderungen in Stage 3 am stärksten in der Konzernzentrale (€ 132 Millionen) und in Russland (€ 70 Millionen) dotiert. In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Nettoauflösungen in Höhe von € 192 Millionen ausgewiesen, vor allem in Russland aufgrund Rückzahlungen vorwiegend von sanktionierten Kunden (Vorjahresperiode: Wertminderungen in Höhe von € 118 Millionen, davon in Russland € 92 Millionen und in der Ukraine € 46 Millionen).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 56 Millionen auf € 713 Millionen war neben Ergebniszuwächsen in den Segmenten Zentraleuropa, Osteuropa und Südosteuropa insbesondere auf Sondersteuern zurückzuführen. Im Segment Zentraleuropa war die Einführung einer Sondersteuer in der Slowakei zu Jahresbeginn 2024 vorwiegend für den Anstieg um € 71 Millionen verantwortlich. Im Segment Osteuropa gab es hingegen einen Steuerrückgang um € 22 Millionen, im Wesentlichen bedingt durch die vorjährige Sondersteuer in Russland. Die effektive Steuerquote erhöhte sich auf 24,0 Prozent, hauptsächlich aufgrund der Sondersteuer in der Slowakei und der Erhöhung des Steuersatzes in der Ukraine.

Ergebnis im Quartalsvergleich

Quartalsergebnisse

in € Millionen	Q3/2023	Q4/2023	Q1/2024	Q2/2024	Q3/2024	Veränderung	
Zinsüberschuss	1.441	1.494	1.455	1.440	1.461	21	1,5%
Dividenderträge	10	8	6	21	4	-18	-82,7%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	21	13	17	17	23	6	37,5%
Provisionsüberschuss	667	677	669	722	686	-37	-5,1%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	89	-19	17	42	39	-3	-7,3%
Ergebnis aus Hedge Accounting	5	-16	6	-4	8	11	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	15	5	32	19	37	18	92,7%
Betriebserträge	2.247	2.162	2.201	2.257	2.256	-1	0,0%
Personalaufwand	-491	-548	-525	-548	-536	12	-2,2%
Sachaufwand	-271	-354	-299	-318	-314	4	-1,2%
Abschreibungen	-116	-132	-114	-119	-119	0	-0,2%
Verwaltungsaufwendungen	-878	-1.034	-938	-986	-970	16	-1,6%
Betriebsergebnis	1.369	1.128	1.263	1.271	1.286	15	1,2%
Übriges Ergebnis	-138	-317	-147	-260	-164	96	-36,9%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-22	-24	-140	-21	-30	-9	41,0%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	8	-142	-25	-23	-46	-23	101,4%
Ergebnis vor Steuern	1.216	645	952	967	1.047	79	8,2%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-269	-341	-231	-253	-229	23	-9,3%
Ergebnis nach Steuern	947	304	721	715	817	103	14,4%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-68	-32	-57	-54	-59	-5	10,1%
Konzernergebnis	879	272	664	661	758	97	14,7%

Veränderung drittes Quartal 2024 versus zweites Quartal 2024

Der Zinsüberschuss stieg um € 21 Millionen auf € 1.461 Millionen. Die russische Nationalbank hob angesichts der hohen Inflation auch im dritten Quartal ihren Leitzins an. Dies führte in Russland zu einem zinsatzbedingten Anstieg des Zinsüberschusses um € 33 Millionen resultierend aus höheren Zinserträgen aus Interbankveranlagungen. Hingegen gab es in der Konzernzentrale einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 13 Millionen vorwiegend aufgrund niedrigerer Erträge aus dem Immobilien- und Projektfinanzierungsgeschäft, bedingt durch die schwache konjunkturelle Entwicklung zahlreicher Industrien. Die Nettozinsspanne des Konzerns erhöhte sich um 5 Basispunkte auf 2,97 Prozent.

Der Provisionsüberschuss sank um € 37 Millionen auf € 686 Millionen, vorrangig in Russland mit einem Rückgang in Höhe von € 27 Millionen sowie in der Konzernzentrale in Höhe von € 10 Millionen. Dabei verzeichnete das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft eine Abnahme um € 20 Millionen primär aufgrund geringerer Volumina und der Währungsentwicklung in Russland sowie transaktionsgetrieben in Ungarn. Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr reduzierte sich ebenfalls um € 18 Millionen, am stärksten in Russland durch die Beschränkung von Überweisungen in Fremdwährungen und in Belarus durch die Prämienzahlung eines Kreditkartenanbieters im Vorquartal in Höhe von € 9 Millionen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis lag im dritten Quartal mit € 37 Millionen deutlich über dem zweiten Quartal mit € 19 Millionen. Im zweiten Quartal wurden Verluste aus dem Verkauf von verbrieften Verbindlichkeiten in Höhe von € 14 Millionen überwiegend in Tschechien und in Ungarn verzeichnet.

Die Verwaltungsaufwendungen gingen im Quartalsvergleich um € 16 Millionen auf € 970 Millionen zurück. Dabei sanken der Personalaufwand um € 12 Millionen auf € 536 Millionen sowie der Sachaufwand um € 4 Millionen auf € 314 Millionen. Haupttreiber für den Rückgang im dritten Quartal waren niedrigere Personalaufwendungen in der Konzernzentrale im Zusammenhang mit der Auflösung von Personalarückstellungen für nicht verbrauchte Urlaube (€ 11 Millionen) und in Rumänien (€ 2 Millionen).

Das übrige Ergebnis verzeichnete mit minus € 164 Millionen eine Verbesserung um € 96 Millionen. Während die Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Polen um € 180 Millionen geringer ausfielen, kam es bei der Bewertung von Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen im dritten Quartal zu einer Wertminderung von € 60 Millionen, was überwiegend auf die Anteile der UNIQA Insurance Group AG und der LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG zurückzuführen war.

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte erhöhten sich im Quartalsvergleich um € 23 Millionen auf € 46 Millionen. Im dritten Quartal standen Dotierungen in der Konzernzentrale (€ 73 Millionen überwiegend aufgrund neu ausgefallener Kunden) Nettoauflösungen in Russland (€ 25 Millionen aufgrund Rückzahlungen teilweise von sanktionierten Kunden) gegenüber. Auch im zweiten Quartal wurden hauptsächlich Dotierungen in der Konzernzentrale (€ 60 Millionen) und Nettoauflösungen in Russland (€ 42 Millionen) ausgewiesen.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag verringerten sich im Quartalsvergleich um € 23 Millionen auf € 229 Millionen. Im Segment Osteuropa war der Steuerrückgang um € 12 Millionen auf höhere latente Steuerforderungen in Russland, bedingt durch die Erhöhung des Steuersatzes auf 25 Prozent ab dem Jahr 2025, zurückzuführen. Zusätzlich resultierte ein Rückgang um € 7 Millionen im Segment Zentraleuropa im Wesentlichen aus geringeren latenten Steuerverpflichtungen in Tschechien.

Bilanz

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresbeginn um rund € 8 Milliarden oder 3,9 Prozent, die Effekte aus der Währungsentwicklung waren für einen Rückgang um 0,9 Prozent verantwortlich. Die Abwertungen des russischen Rubel um 5 Prozent, der ukrainischen Hrywnja um 8 Prozent und des ungarischen Forint um 4 Prozent hatten einen negativen Einfluss auf die Bilanzsumme.

Aktiva

in € Millionen	30.9.2023 ¹	31.12.2023 ¹	31.3.2024 ¹	30.6.2024	30.9.2024	Veränderung Jahresende	
Forderungen an Kreditinstitute	15.716	14.714	16.414	17.721	19.605	4.891	33,2%
Forderungen an Kunden	101.931	99.434	100.434	101.920	100.105	671	0,7%
davon Nicht-Finanzunternehmen	47.317	46.572	46.600	46.663	45.646	-1.403	-3,0%
davon Haushalte	39.848	39.674	39.404	40.036	39.963	290	0,7%
Wertpapiere	30.803	31.108	34.242	35.926	36.545	5.438	17,5%
Barbestände und übrige Aktiva	55.724	52.986	52.307	54.395	49.726	-3.259	-6,2%
davon Barbestände	45.286	43.234	41.943	44.283	39.395	-3.839	-8,9%
Gesamt	204.175	198.241	203.398	209.963	205.981	7.740	3,9%

¹ Adaptierung der Vorperioden aufgrund geänderter Zuordnung

Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen hauptsächlich durch einen Zuwachs in Russland um € 2.540 Millionen, aufgrund einer Erhöhung der Forderungen an die Zentralbank um € 6.121 Millionen, vor allem durch eine sanktionsbedingte Umschichtung, der ein Rückgang der Forderungen an Geschäftsbanken um € 3.581 Millionen gegenüber stand. Zudem gab es Anstiege von Repo-Geschäften in Tschechien um € 1.525 Millionen und in Serbien um € 286 Millionen. In Belarus erhöhten sich die Forderungen um € 385 Millionen durch kurzfristige Fremdwährungsplatzierungen und in Rumänien um € 203 Millionen, überwiegend durch die Platzierung bei Kreditinstituten. Die Ukraine verzeichnete einen Rückgang um € 305 Millionen, hauptsächlich bedingt durch geringere Forderungen an die Nationalbank.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich insgesamt um € 671 Millionen. In der Konzernzentrale wurde ein Anstieg von € 1.194 Millionen verzeichnet, der hauptsächlich durch ein höheres Volumen an Repo-Geschäften mit sonstigen Finanzunternehmen entstand. Hauptsächlich bei den Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten konnten in der Slowakei und in Rumänien Anstiege von € 364 Millionen bzw. € 282 Millionen verzeichnet werden. In Russland hingegen gab es einen Rückgang um € 1.490 Millionen, hauptsächlich bedingt durch den Rückgang der Betriebsmittelfinanzierungen an Nicht-Finanzunternehmen und von unbesicherten Krediten an Haushalte.

Der Anstieg im Posten Wertpapiere war vorwiegend auf Veranlagungen, insbesondere in Staatsanleihen in der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.822 Millionen), in Tschechien (Anstieg: € 1.368 Millionen), in Ungarn (Anstieg: € 1.012 Millionen), in Rumänien (Anstieg: € 699 Millionen) und in der Slowakei (Anstieg: € 651 Millionen) zurückzuführen. Demgegenüber gab es in der Ukraine einen Rückgang um € 265 Millionen, bedingt durch die Rückzahlung von Anleihen sowie den Verkauf von US-Staatsanleihen.

Der Rückgang der Barbestände um € 3.839 Millionen resultierte im Wesentlichen aus den Ländern Slowakei und Russland. Tilgungen von TLTRO-Instrumenten in Höhe von € 2.200 Millionen sowie eine geringere Veranlagung von Überschussliquidität bei der slowakischen Zentralbank aufgrund der Erhöhung des Kundengeschäfts führten zu einem Rückgang von € 3.167 Millionen. In Russland reduzierten sich die kurzfristigen Einlagen bei Kreditinstituten aufgrund der Umschichtung in Zentralbankanlagen um € 3.373 Millionen. Dieser Rückgang wurde teilweise durch kurzfristige Termingeschäfte und Repo-Geschäfte in der Konzernzentrale um € 2.637 Millionen sowie durch einen Anstieg der kurzfristige Geldmarktanlagen in der Ukraine um € 708 Millionen ausgeglichen.

Passiva

in € Millionen	30.9.2023	31.12.2023	31.3.2024	30.6.2024	30.9.2024	Veränderung Jahresende	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.298	26.144	27.924	28.879	27.757	1.613	6,2%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	121.233	119.353	120.938	125.333	120.300	947	0,8%
davon Nicht-Finanzunternehmen	45.813	45.084	45.268	46.749	44.298	-787	-1,7%
davon Haushalte	57.520	58.453	57.990	59.073	57.736	-716	-1,2%
Schuldverschreibungen und übrige Passiva	33.792	32.894	34.117	34.660	36.782	3.888	11,8%
Eigenkapital	19.851	19.849	20.419	21.090	21.142	1.293	6,5%
Gesamt	204.175	198.241	203.398	209.963	205.981	7.740	3,9%

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um € 1.613 Millionen oder 6 Prozent resultierte hauptsächlich aus einem volumenbedingten Anstieg der Repo-Geschäfte und kurzfristigen Einlagen um € 3.886 Millionen in der Konzernzentrale. Im Gegensatz dazu standen Tilgungen von TLTRO-Instrumenten in der Slowakei in Höhe von € 1.903 Millionen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um € 947 Millionen im Vergleich zum Jahresultimo. Anstiegen in Tschechien, Rumänien und Serbien standen Rückgänge in Russland und der Slowakei gegenüber. In Tschechien war ein Anstieg um € 2.674 Millionen durch Repo-Geschäfte mit der Regierung sowie kurzfristige Einlagen von Haushalten zu verzeichnen. Zudem gab es einen Anstieg der Einlagen von Haushalten und sonstigen Finanzunternehmen in lokaler und Fremdwährung um € 486 Millionen in Rumänien. In Serbien stiegen die Einlagen um € 328 Millionen, vor allem durch Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte. Demgegenüber standen Rückgänge in Russland um € 3.664 Millionen, und der Slowakei um € 585 Millionen, bedingt durch geringere kurzfristige Einlagen von Nicht-Finanzunternehmen, die teilweise durch höhere Einlagen von Regierungen und Haushalten ausgeglichen wurden.

Der Posten Schuldverschreibungen und übrige Passiva erhöhte sich um € 3.888 Millionen. In der Berichtsperiode wurden von der Konzernzentrale eine Senior-Non-Preferred Benchmark-Emission und zwei Senior-Preferred-Benchmark-Anleihen in Höhe von je € 500 Millionen begeben. Zudem wurde im September eine Tier-2-Anleihe in Höhe von € 500 Millionen emittiert. In der Slowakei wurde ein neuer Green Bond in Höhe von € 350 Millionen im April emittiert.

Liquidität und Funding

Die RBI beweist mit ihrer soliden Liquiditätsposition und den etablierten Prozessen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos kontinuierlich ihre hohe Anpassungsfähigkeit. Darüber hinaus wurde 2023 eine separate Überwachung der Liquiditätsrisikoposition der RBI ohne russische Tochtergesellschaften eingeführt. Diese zeigt, dass die Liquiditätsrisikoposition der RBI ohne das russische Geschäft innerhalb der Zielwerte bleibt. Die Liquiditätsdeckungsquote belief sich zum 30. September 2024 auf 192 Prozent (31. Dezember 2023: 189 Prozent), die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) betrug 146 Prozent (31. Dezember 2023: 141 Prozent) bei einem regulatorischen Limit von jeweils 100 Prozent.

Das Konzern-Funding gründet sich auf eine starke Basis an Kundeneinlagen – vor allem aus dem Retail-Geschäft in Zentral- und Südosteuropa – und wird durch Wholesale-Funding – hauptsächlich über die RBI AG und die Tochterbanken – ergänzt. Neben dem Funding durch die Raiffeisen Landesbanken werden auch Finanzierungsdarlehen von Dritten und Interbankenkredite mit Drittbanken eingesetzt. Die Loan/Deposit Ratio lag zum 30. September 2024 bei 83,9 Prozent (31. Dezember 2023: 83,3 Prozent).

Bilanzielles Eigenkapital

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Anstieg um € 1.293 Millionen auf € 21.142 Millionen.

Das Gesamtergebnis von € 1.833 Millionen setzte sich aus dem Ergebnis nach Steuern in Höhe von € 2.253 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 420 Millionen zusammen. Die Währungsentwicklung wirkte sich mit minus € 435 Millionen negativ auf das sonstige Ergebnis aus. Dabei führte die Abwertung des russischen Rubel um 5 Prozent zu einem negativen Beitrag von € 305 Millionen, die der ukrainischen Hrywnja um 8 Prozent zu minus € 54 Millionen, die der tschechischen Krone um 2 Prozent zu minus € 52 Millionen und jene des ungarischen Forint um 4 Prozent zu minus € 39 Millionen. Weitere negative Effekte ergaben sich aus den Anpassungen der Cash-Flow-Hedge-Rücklage in Höhe von € 103 Millionen, vorwiegend in Russland. Demgegenüber standen positive Effekte aus den Fair-Value-Änderungen von finanziellen Vermögenswerten und Eigenkapitalinstrumenten in Höhe von € 56 Millionen, aus dem sonstigen Ergebnis der at-equity bewerteten Unternehmen in Höhe von € 35 Millionen sowie aus der Absicherung von Nettoinvestitionen, vor allem im ungarischen Forint (€ 12 Millionen) und in der tschechischen Krone (€ 10 Millionen), die zu einem positiven Bewertungsergebnis in Höhe von € 22 Millionen führten.

An Dividenden wurden für das Geschäftsjahr 2023 € 553 Millionen ausgeschüttet. Die Dividendenausschüttung pro Aktie für die Aktionäre der RBI in Höhe von € 1,25 belief sich auf € 410 Millionen. Darüber hinaus wurden an nicht beherrschende Anteilseigner von Konzerngesellschaften € 88 Millionen ausgezahlt. Auf das zusätzliche Kernkapital entfielen zudem Dividendenzahlungen in Höhe von € 54 Millionen.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Das harte Kernkapital (CET1) betrug nach Abzugsposten € 16.654 Millionen, dies entspricht einer Steigerung um € 451 Millionen gegenüber dem Jahresendwert 2023. Haupttreiber für den Anstieg war die Berücksichtigung des Periodenergebnisses nach Abzug etwaiger Dividenden in der Höhe von € 1.045 Millionen der ersten sechs Monate und ein negatives sonstiges Fremdwährungsergebnis von minus € 407 Millionen.

Analog dazu erhöhte sich das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten um € 463 Millionen auf € 18.343 Millionen. Das Ergänzungskapital (Tier 2) stieg aufgrund des Auslaufens der IFRS-9-Übergangsbestimmungen um € 147 Millionen auf € 2.434 Millionen. Die gesamten Eigenmittel beliefen sich auf € 20.777 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg um € 609 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2023.

Die risikogewichteten Aktiva stiegen gegenüber dem Jahresendwert 2023 um € 4.072 Millionen auf € 97.736 Millionen. Der Anstieg im Kreditrisiko war vorwiegend auf sanktionsbedingte, kurzfristige Veranlagungen bei der russischen Zentralbank (€ 5.522 Millionen) zurückzuführen. Veränderungen im Risikogewicht führten zu einer RWA-Reduktion um € 938 Millionen. Weiters führten Fremdwährungseffekte, im Wesentlichen bedingt durch die Abwertung des russischen Rubel, der ukrainischen Hrywnja und der tschechischen Krone zu einer Reduktion um € 530 Millionen. Die RWA für das Marktrisiko erhöhten sich aufgrund der strukturellen FX-Position um € 826 Millionen. Daraus ergab sich eine harte Kernkapitalquote (transitional) von 17,0 Prozent, eine Kernkapitalquote (transitional) von 18,8 Prozent sowie eine Eigenmittelquote (transitional) von 21,3 Prozent. Unter Berücksichtigung des Periodenergebnisses aus dem dritten Quartal ergäben sich folgende Quoten (transitional): eine harte Kernkapitalquote von 17,8 Prozent, eine Kernkapitalquote von 19,5 Prozent und eine Eigenmittelquote von 22,0 Prozent.

Risikomanagement

Für Informationen zum Risikomanagement wird auf den Risikobericht im Konzernzwischenabschluss verwiesen.

Ausblick

Der folgende Ausblick bezieht sich auf die RBI ohne Russland und Belarus. Der Ausblick für 2024 für den gesamten RBI-Konzern einschließlich Russland und Belarus wurde angesichts der beschleunigten Reduzierung der Geschäftstätigkeit in Russland ausgesetzt.

Der Zinsüberschuss dürfte im Jahr 2024 bei rund € 4,1 Milliarden und der Provisionsüberschuss bei rund € 1,8 Milliarden liegen.

Wir gehen davon aus, dass die Forderungen an Kunden um 4 bis 5 Prozent wachsen.

Wir erwarten Verwaltungsaufwendungen in Höhe von rund € 3,3 Milliarden, was zu einer Cost/Income Ratio von rund 52 Prozent führen dürfte.

Die Neubildungsquote – vor Berücksichtigung von Overlays – dürfte bis zu 35 Basispunkte betragen.

Der Konzern-Return-on-Equity dürfte 2024 bei rund 7,5 Prozent liegen.

Zum Jahresende 2024 erwarten wir eine harte Kernkapitalquote von rund 14,7 Prozent*.

Jegliche Entscheidung über eine Dividendenausschüttung wird von der Kapitalposition des Konzerns ohne Russland abhängen.

*Unter Annahme einer Entkonsolidierung der russischen Einheit zum Kurs-Buchwertverhältnis von null.

> Segment- und Länderanalyse

Die Segmentberichterstattung der RBI erfolgt gemäß IFRS 8 auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur, wobei als Steuerungseinheit im Konzern jeweils ein Land fungiert. Weitere Informationen zur Segmentierung befinden sich im Kapitel Segmentberichterstattung des Konzernzwischenabschlusses sowie auf der Website der RBI (www.rbinternational.com → Investoren → Berichte).

Zentraleuropa

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	Veränderung	Q3/2024	Q2/2024	Veränderung
Zinsüberschuss	1.194	1.163	2,7%	394	397	-0,7%
Dividendenerträge	12	8	40,1%	0	9	-99,6%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	4	3	11,5%	1	1	11,9%
Provisionsüberschuss	451	427	5,6%	155	152	2,3%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-7	-18	-61,5%	4	3	32,8%
Ergebnis aus Hedge Accounting	4	0	-	-3	1	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	16	20	-18,1%	10	-3	-
Betriebserträge	1.673	1.602	4,4%	562	559	0,4%
Verwaltungsaufwendungen	-795	-738	7,7%	-277	-267	3,7%
Betriebsergebnis	878	864	1,6%	285	293	-2,6%
Übriges Ergebnis	-498	-608	-18,2%	-103	-286	-64,1%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-85	-131	-34,6%	-1	5	-
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	39	-22	-	8	-2	-
Ergebnis vor Steuern	335	103	224,2%	189	9	>500,0%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-198	-126	56,6%	-63	-70	-9,4%
Ergebnis nach Steuern	137	-23	-	125	-61	-
Return on Equity vor Steuern	9,9%	3,1%	6,8 PP	16,8%	0,8 %	16,0 PP
Return on Equity nach Steuern	4,1%	-	-	11,2%	-	-
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,51%	2,43%	0,07 PP	2,44%	2,47%	-0,03 PP
Cost/Income Ratio	46,0%	44,3%	1,7 PP	44,5%	45,9 %	-1,4 PP

Mit 1. Jänner 2024 wurde die Kalkulation der Cost/Income Ratio geringfügig angepasst, die Berechnung erfolgt nunmehr exkl. Finanztransaktionssteuer (die Werte der Vorperioden wurden adaptiert). Weitere Informationen befinden sich im Anhang im Kapitel Kennzahlen.

Ausschlaggebend für die Erhöhung des Ergebnisses nach Steuern im Jahresvergleich war vor allem ein Anstieg der Betriebserträge um € 71 Millionen, hervorgerufen durch die positive Entwicklung des Zinsüberschusses in der Slowakei. Hier sorgten vorwiegend zinssatzbedingt höhere Erträge aus Kundenkrediten an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 60 Millionen. Der Provisionsüberschuss stieg um € 24 Millionen, vor allem in Ungarn und der Slowakei aufgrund höherer Erträge aus dem Zahlungsverkehr. Bewertungsgewinne im Zusammenhang mit Fremdwährungspositionen insbesondere in Tschechien führten zu einem Anstieg des Handelsergebnisses um € 11 Millionen. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um € 57 Millionen, vorwiegend aufgrund inflationsbedingt höherer Personalkosten in der Slowakei (Anstieg: € 19 Millionen) und in Ungarn (Anstieg: € 7 Millionen), höherer Beratungsaufwendungen (Anstieg: € 13 Millionen), höherer IT-Aufwendungen (Anstieg: € 11 Millionen) sowie höherer Transaktionssteuern (Anstieg: € 9 Millionen) vorwiegend in Ungarn. Belastend wirkten die im übrigen Ergebnis enthaltenen Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Höhe von € 493 Millionen (Vorjahresperiode: € 600 Millionen), die ausschließlich Hypothekarkredite in Polen betrafen. Ursache für die um € 45 Millionen niedrigeren Aufwendungen für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben waren eine niedrigere Bankenabgabe in Ungarn (Rückgang: € 27 Millionen) und ein geringerer Beitrag zum Bankenabwicklungsfonds in Tschechien (Rückgang: € 7 Millionen) und der Slowakei (Rückgang: € 6 Millionen), da die Aufbauphase des Fonds nahezu abgeschlossen wurde. Die Risikokosten verringerten sich um € 61 Millionen aufgrund niedrigerer Dotierungen in Tschechien (Rückgang: € 26 Millionen) und der Slowakei (Rückgang: € 14 Millionen) sowie höherer Nettoauflösungen (Anstieg: € 30 Millionen) in Ungarn infolge verbesserter makroökonomischer Rahmenbedingungen. Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag war neben Ergebniszuwächsen vorwiegend auf die Einführung einer Sondersteuer in der Slowakei zu Jahresbeginn 2024 zurückzuführen.

in € Millionen	Polen		Slowakei	
	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Zinsüberschuss	25	15	353	293
Dividenerträge	0	0	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	4	3
Provisionsüberschuss	1	0	154	142
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	1	1	9	11
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	3	2	2
Betriebserträge	35	20	522	453
Verwaltungsaufwendungen	-65	-48	-223	-199
Betriebsergebnis	-30	-28	299	253
Übriges Ergebnis	-493	-600	-2	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-2	-3	-1	-7
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	19	29	-12	-26
Ergebnis vor Steuern	-506	-602	283	221
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-108	-48
Ergebnis nach Steuern	-506	-602	175	172

in € Millionen	Tschechien		Ungarn	
	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Zinsüberschuss	453	474	363	382
Dividenerträge	2	4	9	4
Provisionsüberschuss	130	136	166	148
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	15	-2	-31	-28
Ergebnis aus Hedge Accounting	-2	-2	6	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	8	20	-2	-5
Betriebserträge	606	629	510	501
Verwaltungsaufwendungen	-289	-295	-218	-196
Betriebsergebnis	316	333	293	305
Übriges Ergebnis	0	-1	-3	-8
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-14	-23	-68	-96
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-2	-29	34	4
Ergebnis vor Steuern	301	281	256	204
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-54	-57	-35	-21
Ergebnis nach Steuern	246	224	221	183

Südosteuropa

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	Veränderung	Q3/2024	Q2/2024	Veränderung
Zinsüberschuss	1.043	953	9,5%	350	350	0,1%
Dividenerträge	4	4	13,8%	0	4	-99,1%
Provisionsüberschuss	367	332	10,3%	131	125	5,0%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	18	8	115,8%	8	2	272,0%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-	0	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	17	12	38,1%	3	9	-69,3%
Betriebserträge	1.449	1.310	10,6%	491	490	0,4%
Verwaltungsaufwendungen	-577	-527	9,6%	-193	-200	-3,1%
Betriebsergebnis	871	783	11,2%	298	290	2,7%
Übriges Ergebnis	-1	-7	-82,4%	-1	0	132,2%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-50	-31	63,0%	-13	-16	-20,6%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	7	19	-62,9%	-11	5	-
Ergebnis vor Steuern	827	765	8,2%	273	278	-1,8%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-129	-122	6,3%	-42	-42	0,5%
Ergebnis nach Steuern	698	643	8,5%	231	236	-2,2%
Return on Equity vor Steuern	32,4%	32,5%	-0,1 PP	32,1%	32,6%	-0,5 PP
Return on Equity nach Steuern	27,3%	27,3%	0,0 PP	27,1%	27,7%	-0,5 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	4,24%	4,23%	0,01 PP	4,16%	4,25%	-0,09 PP
Cost/Income Ratio	39,8%	40,2%	-0,4 PP	39,4%	40,8%	-1,4 PP

Die Zunahme im Ergebnis nach Steuern war vorwiegend auf einen Zuwachs des Zinsüberschusses zurückzuführen. Die Haupttreiber dafür waren ein gestiegenes Zinsniveau und höhere Kreditvolumina bei Haushalten sowie Nicht-Finanzunternehmen. Der Zinsüberschuss erhöhte sich um € 90 Millionen oder 9 Prozent, wobei € 33 Millionen aus Rumänien stammten, hauptsächlich durch höhere Einkünfte aus Liquiditätsplatzierungen und Anleihen sowie höhere Kreditvolumina. In Serbien gab es ebenfalls einen Anstieg um € 27 Millionen, hauptsächlich aufgrund des Anstiegs des Referenzzinssatzes zusätzlich zu dem volumenbedingten Wachstum. In Albanien stieg der Zinsüberschuss um € 15 Millionen oder 18 Prozent, vor allem durch höhere Kreditvergaben an Haushalte und Nicht-Finanzunternehmen sowie höhere Investitionen in Fremdwährungswertpapiere und Staatsanleihen. Ebenso erhöhte sich der Provisionsüberschuss im Segment um € 34 Millionen, davon € 12 Millionen in Serbien, getrieben durch eine höhere Anzahl von Fremdwährungstransaktionen der Kunden. In Rumänien gab es einen Anstieg um € 11 Millionen, der auf höhere Einnahmen aus der Vermittlung von Versicherungsprodukten und auf das höhere Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr zurückzuführen ist. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um € 50 Millionen, wobei die Personalaufwendungen mit € 28 Millionen den größten Anteil hatten, hervorgerufen vorwiegend durch inflationsbedingte Zuwächse in Rumänien und Erhöhungen der Mindestlöhne in Albanien. Darüber hinaus gab es erhöhte Kommunikations-, Werbe- und IT-Aufwendungen für das Segment in Höhe von € 10 Millionen, die ebenfalls überwiegend aus Rumänien stammten. Die staatlichen Maßnahmen und Pflichtabgaben verzeichneten einen Anstieg um € 19 Millionen, vor allem aufgrund der Einführung einer Bankenabgabe in Rumänien. Bei den Risikokosten wurden um € 19 Millionen geringere Nettoauflösungen verzeichnet, die vorwiegend auf Kroatien mit € 16 Millionen (Dotierung: € 1 Million) und Rumänien mit € 9 Millionen (Dotierung: € 1 Million) zurückzuführen sind, hervorgerufen durch große Auflösungen im Vorjahr durch die Anpassung der Parameter. Im Gegensatz dazu gab es um € 9 Millionen höhere Nettoauflösungen in Bosnien und Herzegowina, bedingt durch die Implementierung neuer Parameter für Haushalte in Stage 1 und Stage 2. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen vorwiegend ergebnisbedingt um € 8 Millionen auf € 129 Millionen.

in € Millionen	Albanien		Bosnien und Herzegowina		Kosovo	
	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Zinsüberschuss	98	83	66	63	54	48
Dividenerträge	1	0	2	0	0	0
Provisionsüberschuss	20	15	43	40	13	13
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	3	-3	1	1	1	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-1	0	2	-1	5	4
Betriebserträge	121	95	114	103	73	67
Verwaltungsaufwendungen	-45	-38	-49	-45	-34	-27
Betriebsergebnis	75	57	65	58	39	40
Übriges Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-6	-6	-4	-4	-2	-1
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	6	8	9	1	-3	-6
Ergebnis vor Steuern	75	60	71	55	35	33
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-11	-9	-5	-4	-4	-4
Ergebnis nach Steuern	64	51	65	50	31	29

in € Millionen	Kroatien		Rumänien		Serbien	
	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Zinsüberschuss	139	132	463	430	224	197
Dividenerträge	0	0	1	3	0	0
Provisionsüberschuss	59	55	142	131	91	78
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	4	-10	-1	8	10	11
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1	7	3	-1	6	3
Betriebserträge	202	184	608	571	330	289
Verwaltungsaufwendungen	-94	-90	-268	-239	-87	-87
Betriebsergebnis	108	94	340	332	243	202
Übriges Ergebnis	-2	-5	0	-2	1	1
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-2	0	-26	-10	-10	-9
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-1	15	-1	8	-3	-7
Ergebnis vor Steuern	103	104	313	328	231	186
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-19	-19	-57	-58	-32	-27
Ergebnis nach Steuern	84	85	256	270	198	159

Osteuropa

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	Veränderung	Q3/2024	Q2/2024	Veränderung
Zinsüberschuss	1.534	1.407	9,0%	535	503	6,4%
Dividenerträge	0	0	-1,8%	0	0	-
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	1	3	-51,9%	0	1	-70,9%
Provisionsüberschuss	770	1.125	-31,6%	241	277	-13,0%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	84	178	-52,8%	39	15	165,0%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	-2	-99,7%	0	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-4	-33	-87,7%	-1	-2	-72,3%
Betriebserträge	2.385	2.678	-10,9%	814	794	2,6%
Verwaltungsaufwendungen	-640	-749	-14,6%	-215	-220	-2,1%
Betriebsergebnis	1.745	1.929	-9,5%	599	574	4,4%
Übriges Ergebnis	-21	-6	261,0%	2	-13	-
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-34	-43	-19,9%	-10	-12	-16,1%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	50	-225	-	22	44	-50,3%
Ergebnis vor Steuern	1.740	1.656	5,1%	613	593	3,4%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-368	-390	-5,6%	-119	-131	-8,9%
Ergebnis nach Steuern	1.372	1.266	8,4%	494	462	6,9%
Return on Equity vor Steuern	45,9%	57,2%	-11,3 PP	48,5%	46,9%	1,6 PP
Return on Equity nach Steuern	36,2%	43,7%	-7,5 PP	39,1%	36,6%	2,5 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	8,08%	6,52%	1,56 PP	8,55%	7,64%	0,92 PP
Cost/Income Ratio	26,8%	28,0%	-1,1 PP	26,4%	27,7%	-1,3 PP

Das Ergebnis nach Steuern war wie schon in den Vorperioden von Währungsvolatilitäten (Abwertung im Jahresvergleich: Belarus-Rubel, russischer Rubel und ukrainische Hrywnja um jeweils 9 Prozent) beeinflusst. Der Anstieg des Zinsüberschusses um € 127 Millionen war von Russland getrieben, hervorgerufen durch zahlreiche Zinserhöhungen und daraus resultierend höhere Zinserträge aus Interbankveranlagungen. Der Rückgang im Provisionsüberschuss um € 355 Millionen ist im Wesentlichen auf Russland und die gezielte Reduktion der Aktivitäten zurückzuführen (Abnahme: € 345 Millionen, davon € 83 Millionen aus negativen Konvertierungseffekten). In Folge der volumen- und währungsbedingten Verringerung in Russland reduzierte sich das Provisionsergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft um € 201 Millionen, vorwiegend im Devisenkassageschäft. Diese Entwicklung war durch gesunkene Volumina aufgrund interner Transaktionslimits, die Beschränkung von Überweisungen in Fremdwährungen sowie geringere Margen aus dem Geschäft mit Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten beeinflusst. Ebenso reduzierte sich der Provisionsüberschuss aus dem Zahlungsverkehr volumenbedingt um € 114 Millionen. Auch das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft fiel durch niedrigere Volumina um € 25 Millionen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verzeichnete einen Rückgang um € 94 Millionen primär in Russland. Dies resultierte vor allem aus Bewertungen von Fremdwährungspositionen sowie aus reduzierten Kundentransaktionen mit Fremdwährungen. Dem gegenüber verbesserte sich das sonstige betriebliche Ergebnis um € 29 Millionen, nachdem es im Vorjahr in Russland zur Dotierung von Rückstellungen für offene Rechtsfälle in Höhe von € 15 Millionen sowie in Belarus zu einem Verlust aus dem Verkauf von Schuldverschreibungen in Höhe von € 13 Millionen gekommen war. Die Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich deutlich in Russland aufgrund von Rückstellungen für Einmalzahlungen in der Vergleichsperiode sowie aus der Währungsentwicklung. Ebenso sank das übrige Ergebnis primär in Belarus, hervorgerufen durch eine Rückstellungsdotierung in Höhe von € 13 Millionen für aufgrund der Sanktionen eingefrorener Vermögenswerte. Die Risikokosten verbesserten sich um € 275 Millionen, nachdem es in der Berichtsperiode zu Auflösungen von € 50 Millionen kam (Vorjahresperiode: Dotierungen von € 225 Millionen), davon € 46 Millionen in Russland und € 18 Millionen in Belarus. Die Auflösungen für Stage 2 betragen in Russland € 107 Millionen (primär Nicht-Finanzunternehmen und sonstige Finanzunternehmen), vor allem aufgrund von Rückzahlungen vorwiegend sanktionierter Kunden. Dem gegenüber standen Dotierungen für Stage 3 in Höhe von € 70 Millionen (vorwiegend Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte). In Belarus wurden Auflösungen von € 17 Millionen in Stage 2 gebucht (überwiegend sonstige Sichteinlagen). Der Rückgang der Steuern vom Einkommen und Ertrag war durch niedrigere Steuerzahlungen in Russland getrieben, nachdem eine Sondersteuer in der Vergleichsperiode zu einem erhöhten Aufwand führte. Dem gegenüber standen Anstiege aus der positiven Ergebnisentwicklung in der Ukraine und in Belarus, wobei es in der Ukraine zusätzlich zu einer Erhöhung des Steuersatzes auf 25 Prozent (Vergleichsperiode: 18 Prozent) kam.

in € Millionen	Belarus		Russland		Ukraine	
	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Zinsüberschuss	83	66	1.156	1.029	295	312
Dividendenerträge	0	0	0	0	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	1	3	0	0
Provisionsüberschuss	100	98	621	966	49	61
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	23	21	49	129	12	29
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	-2	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3	-11	-7	-19	0	-2
Betriebserträge	209	173	1.820	2.105	356	400
Verwaltungsaufwendungen	-56	-53	-444	-568	-140	-128
Betriebsergebnis	153	120	1.376	1.537	216	272
Übriges Ergebnis	-13	-1	-6	-6	-2	1
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-1	-1	-25	-33	-8	-8
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	18	-3	46	-147	-13	-74
Ergebnis vor Steuern	157	114	1.391	1.351	192	190
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-41	-29	-277	-327	-50	-34
Ergebnis nach Steuern	116	86	1.113	1.024	142	156

Group Corporates & Markets

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	Veränderung	Q3/2024	Q2/2024	Veränderung
Zinsüberschuss	653	711	-8,2%	201	219	-8,4%
Dividendenerträge	6	4	46,6%	4	2	96,1%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	12	11	7,9%	4	4	13,9%
Provisionsüberschuss	433	428	1,0%	145	140	3,9%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	95	142	-32,8%	49	34	44,5%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	-6	-	3	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	98	83	18,7%	36	30	19,3%
Betriebserträge	1.297	1.373	-5,5%	441	428	3,2%
Verwaltungsaufwendungen	-671	-620	8,3%	-214	-237	-9,6%
Betriebsergebnis	626	753	-16,8%	228	191	19,1%
Übriges Ergebnis	-4	8	-	1	-3	-
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-15	-34	-57,3%	-4	4	-
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-212	-26	>500,0%	-76	-73	3,1%
Ergebnis vor Steuern	396	700	-43,5%	149	119	25,2%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-80	-157	-49,0%	-28	-25	12,6%
Ergebnis nach Steuern	316	543	-41,9%	122	95	28,5%
Return on Equity vor Steuern	12,1%	24,3%	-12,2 PP	13,7%	10,9%	2,7 PP
Return on Equity nach Steuern	9,6%	18,8%	-9,2 PP	11,1%	8,7%	2,5 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,40%	1,48%	-0,08 PP	1,28%	1,38%	-0,10 PP
Cost/Income Ratio	51,7%	45,2%	6,6 PP	48,4%	55,3%	-6,9 PP

Für den Rückgang des Ergebnisses nach Steuern im Jahresvergleich waren im Wesentlichen die Nettodotierungen von Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte von € 212 Millionen (Vorjahresperiode: Nettodotierungen € 26 Millionen) verantwortlich. Die Nettodotierungen von Risikovorsorgen betrafen in der Berichtsperiode überwiegend Immobilienfinanzierungen, Firmenkunden-Kreditgeschäfte, Exportfinanzierungen in der Konzernzentrale sowie Vorsorgen im Zusammenhang mit Bauspardarlehen. Der Rückgang im Zinsüberschuss um € 58 Millionen auf € 653 Millionen resultierte aus der Konzernzentrale aufgrund geringerer Margen und Volumina sowie aus dem Bausparkassengeschäft aufgrund der Zinsanpassung bei variablen Sparverträgen. Der Rückgang im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen ist einerseits auf das Firmenkundengeschäft zurückzuführen, wo in der Vergleichsperiode bei von zum Zeitwert bewerteten Krediten positive Bewertungsergebnisse verzeichnet wurden. Darüber hinaus kam es in der Berichtsperiode zu einem rückläufigen Handelsergebnis mit Zinsderivaten und Fremdwährungsgeschäften. Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um € 51 Millionen, überwiegend hervorgerufen durch höhere Personalaufwendungen (Anstieg: € 13 Millionen) vorwiegend aufgrund kollektivvertraglicher Gehaltsanpassungen sowie eines Anstiegs der Mitarbeiteranzahl und durch höhere IT-Aufwendungen. Der Rückgang bei den staatlichen Maßnahmen und Pflichtabgaben resultierte überwiegend aus geringeren Beiträgen zur Einlagensicherung in der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. In der Vorjahresperiode wurden höhere

Beitragszahlungen erbracht, um den Einlagensicherungsfonds nach den Schadensfällen der Commerzialbank Mattersburg im Burgenland AG sowie der Anglo Austrian AAB AG im Jahr 2020 wieder aufzufüllen.

Corporate Center

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	Veränderung	Q3/2024	Q2/2024	Veränderung
Zinsüberschuss	-79	-51	54,9%	-22	-32	-28,9%
Dividenderträge	1.068	470	127,2%	59	551	-89,2%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	40	55	-26,7%	17	11	55,1%
Provisionsüberschuss	66	56	16,0%	16	32	-49,6%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-95	-111	-14,3%	-47	-22	112,4%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-3	-1	263,6%	-1	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	108	99	9,3%	44	36	20,3%
Betriebserträge	1.105	517	113,6%	66	577	-88,5%
Verwaltungsaufwendungen	-360	-361	-0,5%	-124	-119	3,7%
Betriebsergebnis	746	156	377,4%	-58	458	-
Übriges Ergebnis	-45	20	-	-60	42	-
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-7	-21	-67,5%	-2	-2	-4,3%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	17	10	66,4%	0	5	-91,8%
Ergebnis vor Steuern	711	166	329,2%	-120	503	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	62	143	-56,8%	23	15	56,7%
Ergebnis nach Steuern	772	308	150,5%	-96	518	-

Aus höheren, überwiegend konzerninternen Dividenderträgen resultierte ein Ergebnisanstieg um € 598 Millionen. Die Verbesserung im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen um € 16 Millionen auf minus € 95 Millionen resultierte überwiegend aus positiven Bewertungseffekten von Derivaten in der Konzernzentrale. Der Rückgang der Verwaltungsaufwendungen um € 2 Millionen ergab sich überwiegend in der Konzernzentrale aus geringeren Rechts- und Beratungsaufwendungen. Dem gegenüber standen höhere Personalaufwendungen aufgrund kollektivvertraglicher Gehaltsanpassungen, ein Anstieg der Mitarbeiteranzahl in der Konzernzentrale sowie ein höherer IT-Aufwand. Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 45 Millionen (Vergleichsperiode: € 20 Millionen). Dabei führte die Bewertung von Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen zu einem Ergebnis von minus € 49 Millionen, was überwiegend die Anteile der UNIQA Insurance Group AG und der LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG betraf. Der Aufwand für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben ging um € 14 Millionen auf € 7 Millionen zurück, vor allem aufgrund des Wegfalls der Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds in der Konzernzentrale, da die Aufbauphase des Fonds nahezu abgeschlossen wurde. Der Zinsüberschuss sank um € 28 Millionen, vorwiegend aufgrund höherer Refinanzierungskosten in der Konzernzentrale.

> Konzernzwischenabschluss

(Verkürzter Konzernzwischenabschluss zum 30. September 2024)

Unternehmen

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) ist beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch unter FN 122119m registriert. Die Firmenanschrift lautet Am Stadtpark 9, 1030 Wien.

Die RBI ist in Österreich als führende Kommerz- und Investmentbank tätig sowie in Zentral- und Osteuropa (CEE) präsent. 12 Märkte der Region werden durch Tochterbanken abgedeckt. Darüber hinaus umfasst der Konzern zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen beispielsweise in den Bereichen Leasing, Vermögensverwaltung, Factoring und M&A. Die RBI bietet österreichischen und internationalen Unternehmen nicht nur ein breites Produktangebot im Corporate und Investment Banking, sondern auch eine nahezu flächendeckende Betreuung in CEE. Über ein engmaschiges Filialnetz werden auch lokale Unternehmen aller Größenordnungen sowie Privatkunden mit hochqualitativen Finanzprodukten versorgt. Zur Unterstützung ihrer Geschäftsaktivitäten unterhält die RBI Repräsentanzen sowie Service-Zweigstellen an ausgewählten asiatischen und westeuropäischen Standorten. Insgesamt betreuen rund 45.000 Mitarbeiter der RBI 18,7 Millionen Kunden in rund 1.500 Geschäftsstellen, der überwiegende Teil davon in CEE.

Da Aktien der Gesellschaft an einem geregelten Markt gemäß § 1 Abs 2 BörseG (prime market der Wiener Börse) gehandelt werden sowie zahlreiche Emissionen der RBI AG an einer geregelten Börse in der EU zugelassen sind, hat die RBI AG gemäß § 59a BWG einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufzustellen. Die RBI hat keinen Mehrheitsaktionär, jedoch halten die acht Raiffeisen-Landesbanken als Kernaktionäre über einen Syndikatsvertrag rund 61 Prozent der Aktien, der Rest befindet sich im Streubesitz.

Als Kreditinstitut gemäß § 1 BWG unterliegt die RBI AG der behördlichen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, A-1090 Wien (www.fma.gv.at) sowie durch die Europäische Zentralbank, Sonnemannstrasse 22, D-60314 Frankfurt am Main (www.bankingsupervision.europa.eu).

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss zum 30. September 2024 wurde weder einer vollständigen Prüfung noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Gesamtergebnisrechnung

Erfolgsrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Zinsüberschuss	[1]	4.355	4.190
Zinserträge nach Effektivzinsmethode		6.282	6.172
Zinserträge übrige		1.703	1.631
Zinsaufwendungen		-3.630	-3.613
Dividenerträge	[2]	31	27
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	57	71
Provisionsüberschuss	[4]	2.077	2.364
Provisionserträge		2.897	3.115
Provisionsaufwendungen		-820	-750
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	[5]	98	205
Ergebnis aus Hedge Accounting	[5]	9	-12
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[6]	88	57
Betriebserträge		6.714	6.904
Personalaufwand		-1.609	-1.660
Sachaufwand		-931	-871
Abschreibungen		-353	-343
Verwaltungsaufwendungen	[7]	-2.893	-2.874
Betriebsergebnis		3.821	4.030
Übriges Ergebnis	[8]	-571	-589
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	[9]	-191	-259
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[10]	-94	-251
Ergebnis vor Steuern		2.966	2.931
Steuern vom Einkommen und Ertrag	[11]	-713	-657
Ergebnis nach Steuern		2.253	2.274
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[29]	-171	-161
Konzernergebnis		2.083	2.114

Sonstiges Ergebnis und Gesamtergebnis

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Ergebnis nach Steuern		2.253	2.274
Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		-1	17
Neubewertungen von leistungsorientierten Vorsorgeplänen	[27]	0	10
Fair-Value-Änderungen von Eigenkapitalinstrumenten	[17]	16	20
Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung des Ausfallrisikos von finanziellen Verbindlichkeiten	[19]	-9	-10
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[24]	-2	-2
Latente Steuern auf Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[11]	-5	-1
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		-419	-1.145
Währungsdifferenzen		-435	-1.214
Absicherung von Nettoinvestitionen bei Auslandsaktivitäten	[22]	22	37
Anpassungen der Cash-Flow Hedge-Rücklage	[22]	-103	-17
Fair-Value-Änderungen von finanziellen Vermögenswerten	[17]	40	44
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[24]	38	7
Latente Steuern auf Posten, die möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[11]	20	-3
Sonstiges Ergebnis		-420	-1.128
Gesamtergebnis		1.833	1.146
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[29]	-151	-151
davon Erfolgsrechnung	[29]	-171	-161
davon sonstiges Ergebnis		19	10
Konzerngesamtergebnis		1.682	995

Ergebnis je Aktie

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Konzernergebnis	2.083	2.114
Dividendenanspruch auf zusätzliches Kernkapital	-82	-82
Auf Stammaktien entfallendes Ergebnis	2.000	2.032
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Stammaktien in Millionen	328	328
Ergebnis je Aktie in €	6,09	6,19

Es waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf, eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie fand daher nicht statt. Die Dividende auf das zusätzliche Kernkapital ist kalkulatorisch, die tatsächliche Auszahlung basiert auf dem Beschluss des Vorstands zum jeweiligen Auszahlungszeitpunkt.

Bilanz

Aktiva

in € Millionen	Anhang	30.9.2024	31.12.2023
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	[12]	39.395	43.234
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	148.308	139.302
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[17, 23]	4.158	2.992
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[18, 23]	1.082	949
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	178	185
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[20, 23]	6.101	5.783
Hedge Accounting	[22]	1.051	1.160
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	[22]	-130	-365
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	[24]	851	820
Sachanlagen	[25]	1.725	1.672
Immaterielle Vermögenswerte	[25]	987	970
Laufende Steuerforderungen	[11]	139	69
Latente Steuerforderungen	[11]	211	218
Sonstige Aktiva	[26]	1.925	1.253
Gesamt		205.981	198.241

Passiva

in € Millionen	Anhang	30.9.2024	31.12.2023
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[15]	170.219	164.711
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	1.098	1.088
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[21, 23]	8.748	8.463
Hedge Accounting	[22]	1.460	1.466
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	[22]	-247	-514
Rückstellungen	[27]	1.833	1.644
Laufende Steuerverpflichtungen	[11]	185	242
Latente Steuerverpflichtungen	[11]	56	43
Sonstige Passiva	[28]	1.487	1.248
Eigenkapital	[29]	21.142	19.849
Konzern-Eigenkapital		18.228	17.009
Kapital nicht beherrschender Anteile		1.293	1.231
Zusätzliches Kernkapital (AT1)		1.621	1.610
Gesamt		205.981	198.241

Eigenkapital-Veränderungsrechnung

in € Millionen	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Konzern-Eigenkapital	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
Eigenkapital 1.1.2024	1.002	4.988	15.600	-4.580	17.009	1.231	1.610	19.849
Kapitaleinzahlungen/ -auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-54	0	-54	0	54	0
Dividendenzahlungen	0	0	-410	0	-410	-88	-54	-553
Eigene Anteile	0	2	0	0	2	0	11	13
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	-1	0	-1
Gesamtergebnis	0	0	2.083	-401	1.682	151	0	1.833
Eigenkapital 30.9.2024	1.002	4.990	17.217	-4.981	18.228	1.293	1.621	21.142
Eigenkapital 1.1.2023¹	1.002	4.990	13.594	-3.552	16.034	1.126	1.610	18.771
Kapitaleinzahlungen/ -auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-54	0	-54	0	54	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	0	-24	-54	-79
Eigene Anteile	0	1	0	0	1	0	-3	-2
Sonstige Veränderungen	0	0	16	-1	16	0	0	15
Gesamtergebnis	0	0	2.114	-1.118	995	151	0	1.146
Eigenkapital 30.9.2023	1.002	4.990	15.670	-4.671	16.992	1.253	1.607	19.851

¹ Das Eigenkapital zum 1.1.2023 beinhaltet den zum 30.9.2023 veröffentlichten Kapitaleffekt durch die Einführung von IFRS 17.

Kapitalflussrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 1.1.	[12]	43.234	53.683
Operative Geschäftstätigkeit:			
Ergebnis vor Steuern		2.966	2.931
Anpassungen für die Überleitung des Ergebnisses nach Steuern auf den Kapitalfluss aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Wertminderungen, Zuschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte	[7, 8]	351	345
Auflösung/Dotierung von Rückstellungen sowie Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[6, 10, 27]	526	856
Gewinn/Verlust aus der Bewertung und Veräußerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	[5, 8]	92	171
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	-57	-71
Sonstige Anpassungen (per Saldo) ¹		-4.284	-4.042
Zwischensumme		-406	189
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	-6.934	-2.891
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[17, 23]	-1.155	287
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[18, 23]	-187	10
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	7	-98
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[20, 23]	-835	-1.960
Sonstige Aktiva	[26]	-519	-117
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[15]	6.813	-1.414
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	20	227
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[21, 23]	670	824
Rückstellungen	[27]	-306	-293
Sonstige Passiva	[28]	40	544
Erhaltene Zinsen	[1]	7.300	7.034
Gezahlte Zinsen	[1]	-2.928	-2.667
Erhaltene Dividenden	[2]	59	55
Ertragsteuerzahlungen	[11]	-804	-675
Kapitalflüsse aus operativer Geschäftstätigkeit		836	-944
Investitionstätigkeit:			
Kassenbestand aus dem Zu- und Abgang von Tochterunternehmen aufgrund Wesentlichkeit		-5	-6
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteile	[13, 16, 18, 24]	-5.630	-7.974
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[25]	-329	-379
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteile	[13, 16, 18, 24]	2.301	1.958
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[25]	37	53
Tochterunternehmen	[8]	0	0
Kapitalflüsse aus Investitionstätigkeit		-3.626	-6.348
Finanzierungstätigkeit:			
Kapitalauszahlungen		13	-2
Einzahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[15, 19]	0	0
Auszahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[15, 19]	-14	-50
Dividendenzahlungen		-553	-79
Zahlungsmittelabflüsse für Leasingverhältnisse		-46	-52
Einzahlungen aus Veränderungen im Kapital nicht beherrschender Anteile		0	0
Kapitalflüsse aus Finanzierungstätigkeit		-600	-183
Effekte aus Wechselkursänderungen		-450	-922
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 30.9.	[12]	39.395	45.286

¹ Sonstige Anpassungen (per Saldo) enthält im Wesentlichen den Abzug des Zinsüberschusses und der Dividendenerträge, die entsprechenden Zahlungsflüsse sind unter dem Posten erhaltene Zinsen, gezahlte Zinsen und erhaltene Dividenden dargestellt.

Segmentberichterstattung

In der RBI erfolgt die interne Management-Berichterstattung grundsätzlich auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur. Diese ist matrixförmig aufgebaut, d. h. Vorstände sind sowohl für einzelne Länder als auch für bestimmte Geschäftsfelder verantwortlich. Steuerungseinheit im Konzern ist ein Land. Die Darstellung der Länder umfasst die operativen Einheiten der RBI in den jeweiligen Ländern (neben den Tochterbanken z. B. auch Leasingunternehmen). Die obersten Entscheidungsgremien der RBI – Vorstand und Aufsichtsrat – treffen demnach wesentliche Entscheidungen über die Allokation der Ressourcen zu einem Segment auf Basis der jeweiligen Finanz- und Ertragskraft, weshalb diese Berichtskriterien als wesentlich beurteilt wurden. Entsprechend sind auch die Segmente nach IFRS 8 abgebildet. Für die Zuteilung der Länder zu den einzelnen berichtspflichtigen Segmenten werden neben wirtschaftlichen langfristigen Gemeinsamkeiten wie zum Beispiel Eigenkapitalrisikoprämien, potenzielles Marktwachstum und Nettozinsmargen, auch das erwartete Risiko und Ertragsniveau bei der Ressourcenallokation berücksichtigt. Gemäß IFRS 8.12 ist es weiters erforderlich, dass die folgenden wirtschaftlichen Merkmale bei der Zusammensetzung der berichtspflichtigen Segmente berücksichtigt werden. Die Länder werden zu einem berichtspflichtigen Segment zusammengefasst, wenn die angebotenen Produkte und Dienstleistungen gleich sind. Neben den einheitlichen Produktionsprozessen und Vertriebswegen sind auch die Zielgruppen wie Firmenkunden, Privatkunden und institutionelle Kunden in den jeweiligen einzelnen Segmenten gleichartig. Die Bankenregulierungen werden in den einzelnen Ländern hauptsächlich von Zentralbanken überwacht. In allen Ländern ist die Zentralbank für die Formulierung und Umsetzung der Geldpolitik, die Aufrechterhaltung der Finanzstabilität sowie die Regulierung des Bankensektors verantwortlich. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Osteuropa: Belarus, Russland und Ukraine
- Group Corporates & Markets (in Österreich gebuchtes Geschäft): Operatives Geschäft der Konzernzentrale, unterteilt in Subsegmente: Österreichische und internationale Firmenkunden, Financial Institutions & Sovereigns, der Handel mit Eigenkapitalinstrumenten und Kapitalmarktfinanzierungen sowie das Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG). Weiters beinhaltet dieses Segment das kapitalmarktbezogene Kunden- und Eigengeschäft in Österreich sowie Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften wie z. B. Raiffeisen Digital Bank AG (digitale Retailbanking-Aktivitäten), Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Valida-Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus sind diesem Segment at-equity bewertete Unternehmen mit Banktätigkeit zugeordnet.
- Corporate Center: Zentrale Konzernsteuerungsfunktionen in der Konzernzentrale (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten (Beteiligungsunternehmen und gemeinsame Serviceunternehmen), Minderheitsbeteiligungen sowie at-equity bewertete Unternehmen des Nichtbankenbereichs.

1.1.-30.9.2024 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	1.194	1.043	1.534	653
Dividendenerträge	12	4	0	6
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	4	0	1	12
Provisionsüberschuss	451	367	770	433
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-7	18	84	95
Ergebnis aus Hedge Accounting	4	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	16	17	-4	98
Betriebserträge	1.673	1.449	2.385	1.297
Verwaltungsaufwendungen	-795	-577	-640	-671
Betriebsergebnis	878	871	1.745	626
Übriges Ergebnis	-498	-1	-21	-4
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-85	-50	-34	-15
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	39	7	50	-212
Ergebnis vor Steuern	335	827	1.740	396
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-198	-129	-368	-80
Ergebnis nach Steuern	137	698	1.372	316
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-47	0	-59	-23
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	90	698	1.312	293
Return on Equity vor Steuern	9,9%	32,4%	45,9%	12,1%
Return on Equity nach Steuern	4,1%	27,3%	36,2%	9,6%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,51%	4,24%	8,08%	1,40%
Cost/Income Ratio	46,0%	39,8%	26,8%	51,7%
Loan/Deposit Ratio	84,4%	68,5%	37,4%	154,3%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-0,13%	-0,05%	0,78%	0,76%
NPE Ratio	1,2%	1,9%	2,2%	3,2%
NPE Coverage Ratio	58,8%	64,5%	73,5%	37,6%
Aktiva	65.975	35.959	25.584	64.111
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	24.159	16.887	24.448	25.025
Eigenkapital	4.661	4.086	6.419	4.713
Forderungen an Kunden	37.660	19.235	6.635	37.126
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50.052	27.966	16.778	28.097
Geschäftsstellen	336	654	463	18
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	10.024	12.463	16.203	3.654
Kunden in Millionen	4,1	5,1	7,1	2,5

1.1.-30.9.2024			
in € Millionen	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	-79	10	4.355
Dividenderträge	1.068	-1.059	31
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	40	0	57
Provisionsüberschuss	66	-9	2.077
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-95	3	98
Ergebnis aus Hedge Accounting	-3	7	9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	108	-148	88
Betriebserträge	1.105	-1.195	6.714
Verwaltungsaufwendungen	-360	150	-2.893
Betriebsergebnis	746	-1.045	3.821
Übriges Ergebnis	-45	-2	-571
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-7	0	-191
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	17	5	-94
Ergebnis vor Steuern	711	-1.042	2.966
Steuern vom Einkommen und Ertrag	62	0	-713
Ergebnis nach Steuern	772	-1.042	2.253
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	0	-41	-171
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	772	-1.083	2.083
Return on Equity vor Steuern	-	-	20,3%
Return on Equity nach Steuern	-	-	15,4%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,96%
Cost/Income Ratio	-	-	42,7%
Loan/Deposit Ratio	-	-	83,9%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,25%
NPE Ratio	-	-	2,0%
NPE Coverage Ratio	-	-	51,8%
Aktiva	37.221	-22.869	205.981
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	18.863	-11.646	97.736
Eigenkapital	9.168	-7.905	21.142
Forderungen an Kunden	917	-1.470	100.105
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.448	-4.040	120.300
Geschäftsstellen	-	-	1.471
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	2.191	-	44.535
Kunden in Millionen	0,0	-	18,7

1.1.-30.9.2023 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa ¹	Group Corporates & Markets ¹
Zinsüberschuss	1.163	953	1.407	711
Dividenerträge	8	4	0	4
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	3	0	3	11
Provisionsüberschuss	427	332	1.125	428
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-18	8	178	142
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-2	-6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	20	12	-33	83
Betriebserträge	1.602	1.310	2.678	1.373
Verwaltungsaufwendungen	-738	-527	-749	-620
Betriebsergebnis	864	783	1.929	753
Übriges Ergebnis	-608	-7	-6	8
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-131	-31	-43	-34
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-22	19	-225	-26
Ergebnis vor Steuern	103	765	1.656	700
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-126	-122	-390	-157
Ergebnis nach Steuern	-23	643	1.266	543
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-93	0	-60	-9
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	-116	643	1.206	535
Return on Equity vor Steuern	3,1%	32,5%	57,2%	24,3%
Return on Equity nach Steuern	-	27,3%	43,7%	18,8%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,43%	4,23%	6,52%	1,48%
Cost/Income Ratio	44,3%	40,2%	28,0%	45,2%
Loan/Deposit Ratio ¹	85,1%	70,5%	38,4%	168,7%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,07%	-0,13%	2,33%	0,09%
NPE Ratio	1,3%	1,9%	2,1%	1,6%
NPE Coverage Ratio	60,2%	67,3%	75,5%	42,0%
Aktiva	65.009	33.432	29.443	67.439
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	25.672	17.408	20.802	28.448
Eigenkapital	4.518	3.806	5.054	4.475
Forderungen an Kunden	37.599	18.594	8.441	37.872
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	47.180	26.126	21.539	29.329
Geschäftsstellen	337	692	493	23
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.750	12.665	16.774	3.485
Kunden in Millionen	3,9	5,0	7,1	2,4

¹ Adaptierung der Vorperiode aufgrund geänderter Zuordnung

Mit 1. Jänner 2024 wurde die Kalkulation der Cost/Income Ratio geringfügig angepasst, die Berechnung erfolgt nunmehr exkl. Finanztransaktionssteuer (die Werte der Vorperioden wurden adaptiert). Weitere Informationen befinden sich im Anhang im Kapitel Kennzahlen.

1.1.-30.9.2023 in € Millionen	Corporate Center	Überleitung	Gesamt ¹
Zinsüberschuss	-51	7	4.190
Dividenerträge	470	-459	27
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	55	0	71
Provisionsüberschuss	56	-4	2.364
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-111	6	205
Ergebnis aus Hedge Accounting	-1	-2	-12
Sonstiges betriebliches Ergebnis	99	-124	57
Betriebserträge	517	-576	6.904
Verwaltungsaufwendungen	-361	121	-2.874
Betriebsergebnis	156	-455	4.030
Übriges Ergebnis	20	3	-589
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-21	0	-259
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	10	-7	-251
Ergebnis vor Steuern	166	-459	2.931
Steuern vom Einkommen und Ertrag	143	-5	-657
Ergebnis nach Steuern	308	-464	2.274
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	0	1	-161
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	308	-462	2.114
Return on Equity vor Steuern	-	-	21,4%
Return on Equity nach Steuern	-	-	16,6%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,81%
Cost/Income Ratio	-	-	41,2%
Loan/Deposit Ratio ¹	-	-	84,4%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,25%
NPE Ratio	-	-	1,5%
NPE Coverage Ratio	-	-	58,9%
Aktiva	35.645	-26.793	204.175
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	16.877	-11.929	97.278
Eigenkapital	8.671	-6.673	19.851
Forderungen an Kunden	976	-1.551	101.931
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.268	-4.207	121.233
Geschäftsstellen	-	-	1.545
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	2.136	-	44.810
Kunden in Millionen	0,0	-	18,4

¹ Adaptierung der Vorperiode aufgrund geänderter Zuordnung

Mit 1. Jänner 2024 wurde die Kalkulation der Cost/Income Ratio geringfügig angepasst, die Berechnung erfolgt nunmehr exkl. Finanztransaktionssteuer (die Werte der Vorperioden wurden adaptiert). Weitere Informationen befinden sich im Anhang im Kapitel Kennzahlen.

Anhang

Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss wird in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den auf Basis der IAS Verordnung (EG) 1606/2002 durch die EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards einschließlich der anzuwendenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC/SIC) erstellt. Für die Erstellung des Konzernzwischenabschlusses kommen dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zur Anwendung wie im Konzernjahresabschluss zum 31. Dezember 2023 im Detail beschrieben. Weiters berücksichtigt der Konzernzwischenabschluss die Anforderungen des IAS 34 an den Zwischenbericht. Angaben hinsichtlich zyklischer Aufwendungen und Erträge werden im Konzernzwischenlagebericht adressiert.

Einige außerhalb des Anhangs gemachte IFRS-Angaben sind wesentliche Bestandteile des Konzernabschlusses. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Erläuterungen zu den Segmentergebnissen, die in den Angaben zur Segmentberichterstattung dargestellt werden. Angaben gemäß IFRS 7 zu Themen wie Kreditrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisikomanagement werden insbesondere im Kapitel Risikobericht ausführlich dargestellt.

Wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume und Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und nach heutigem Ermessen wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung. Änderungen von Schätzungen werden, sofern sie nur eine Periode betreffen, nur in dieser berücksichtigt. Falls auch nachfolgende Berichtsperioden betroffen sind, werden die Änderungen in der aktuellen und den folgenden Perioden berücksichtigt. Die Annahmen, Schätzungen und Ermessensentscheidungen betreffen im Wesentlichen die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft, den beizulegenden Zeitwert und die Wertminderung von Finanzinstrumenten, die latenten Steuern, Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen, Rückstellungen für Rechtsfälle sowie die Berechnungen zur Ermittlung der Werthaltigkeit von Firmenwerten und die im Zuge der Erstkonsolidierung aktivierten immateriellen Vermögenswerte. Darüber hinaus unterliegen die Werthaltigkeitstests von assoziierten Unternehmen Annahmen und Schätzungen.

Im Rahmen der geopolitischen Lage ist die RBI zudem erhöhten Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungsumrechnungen ausgesetzt. Details dazu finden sich im Abschnitt Währungen.

Anwendung von neuen und geänderten Standards

Soweit nicht anders angegeben, ergaben sich durch die Anwendung der folgenden Standards und Interpretationen keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderung IAS 1 (Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig; Inkrafttreten 1. Jänner 2024)

Die Änderungen stellen die Kriterien zur Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig klar. Aufgrund dieser Änderung sind ausschließlich Rechte, die am Ende der Berichtsperiode bestehen, maßgeblich für die Klassifizierung einer Schuld. Darüber hinaus wurden ergänzende Leitlinien für die Auslegung des Kriteriums Recht, die Erfüllung der Schuld um mindestens zwölf Monate zu verschieben, sowie Erläuterungen zum Merkmal Erfüllung aufgenommen.

Änderung IAS 1 (Langfristige Schulden mit Nebenbedingungen; Inkrafttreten 1. Jänner 2024)

Durch die Änderungen wird hinsichtlich der Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig klargestellt, dass nur Nebenbedingungen, die ein Unternehmen am oder vor dem Abschlussstichtag erfüllen muss, diese Klassifizierung beeinflussen.

Änderung IFRS 16 (Leasingverbindlichkeit in einer Sale-and-Leaseback-Transaktion; Inkrafttreten 1. Jänner 2024)

Die Änderung beinhaltet Vorgaben für die Folgebewertung bei Leasingverhältnissen im Rahmen eines Sale-and-Leaseback für den Verkäufer bzw. Leasingnehmer. Hierdurch soll vor allem die Folgebewertung von Leasingverbindlichkeiten vereinheitlicht werden, um so unangemessene Gewinnrealisierungen zu verhindern. Grundsätzlich führt die Änderung dazu, dass bei der Folgebewertung von Leasingverbindlichkeiten im Rahmen eines Sale-and-Leaseback die zu Laufzeitbeginn erwarteten

Zahlungen zu berücksichtigen sind. In jeder Periode wird die Leasingverbindlichkeit um die erwarteten Zahlungen reduziert und die Differenz zu den tatsächlichen Zahlungen erfolgswirksam erfasst.

Änderungen IAS 7 und IFRS 7 (Supplier Finance Arrangements; Inkrafttreten 1. Jänner 2024)

Durch die Änderung soll die Transparenz im Hinblick auf die Auswirkungen von Lieferfinanzierungsvereinbarungen auf Verbindlichkeiten, Zahlungsströme und Liquiditätsrisiko eines Unternehmens verbessert werden. Zu diesem Zweck werden bestehende Angabevorschriften um zusätzliche und verpflichtende qualitative und quantitative Angaben ergänzt. Die Angabevorschriften sind im ersten Jahr nur für das Jahresende verpflichtend und können in den Zwischenberichten unterbleiben.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen

Informationen dazu sind im Geschäftsbericht 2023, Kapitel Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung, ersichtlich. Darüber hinaus veröffentlichte das IASB im Jahr 2024 noch folgende Standards, zu denen das EU-Endorsement noch nicht erfolgt ist:

IFRS 18 (Darstellung und Angaben im Abschluss; Inkrafttreten 1. Jänner 2027)

IFRS 18 soll die Berichterstattung über die finanzielle Leistung eines Unternehmens verbessern und die Vergleichbarkeit von Finanzberichten erhöhen, im Zuge dessen wird der bisherige Standard IAS 1 abgelöst. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Gewinn- und Verlustrechnung, für die vordefinierte Zwischensummen eingeführt und neue Vorschriften zur Kategorisierung und Zusammenfassung bzw. Aufgliederung von Positionen gelten werden. Zusätzlich werden Angaben zu bestimmten, von der Unternehmensleitung definierten und verwendeten, Erfolgskennzahlen eingeführt. Derzeit geht die RBI davon aus, dass IFRS 18 rechtzeitig von der EU übernommen wird und es daher ab spätestens 1. Jänner 2027 zu Änderungen bei der Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie zu Ergänzungen im Anhang kommen wird.

IFRS 19 (Tochterunternehmen ohne öffentliche Rechenschaftspflicht: Angaben; Inkrafttreten 1. Jänner 2027)

Mit der Einführung von IFRS 19 wird es bestimmten Tochterunternehmen ermöglicht, die Angaben im Geschäftsbericht zu reduzieren, falls es neben seinem Status als Tochterunternehmen gleichzeitig keiner Rechenschaftspflicht unterliegt und das Mutterunternehmen einen Konzernabschluss veröffentlicht, der im Einklang mit IFRS erstellt wird. Die Einführung des Standards wird zu keinen Auswirkungen im Konzernabschluss der RBI führen.

Änderungen IFRS 9 und IFRS 7 (Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten; Inkrafttreten 1. Jänner 2026)

Durch die Änderungen an IFRS 9 und IFRS 7 wird insbesondere die Behandlung von spezifischen Fragestellungen betreffend die Klassifizierung finanzieller Vermögenswerte klargestellt. Neben Erläuterungen zu Vertragsbedingungen, die den Zeitpunkt oder die Höhe der vertraglichen Zahlungsströme ändern, wurden die Behandlung von nicht rückgriffsberechtigten finanziellen Vermögenswerten, vertraglich verknüpften Instrumenten, die Ausbuchung einer durch elektronischen Zahlungsverkehr erfüllten finanziellen Verbindlichkeit sowie die Angaben zu Eigenkapitalinstrumenten, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, klargestellt. Die RBI leitete erste Schritte zur Analyse der möglichen Auswirkungen dieser Änderungen ein, weitere Informationen werden in Abhängigkeit von Signifikanz und EU-Übernahmefortschritte zeitgerecht erfolgen.

Währungen

Kurse in Währung pro €	2024		2023	
	Stichtag	Durchschnitt	Stichtag	Durchschnitt
	30.9.	1.1.-30.9.	31.12.	1.1.-30.9.
Albanischer Lek (ALL)	98,770	101,509	103,880	110,399
Belarus-Rubel (BYN)	3,584	3,482	3,536	3,181
Bosnische Marka (BAM)	1,956	1,956	1,956	1,956
Polnischer Zloty (PLN)	4,279	4,304	4,340	4,583
Rumänischer Leu (RON)	4,975	4,975	4,976	4,945
Russischer Rubel (RUB)	104,846	98,385	99,137	89,890
Serbischer Dinar (RSD)	117,084	117,109	117,174	117,271
Tschechische Krone (CZK)	25,184	25,083	24,724	23,819
Ukrainische Hrywnja (UAH)	45,954	43,270	42,208	39,545
Ungarischer Forint (HUF)	396,880	391,624	382,800	382,208
US-Dollar (USD)	1,120	1,089	1,105	1,080

Im Rahmen der geopolitischen Lage ist die RBI erhöhten Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungsumrechnungen ausgesetzt. Die EZB stellte die Veröffentlichung eines offiziellen EUR/RUB-Wechselkurses ein und neben dem theoretischen, offiziellen Umrechnungskurs (von der russischen Zentralbank ermittelter Kurs: On-Shore-Kurs) bildete sich ein tatsächlich und faktisch erreichbarer Umrechnungskurs (z. B. von Refinitiv oder Electronic Broking Service (EBS) ermittelter Kurs: Off-Shore-Kurs). Die RBI ist diesen Risiken insbesondere bei der Umrechnung monetärer Fremdwährungspositionen und bei der Umrechnung vollkonsolidierter ausländischer Geschäftsbetriebe ausgesetzt. Die RBI verwendet den Off-Shore-Kurs sowohl für die Umrechnung monetärer Posten außerhalb von Russland als auch für die Umrechnung des vollkonsolidierten Geschäftsbetriebs in Russland. Zum 30. September 2024 betrug der von der RBI verwendete EUR/RUB-Kurs 104,85 und jener der russischen Zentralbank 103,47. Für den Belarus-Rubel und die ukrainische Hrywnja wurden die von der jeweiligen Zentralbank veröffentlichten Kurse von der RBI weiterhin als geeignetste Kurse angesehen.

Im Zusammenhang mit ähnlichen Sachverhalten wies das IFRIC im September 2018 (IFRIC Update 09-18) ausdrücklich darauf hin, dass Unternehmen in einem solchen Marktumfeld laufend zu untersuchen haben, ob der verwendete Währungskurs den korrekten Kurs gemäß IAS 21 darstellt. Für nähere Informationen zu den von der RBI getroffenen Schätzungen und Annahmen wird auf den Geschäftsbericht 2023 verwiesen.

Konsolidierungskreis

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	
	30.9.2024	31.12.2023
Stand Beginn der Periode	192	192
In der Berichtsperiode erstmals einbezogen	2	8
In der Berichtsperiode verschmolzen	-2	-2
In der Berichtsperiode ausgeschieden	-4	-6
Stand Ende der Periode	188	192

Erstkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Inkludiert	Grund
Finanzinstitute			
Raiffeisen Befektetési Alapkezelő Zrt., Budapest (HU)	100,0%	17.	Wesentlichkeit
Sonstige Unternehmen			
W 3 Errichtungs- und Betriebs-Aktiengesellschaft, Wien (AT)	100,0%	27.6.	Kauf

Entkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Exkludiert	Grund
Finanzinstitute			
Adiantum Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Schillerhöhe Weimar KG, Kriftel (DE)	6,0%	1.9.	Wesentlichkeit
RBI LGG Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.9.	Verschmelzung
Unterinntaler Raiffeisen-Leasing GmbH & Co KG, Wien (AT)	100,0%	1.9.	Wesentlichkeit
Finanzholdings			
RBI Invest GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.6.	Verschmelzung
Anbieter von Nebenleistungen			
Vindalo Properties Limited, Limassol (CY)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit
RBI Retail Innovation GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.5.	Wesentlichkeit

Konsequenzen und Analysen der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine

Unternehmensfortführung (Going Concern)

Der Vorstand der RBI hat den Konzernabschluss zum 30. September 2024 basierend auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung erstellt, da er nicht beabsichtigt, die RBI zu liquidieren, und dies auf Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen als realistische Absicht angesehen wird.

Die RBI verfügt über die erforderlichen wirtschaftlichen Ressourcen, um die laufenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen und den Geschäfts- und Liquiditätsbedarf finanzieren zu können, die unter anderem das Liquiditäts- und Finanzierungsprofil, einschließlich Prognosen der internen Liquiditätskennzahlen und der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsdeckungsquoten umfassen. Die jüngsten intern durchgeführten Stresstest-Szenarien für den Liquiditäts- und Kapitalbedarf zeigten, dass die RBI über angemessene Ressourcen verfügt, um möglichen Abwärtsszenarien standzuhalten. Zusätzlich verfügt die RBI über robuste Systeme, um die Unterbrechung des Geschäftsbetriebs in einem Kriegsgebiet abzufedern.

Der Vorstand der RBI sieht keine wesentlichen Unsicherheiten im Hinblick auf die Annahme einer positiven Fortbestehungsprognose. Diese Annahme ist mit Datum der Genehmigung des zu veröffentlichenden Zwischenberichts am 29. Oktober 2024 für mindestens ein Jahr gültig.

Kontrolltatbestand

Das wirtschaftliche und politische Umfeld infolge des Kriegs könnte darauf hindeuten, dass sich die Fähigkeit des Investors zur Beherrschung des Tochterunternehmens gemäß IFRS 10 in den betroffenen Gebieten verändert hat. In der RBI sind davon die Ukraine, Russland und Belarus betroffen.

Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, überprüft die RBI entsprechend den Anforderungen von IFRS 10 unter anderem, ob sie schwankenden Renditen aus ihrem Engagement in den Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist, bzw. Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels ihrer Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen zu beeinflussen. Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht die RBI ein Unternehmen, wenn sie direkt oder indirekt mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Möglichkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen. Ähnlich beurteilt die RBI das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen sie nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Möglichkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Dies kann der Fall sein, wenn die RBI aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten besitzt. Wenn Tatsachen und Umstände darauf hindeuten, dass sich ein oder mehrere Elemente der Beherrschung geändert haben, wird neu beurteilt, ob die Kontrolle über das Beteiligungsunternehmen noch besteht.

Bei der Beurteilung der Tatsachen und Umstände hat die RBI sorgfältig geprüft, ob es aufgrund des Kriegs oder der verhängten Sanktionen zu Veränderungen gekommen ist, welche die Fähigkeit zur Ausübung ihrer Rechte oder zur Einhaltung der Governance-Bestimmungen in Bezug auf das Tochterunternehmen erheblich einschränkt. Die RBI ist zu dem Schluss gelangt, dass keine Änderungen in Hinblick auf die Bewertung der Beherrschung erforderlich sind und es zu keinem Beherrschungsverlust über die Tochterunternehmen in den betroffenen Gebieten kam.

Am 4. September hat ein russisches Gericht eine einstweilige Verfügung erlassen, durch die die Anteile an der AO Raiffeisenbank einem Übertragungsverbot unterliegen. Diese Entscheidung steht im Zusammenhang mit kürzlich von Rasperia Trading Limited in Russland gegen STRABAG SE, deren österreichische Kernaktionäre und AO Raiffeisenbank eingeleiteten Rechtsverfahren. Das Übertragungsverbot hindert RBI daran, die Anteile zu verkaufen oder zu übertragen, beeinträchtigt jedoch nicht die

Unternehmensrechte der RBI, einschließlich der Stimmrechte. Darüber hinaus hindert das Übertragungsverbot der Anteile die RBI nicht daran, Entscheidungen über die Gewinnverteilung der AO Raiffeisenbank zu treffen (vorbehaltlich natürlich anderer Dividendenbeschränkungen nach russischem Recht). Das Übertragungsverbot zielt darauf ab, den Status quo bis zur Klärung der Ansprüche von Rasperia aufrechtzuerhalten und ist vorübergehend. Daher ändert das Übertragungsverbot nichts an der Kontrolle der RBI über die AO Raiffeisenbank gemäß IFRS 10.

Pro-forma-Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ohne Russland basierend auf IFRS 5

Obwohl die Voraussetzungen für die Anwendung von IFRS 5 derzeit nicht vorliegen, zeigen die folgenden Tabellen die Pro-forma-Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz der RBI, wie sie nach Anwendung der Regelungen für aufgegebenen Geschäftsbereiche gemäß IFRS 5 für die russischen Einheiten aussehen würde. Folglich wurde das konsolidierte Ergebnis der russischen Einheiten in den Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen umgegliedert.

Aufgrund der Schwierigkeit, mögliche zukünftige Entwicklungen einzuschätzen, wird ein potenzieller Verlust aus der Entkonsolidierung, der sich aus dem Verlust des Nettovermögens sowie der Umgliederung aus dem sonstigen Ergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung zusammensetzt, nicht in den Tabellen dargestellt. Die Umgliederung aus dem sonstigen Ergebnis hätte keine Auswirkung auf das regulatorische Kapital sowie die Kapitalquoten der RBI und ergäbe sich vorwiegend aus historischen Währungsschwankungen.

Unter Einbeziehung des Periodenergebnisses sowie des vollständigen Verlusts des Nettovermögens bei Entkonsolidierung der russischen Einheiten ergäbe sich für die RBI eine harte Kernkapitalquote von 15,3 Prozent verglichen mit 17,8 Prozent, wenn die russischen Geschäftstätigkeiten einbezogen bleiben.

in € Millionen	RBI		Pro-forma-IFRS 5-Effekt Russland		RBI Pro-forma-IFRS 5	
	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Zinsüberschuss	4.355	4.190	-1.058	-964	3.297	3.226
Dividenerträge	31	27	0	0	31	27
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	57	71	-1	-3	55	69
Provisionsüberschuss	2.077	2.364	-637	-992	1.440	1.372
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	98	205	-42	-126	56	79
Ergebnis aus Hedge Accounting	9	-12	2	2	11	-9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	88	57	10	22	97	79
Betriebserträge	6.714	6.904	-1.727	-2.060	4.988	4.843
Personalaufwand	-1.609	-1.660	342	470	-1.267	-1.190
Sachaufwand	-931	-871	59	58	-873	-813
Abschreibungen	-353	-343	33	29	-320	-313
Verwaltungsaufwendungen	-2.893	-2.874	434	558	-2.459	-2.316
Betriebsergebnis	3.821	4.030	-1.292	-1.503	2.529	2.527
Übriges Ergebnis	-571	-589	6	0	-565	-589
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-191	-259	25	33	-166	-226
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-94	-251	-46	147	-139	-104
Ergebnis vor Steuern	2.966	2.931	-1.307	-1.323	1.659	1.608
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-713	-657	277	327	-435	-329
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	2.253	2.274	-1.030	-995	1.223	1.279
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	1.030	995	1.030	995
Ergebnis nach Steuern	2.253	2.274	0	0	2.253	2.274
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-171	-161	0	0	-171	-161
Konzernergebnis	2.083	2.114	0	0	2.083	2.114

Aktiva in € Millionen	RBI		Pro-forma-IFRS 5-Effekt Russland		RBI Pro-forma-IFRS 5	
	30.9.2024	31.12.2023	30.9.2024	31.12.2023	30.9.2024	31.12.2023
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	39.395	43.234	-4.067	-6.756	35.328	36.478
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	148.308	139.302	-11.336	-10.305	136.971	128.998
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	4.158	2.992	-5	-3	4.153	2.988
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.082	949	0	-1	1.082	948
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	178	185	0	0	178	185
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.101	5.783	-26	-53	6.074	5.730
Hedge Accounting	1.051	1.160	-4	-10	1.047	1.150
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-130	-365	38	65	-92	-300
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	851	820	-1	-1	851	819
Sachanlagen	1.725	1.672	-183	-185	1.542	1.486
Immaterielle Vermögenswerte	987	970	-84	-70	902	900
Laufende Steuerforderungen	139	69	-5	-5	135	64
Latente Steuerforderungen	211	218	-121	-111	90	107
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	12	12	15.846	17.527	15.858	17.540
Sonstige Aktiva	1.912	1.241	-51	-92	1.862	1.149
Gesamt	205.981	198.241	0	0	205.981	198.241

Passiva in € Millionen	RBI		Pro-forma-IFRS 5-Effekt Russland		RBI Pro-forma-IFRS 5	
	30.9.2024	31.12.2023	30.9.2024	31.12.2023	30.9.2024	31.12.2023
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	170.219	164.711	-12.424	-15.745	157.794	148.966
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	1.098	1.088	0	-1	1.098	1.088
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	8.748	8.463	-33	-34	8.715	8.430
Hedge Accounting	1.460	1.466	-136	-39	1.324	1.426
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-247	-514	26	45	-220	-469
Rückstellungen	1.833	1.644	-232	-248	1.601	1.396
Laufende Steuerverpflichtungen	185	242	-37	-35	149	207
Latente Steuerverpflichtungen	56	43	-7	-6	48	37
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten der Veräußerungsgruppen	0	0	12.949	16.190	12.949	16.190
Sonstige Passiva	1.487	1.248	-106	-127	1.381	1.121
Eigenkapital	21.142	19.849	0	0	21.142	19.849
Konzern-Eigenkapital	18.228	17.009	0	0	18.228	17.009
Kapital nicht beherrschender Anteile	1.293	1.231	0	0	1.293	1.231
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.621	1.610	0	0	1.621	1.610
Gesamt	205.981	198.241	0	0	205.981	198.241

Konzentrationsrisiko

Infolge des Kriegsausbruchs in der Ukraine sind die Aktivitäten der RBI in Russland, der Ukraine und Belarus einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Das erhöhte Risiko ergibt sich aus einer Reihe von Faktoren wie die Zerstörung von Lebensgrundlagen und Infrastruktur in der Ukraine, den Verlust und die Blockierung von Häfen, gegen Russland verhängte Sanktionen, die Ungewissheit über die Dauer des Kriegs sowie die Preisinstabilität und den wirtschaftlichen Rückgang in Osteuropa. Die ausstehenden Forderungen in Russland, der Ukraine und Belarus werden in den folgenden Tabellen dargestellt.

Die erste Tabelle zeigt eine Aufteilung des Nettobuchwerts nach IFRS-Bewertungskategorien sowie das Nominale der außerbilanziellen Geschäfte abzüglich der darauf entfallenden Wertminderungen. Die zweite Tabelle zeigt das Konzentrationsrisiko anhand von Gegenparteien, wobei Derivate separat dargestellt werden. Beide Tabellen basieren auf der Ländersegmentierung nach IFRS 8.

in € Millionen	30.9.2024				31.12.2023			
	Russland	Ukraine	Belarus	Gesamt	Russland	Ukraine	Belarus	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	13.362	2.404	1.370	17.135	12.431	3.049	871	16.351
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	5	579	1	585	3	400	1	404
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	2	0	0	2	3	0	0	3
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	47	122	0	170	70	178	0	249
Bilanzposten	13.417	3.104	1.371	17.892	12.508	3.628	872	17.008
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	2.216	856	552	3.624	2.587	807	391	3.785
Gesamt	15.632	3.960	1.923	21.515	15.095	4.435	1.263	20.793

in € Millionen	30.9.2024				31.12.2023			
	Russland	Ukraine	Belarus	Gesamt	Russland ¹	Ukraine	Belarus	Gesamt ¹
Derivate	36	3	0	40	62	4	0	66
Zentralbanken	6.371	415	141	6.927	250	823	0	1.073
Regierungen	796	965	136	1.897	665	1.229	133	2.027
Kreditinstitute	2.271	371	289	2.932	5.855	269	46	6.169
Sonstige Finanzunternehmen	129	18	10	157	210	56	10	275
Nicht-Finanzunternehmen	1.706	1.187	540	3.434	2.903	1.121	466	4.491
Haushalte	2.107	145	253	2.505	2.564	126	216	2.906
Bilanzposten	13.417	3.104	1.371	17.892	12.508	3.628	872	17.008
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	2.216	856	552	3.624	2.587	807	391	3.785
Gesamt	15.632	3.960	1.923	21.515	15.095	4.435	1.263	20.793

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Werthaltigkeit der Sicherheiten in der Ukraine

Der Immobilienmarkt ist weiterhin stark vom Krieg betroffen, passt sich aber gleichzeitig den neuen Realitäten an. Die Preise für Wohnimmobilien bleiben in der Ukraine relativ stabil, wobei es in den großen westlichen Städten, aufgrund der Binnenmigration aus dem Osten und der stabileren Investitionsregion, allmählich zu Preissteigerungen kommt. Im Westen der Ukraine nimmt die Nachfrage nach Geschäften und Lagerimmobilien zu, was ebenfalls zu Preissteigerungen führt, jene nach Büroimmobilien nimmt jedoch ab. Die ukrainische Wirtschaft passt sich so weit wie möglich den Anforderungen des vorherrschenden Kriegsumfelds an. In den besetzten Gebieten werden die Sicherheiten als nicht anrechenbar eingestuft. In jenen Regionen welche einem hohem Risiko von Feindseligkeiten oder Besetzung ausgesetzt sind wurden deutlich höhere Abschläge berücksichtigt. Für andere Gebiete der Ukraine finden laufend Vor-Ort-Besuche und Bewertungen statt.

Werthaltigkeitstest für das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte

Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine wurde in beiden Ländern das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögenswerte gemäß IAS 36 auf Indikatoren überprüft, die zu einer Wertminderung führen könnten.

In der Ukraine wurde jenes Sachanlagevermögen, welches sich in den besetzten Gebieten befindet, im Jahr 2022 auf null abgeschrieben. Alle anderen Sachanlagevermögenswerte werden einzeln begutachtet und wenn es zu Schädigungen kommt, wertberichtigt. Daraus ergaben sich in den ersten drei Quartalen 2024, sowie in der Vorjahresperiode Wertminderungen unter € 1 Million.

Durch veränderte Marktpreise, Zinssätze und Mietpreise aufgrund der geopolitischen Lage und einer detaillierteren Bewertung wurden, basierend auf dem Werthaltigkeitstest für Sachanlagevermögen, in Russland Wertminderungen von rund € 2 Millionen aufgelöst (Vorjahresperiode: Bildung Wertminderung unter € 1 Million). Aus dem Werthaltigkeitstest für immaterielle Vermögenswerte ergaben sich weder in der Berichtsperiode noch in der Vergleichsperiode Wertminderungen.

Zu den Auswirkungen auf die Modelle zur Berechnung der Wertminderungen gemäß IFRS 9 wird auf Punkt (31) Zukunftsorientierte Informationen verwiesen.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

(1) Zinsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Zinserträge nach Effektivzinsmethode	6.282	6.172
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	118	102
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	6.164	6.070
Zinserträge übrige	1.703	1.631
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	188	220
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	30	23
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	7	4
Derivative - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	245	340
Sonstige Aktiva	1.232	1.044
Zinserträge aus finanziellen Verbindlichkeiten	2	1
Zinsaufwendungen	-3.630	-3.613
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-2.917	-2.701
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-166	-255
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-27	-30
Derivative - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	-504	-611
Sonstige Passiva	-10	-11
Zinsaufwendungen aus finanziellen Vermögenswerten	-5	-7
Gesamt	4.355	4.190

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Zinsüberschuss	4.355	4.190
Durchschnittliche zinstragende Aktiva	196.444	198.694
Nettozinsspanne	2,96%	2,81%

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von € 343 Millionen (Vorjahresperiode: € 349 Millionen) von marktbeurteilten finanziellen Vermögenswerten und Zinsaufwendungen in Höhe von € 194 Millionen (Vorjahresperiode: € 284 Millionen) von marktbeurteilten finanziellen Verbindlichkeiten enthalten.

Trotz herausfordernder Umstände - sowohl die EZB als auch die Fed leiteten mit der Senkung der Leitzinsen in der Berichtsperiode eine geldpolitische Trendwende ein - sowie negativer Währungseffekte in Osteuropa, Tschechien und Ungarn stieg der Zinsüberschuss im Jahresvergleich um € 166 Millionen auf € 4.355 Millionen.

Die Nettozinsspanne verbesserte sich um 14 Basispunkte auf 2,96 Prozent, was neben einem Anstieg in Osteuropa - bedingt durch niedrigere durchschnittliche zinstragende Aktiva - auf einen Anstieg um 51 Basispunkte in der Slowakei und einen Anstieg um 37 Basispunkte in Serbien zurückzuführen war.

(2) Dividendenerträge

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	1
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	2	1
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	9	8
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	20	17
Gesamt	31	27

(3) Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	57	71

(4) Provisionsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Zahlungsverkehr	780	874
Kredit- und Garantiegeschäft	158	165
Wertpapiere	109	122
Vermögensverwaltung	214	189
Depot- und Treuhandgeschäft	71	61
Vermittlungsprovisionen	45	42
Fremdwährungsgeschäft	617	817
Sonstige	82	95
Gesamt	2.077	2.364

Insgesamt sank der Provisionsüberschuss um € 288 Millionen auf € 2.077 Millionen. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Russland zurückzuführen (Abnahme: € 345 Millionen, davon € 83 Millionen aus negativen Konvertierungseffekten), während die meisten anderen Länder des Konzerns eine Steigerung zeigten.

Der Provisionsüberschuss aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, betrug € 1.471 Millionen (Vorjahresperiode: € 1.338 Millionen).

1.1.-30.9.2024							
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Provisionserträge	627	530	1.053	683	108	-104	2.897
Zahlungsverkehr	297	326	459	154	77	-75	1.237
Clearing und Abwicklung	36	40	222	0	19	-12	306
Kreditkarten	44	39	10	45	6	0	145
Debitkarten und sonstige Bankkarten	50	97	136	0	32	-29	285
Übrige Zahlungsdienste	167	150	91	108	19	-34	502
Kredit- und Garantiegeschäft	44	32	21	88	10	-5	191
Wertpapiere	34	3	50	85	11	-13	169
Vermögensverwaltung	22	22	21	268	0	0	333
Depot- und Treuhandgeschäft	12	4	41	27	3	-4	84
Vermittlungsprovisionen	30	27	18	0	0	0	75
Fremdwährungsgeschäft	167	109	345	47	6	-6	669
Sonstige	21	7	97	13	1	-1	138
Provisionsaufwendungen	-176	-164	-283	-251	-42	96	-820
Gesamt	451	367	770	433	66	-9	2.077

1.1.-30.9.2023							
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Provisionserträge	593	481	1.384	667	93	-104	3.115
Zahlungsverkehr	274	294	547	168	67	-77	1.274
Clearing und Abwicklung	33	33	356	0	19	-13	428
Kreditkarten	43	37	16	35	4	0	135
Debitkarten und sonstige Bankkarten	43	85	93	0	24	-22	223
Übrige Zahlungsdienste	155	139	83	133	20	-42	488
Kredit- und Garantiegeschäft	43	29	27	90	9	-5	193
Wertpapiere	32	3	76	78	9	-14	184
Vermögensverwaltung	17	20	13	249	0	0	300
Depot- und Treuhandgeschäft	10	4	37	24	3	-3	74
Vermittlungsprovisionen	25	19	27	0	0	0	71
Fremdwährungsgeschäft	175	101	546	47	5	-3	872
Sonstige	19	9	112	10	0	-2	148
Provisionsaufwendungen	-166	-149	-260	-239	-37	99	-750
Gesamt	427	332	1.125	428	56	-4	2.364

(5) Handelsergebnis, Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen und Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held For Trading	-20	-216
Derivate	220	-89
Eigenkapitalinstrumente	26	31
Schuldverschreibungen	43	44
Kredite und Forderungen	8	20
Short-Positionen	0	0
Einlagen	1	27
Verbriefte Verbindlichkeiten	-321	-237
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	4	-12
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	11	41
Eigenkapitalinstrumente	1	0
Schuldverschreibungen	9	-12
Kredite und Forderungen	1	52
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-7	1
Schuldverschreibungen	1	0
Einlagen	-1	-4
Verbriefte Verbindlichkeiten	-7	5
Währungsumrechnung (netto)	114	379
Gesamt	98	205

Das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen betrug in der Berichtsperiode € 98 Millionen (Vorjahresperiode: € 205 Millionen). Die im Handelsergebnis enthaltene Position Derivate verzeichnete ein positives Ergebnis von € 220 Millionen, dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von € 309 Millionen (Vorjahresperiode: minus € 89 Millionen). Derivate werden vor allem dazu genutzt, Zins- und Währungsrisiken sowie Risiken aus Eigenkapitalpositionen abzusichern. Der Großteil des Bewertungsergebnisses aus Derivaten wurde aus Absicherungen gegen Aktienrisiken erzielt. Gemeinsam mit Eigenkapitalinstrumenten bilden sie die Absicherung gegenüber Wertschwankungen emittierter Zertifikate, die im Wesentlichen auf Aktien und Aktienindizes und zu einem kleineren Teil auf Zinsprodukten beruhen. Das Bewertungsergebnis dieser im Handelsbuch geführten Zertifikate im Posten verbiefte Verbindlichkeiten ist dementsprechend gegenläufig und betrug in der Berichtsperiode minus € 321 Millionen (Vorjahr: minus € 237 Millionen). Die Ergebnisse spiegeln die positive Entwicklungen auf den Aktienmärkten in diesem Jahr wider.

Gewinne aus Währungsumrechnungen von offenen Kassapositionen beliefen sich auf € 114 Millionen (Vorjahresperiode: € 379 Millionen). Offene Positionen werden mittels Fremdwährungsderivate gesteuert und großteils geschlossen. Die gegenläufigen Bewertungseffekte dieser Derivate werden dementsprechend im Posten Derivate ausgewiesen.

Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten	99	280
Fair-Value-Änderungen aus abgesicherten Grundgeschäften im Hedge Accounting	-90	-292
Erfolgswirksamer, ineffektiver Teil aus Cash-Flow Hedge	1	0
Gesamt	9	-12

(6) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Ergebnis aus der Ausbuchung nicht modifizierter, nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	-15	-19
Schuldverschreibungen	-2	-19
Kredite und Forderungen	3	-4
Verbriefte Verbindlichkeiten	-16	4
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0
Ergebnis aus der Ausbuchung von zur Veräußerung gehaltenen nichtfinanziellen Vermögenswerten	5	3
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property)	0	1
Immaterielle Vermögenswerte	0	0
Sonstige Aktiva	5	3
Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten	22	16
Umsatzerlöse aus bankfremden Tätigkeiten	80	91
Aufwendungen aus bankfremden Aktivitäten	-58	-75
Ergebnis aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	21	18
Umsatzerlöse aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	37	39
Aufwendungen aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	-15	-21
Ergebnis aus Versicherungsverträgen	-3	10
Ergebnis aus Investment Property inkl. Operating Leasing (Immobilien)	48	45
Ergebnis aus Investment Property	14	15
Erträge aus Operating Leasing von Immobilien	20	16
Aufwendungen aus Operating Leasing von Immobilien	-3	-2
Erträge aus sonstigem Operating Leasing	20	20
Aufwendungen aus sonstigem Operating Leasing	-3	-3
Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen	-10	-34
Übrige betriebliche Erträge/Aufwendungen	19	18
Gesamt	88	57
Sonstige Betriebserträge	281	303
Sonstige Betriebsaufwendungen	-194	-245

(7) Verwaltungsaufwendungen

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Personalaufwand	-1.609	-1.660
Sachaufwand	-931	-871
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-353	-343
Gesamt	-2.893	-2.874

Personalaufwand

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Löhne und Gehälter	-1.250	-1.282
Soziale Abgaben	-289	-308
Freiwilliger Sozialaufwand	-44	-40
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionspläne	-13	-12
Aufwendungen/Erträge für leistungsorientierte Pensionspläne	-5	0
Aufwendungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-7	-9
Aufwendungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer exkl. zukünftiger Bonusprogramme	7	-4
Personalaufwand unter Berücksichtigung zukünftiger Bonusprogramme	-8	-4
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	-1
Gesamt	-1.609	-1.660

Der Personalaufwand ging um € 51 Millionen auf € 1.609 Millionen zurück. In Russland kam es aufgrund von Rückstellungen für Einmalzahlungen in der Vorjahresperiode sowie aus der Währungsentwicklung zu einem Rückgang um € 128 Millionen. Demgegenüber standen größtenteils inflationsbedingte Gehaltssteigerungen in nahezu allen anderen Ländern des Konzerns insbesondere in der Slowakei (Anstieg: € 19 Millionen) und in Rumänien (Anstieg: € 16 Millionen) sowie ein leichter Anstieg der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter um 236 Vollzeitäquivalente auf 44.810.

Sachaufwand

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Raumaufwand	-79	-81
IT-Aufwand	-329	-270
Rechts- und Beratungsaufwand	-142	-161
Werbe- und Repräsentationsaufwand	-85	-80
Kommunikationsaufwand	-63	-58
Büroaufwand	-13	-14
Kfz-Aufwand	-8	-8
Sicherheitsaufwand	-19	-20
Reiseaufwand	-13	-13
Ausbildungsaufwand	-12	-12
Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern	-69	-61
davon Finanztransaktionssteuer	-61	-51
Sonstiger Sachaufwand	-101	-93
Gesamt	-931	-871
davon Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse	-12	-12
davon Aufwendungen für Leasingverhältnisse geringwertiger Vermögenswerte	-4	-3

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Sachanlagen	-179	-176
davon Nutzungsrechte	-60	-61
Immaterielle Vermögenswerte	-174	-166
Gesamt	-353	-343

(8) Übriges Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Gewinne/Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen	-12	-6
Ergebnis aus Barwertänderungen unwesentlich modifizierter Vertragskonditionen	-11	-7
Ergebnis aus der Ausbuchung aufgrund wesentlich modifizierter Vertragskonditionen	-1	1
Wertminderungen/-aufholungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	-49	24
Wertminderungen/-aufholungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten	2	-2
Firmenwerte	0	0
Andere	2	-2
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen sowie Entkonsolidierungen	-4	0
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen	4	1
Ergebnis aus Entkonsolidierungen	-8	0
Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen	-508	-605
Gesamt	-571	-589

In der Berichtsperiode resultierte der Aufwand für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Polen in Höhe von € 493 Millionen (Vorjahresperiode: € 600 Millionen) vorwiegend aus Vorsorgen im Zusammenhang mit dem CHF-Kreditportfolio aufgrund negativer Gerichtsurteile, aus der Anpassung der Abzinsungsperiode sowie aus Dotierungen von Rückstellungen im Zusammenhang mit drohenden Gerichtsverfahren bei in Euro denominierten Krediten und Kunden zustehende Verzugszinsen. Die Bewertung von Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen führte in der Berichtsperiode zu einem Ergebnis von minus € 49 Millionen, was überwiegend die Anteile der UNIQA Insurance Group AG und der LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG betraf.

(9) Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Staatliche Maßnahmen	-101	-94
Bankenabgaben	-101	-94
Pflichtabgaben	-90	-165
Bankenabwicklungsfonds	-15	-74
Beiträge zur Einlagensicherung	-74	-91
Sonstige Pflichtabgaben	0	0
Gesamt	-191	-259

Der Aufwand für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben ging um € 68 Millionen zurück. Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds sanken um € 59 Millionen, da die Aufbauphase des Fonds nahezu abgeschlossen wurde.

(10) Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Forderungen	-167	-233
Schuldverschreibungen	96	-50
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	-23	32
Gesamt	-94	-251
davon finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-17	1
davon finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	-54	-285

In der Berichtsperiode lagen die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte mit € 94 Millionen signifikant unter dem Wert der Vergleichsperiode von € 251 Millionen, der überwiegend in Osteuropa gebucht worden war. Für ausgefallene Kredite (Stage 3) wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen von netto € 286 Millionen (Vorjahresperiode: netto € 133 Millionen) gebildet. In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Nettoauflösungen in Höhe von € 192 Millionen ausgewiesen, vor allem in Russland aufgrund von Rückzahlungen, vorwiegend von sanktionierten Kunden (Vorjahresperiode: Wertminderungen in Höhe von € 118 Millionen).

Weitere Details sind unter Punkt (13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost enthalten.

(11) Steuern

in € Millionen	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-693	-667
davon Inland	-17	-15
davon Ausland	-677	-652
Latente Steuern	-19	11
Gesamt	-713	-657
Effektive Steuerquote	24,0%	22,4%

Die Erhöhung der effektiven Steuerquote auf 24,0 Prozent war im Wesentlichen auf die in 2024 neu eingeführte Sondersteuer in der Slowakei sowie die Erhöhung des Steuersatzes in der Ukraine zurückzuführen.

Die per 1. Jänner 2024 eingeführte globale Mindeststeuer für Unternehmensgruppen (MindBestG) in Höhe von 15 Prozent führte zu einem zusätzlichen steuerlichen Aufwand im Ausmaß von € 5 Millionen. In den meisten Ländern, in denen die RBI tätig ist, werden die Safe Harbour Rules erfüllt.

Steuerforderungen

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Laufende Steuerforderungen	139	69
Latente Steuerforderungen	211	218
Steueransprüche aus temporären Differenzen	210	206
Verlustvorträge	1	12
Gesamt	350	287

Steuerverpflichtungen

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Laufende Steuerverpflichtungen	185	242
Latente Steuerverpflichtungen	56	43
Gesamt	241	285

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente - Amortized Cost

(12) Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Kassenbestand	4.108	4.126
Guthaben bei Zentralbanken	21.965	24.581
Sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	13.322	14.527
Gesamt	39.395	43.234

Der Rückgang im Posten Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen um € 3.839 Millionen war hauptsächlich auf die Rückgänge in Guthaben bei Zentralbanken (Rückgang: € 2.616 Millionen) und sonstigen Sichteinlagen bei Kreditinstituten (Rückgang: € 1.205 Millionen) zurückzuführen. Die Reduktion in Guthaben bei Zentralbanken ist der Tilgung von TLTRO-III Instrumenten in der Slowakei im März geschuldet. Weiters beinhaltet die Position Guthaben bei Zentralbanken auch eingeschränktes Guthaben bei Zentralbanken in Höhe von € 76 Millionen (Vorjahr: € 21 Millionen), welches nicht unmittelbar zur Verfügung steht. Bei sonstigen Sichteinlagen war Russland mit einem Rückgang von € 3.461 Millionen der größte Treiber. Dieser wurde aber durch den Anstieg in der Konzernzentrale in Höhe von € 1.163 Millionen reduziert.

Unter dem Posten Kassenbestand zeigen die Ukraine, Russland und Belarus insgesamt € 2.086 Millionen, wobei der größte Teil aus Russland kam.

Zum Berichtsstichtag wurden von der Ukraine, von Russland und Belarus Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in Höhe von € 863 Millionen ausgewiesen, die derzeit rechtlichen Beschränkungen unterliegen und daher nicht zur allgemeinen Verwendung durch die Muttergesellschaft zur Verfügung stehen.

(13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost

in € Millionen	30.9.2024			31.12.2023 ¹		
	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert
Schuldverschreibungen	29.390	-98	29.292	25.936	-214	25.723
Zentralbanken	5	0	5	5	0	5
Regierungen	24.752	-66	24.686	21.319	-86	21.233
Kreditinstitute	3.034	-1	3.033	2.855	-1	2.854
Sonstige Finanzunternehmen	900	-28	873	974	-69	905
Nicht-Finanzunternehmen	698	-3	695	783	-57	726
Kredite und Forderungen	121.904	-2.888	119.016	116.468	-2.889	113.580
Zentralbanken	15.510	-1	15.509	7.860	0	7.860
Regierungen	3.223	-7	3.216	2.628	-6	2.621
Kreditinstitute	4.096	-2	4.094	6.855	-3	6.852
Sonstige Finanzunternehmen	11.429	-175	11.254	10.699	-157	10.542
Nicht-Finanzunternehmen	47.142	-1.688	45.454	48.092	-1.596	46.496
Haushalte	40.504	-1.016	39.488	40.335	-1.125	39.209
Gesamt	151.293	-2.986	148.308	142.405	-3.102	139.302

¹Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Der Buchwert des Postens finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2023 um € 9.005 Millionen.

Der Anstieg der Schuldverschreibungen um € 3.569 Millionen resultierte überwiegend aus Zukäufen von Staatsanleihen (Anstieg: € 3.453 Millionen), vor allem in Tschechien (Anstieg: € 1.344 Millionen) und in der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.012 Millionen). Im Kreditgeschäft wurde ein Anstieg um € 5.436 Millionen verzeichnet, der vorwiegend aus dem kurzfristigen Geschäft resultierte (Anstieg: € 6.199 Millionen), vor allem in Russland (Anstieg: € 2.649 Millionen), durch kurzfristige Veranlagungen bei der russischen Zentralbank (sanktionsbedingte Umschichtung von Kreditinstituten), sowie in Tschechien (Anstieg: € 1.399 Millionen) und in der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.340 Millionen), überwiegend aus Repo-Geschäften, jeweils mit der tschechischen Nationalbank bzw. mit sonstigen Finanzunternehmen. Bei den Krediten an Nicht-Finanzunternehmen wurde ein Rückgang um € 1.041 Millionen verzeichnet. Dem Anstieg in Rumänien (Anstieg: € 292 Millionen) und in der Slowakei (Anstieg: € 281 Millionen) stand ein Rückgang in Russland um € 1.141 Millionen gegenüber, hauptsächlich durch Rückgang der Working-Capital-Finanzierungen sowie der Kredite an Firmenkunden und KMU.

In Russland bestehen finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost in Höhe von € 622 Millionen aus Zahlungen von Emittenten lokaler Schuldtitel, die derzeit aufgrund der bestehenden US- und EU-Sanktionen nicht an ausländische Investoren weitergeleitet werden können, und daher bei der russischen Agentur für Einlagensicherung (Deposit Insurance Agency) deponiert werden müssen. Sie stehen der Muttergesellschaft zur allgemeinen Verwendung nicht zur Verfügung. Im zweiten Quartal erfolgte eine Reklassifizierung dieser Vermögenswerte von der Kategorie Kredite an Nicht-Finanzunternehmen in Kredite an Regierungen, welche dem kurzfristigen Geschäft zugeordnet sind, um eine bessere Darstellung des Kreditportfolios zu ermöglichen. Die Vergleichswerte zum 31.12.2023 wurden entsprechend angepasst.

Das Kreditportfolio der RBI ist nach Art des Kunden, geografischer Region und Industrie diversifiziert. In den folgenden Aufteilungen der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Gegenpartei ist ersichtlich, dass der Fokus auf Kunden im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte liegt.

Bruttobuchwert

in € Millionen	30.9.2024				31.12.2023 ¹			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	9.002	6.513	0	0	7.615	250	0	0
Regierungen	26.553	1.254	168	0	22.696	1.073	178	0
Kreditinstitute	6.407	722	1	0	8.823	883	4	0
Sonstige Finanzunternehmen	10.411	1.595	281	42	9.073	2.208	286	106
Nicht-Finanzunternehmen	38.520	7.245	1.980	95	38.499	8.516	1.741	120
Haushalte	32.337	7.033	1.032	102	30.999	8.215	1.007	115
davon Hypothekar	21.331	5.147	333	62	20.729	6.257	361	76
Gesamt	123.230	24.362	3.463	239	117.704	21.144	3.217	340

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Kumulierte Wertminderungen

in € Millionen	30.9.2024				31.12.2023			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	0	-1	0	0	0	0	0	0
Regierungen	-43	-26	-4	0	-57	-31	-5	0
Kreditinstitute	-1	-1	-1	0	-1	-2	-2	0
Sonstige Finanzunternehmen	-11	-62	-118	-11	-11	-100	-89	-26
Nicht-Finanzunternehmen	-199	-412	-1.039	-41	-179	-497	-926	-52
Haushalte	-107	-237	-649	-23	-123	-324	-649	-29
davon Hypothekar	-16	-90	-149	-13	-20	-132	-173	-17
Gesamt	-361	-739	-1.811	-75	-371	-954	-1.670	-107

ECL Coverage Ratio

	30.9.2024				31.12.2023 ¹			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	0,0%	0,0%	-	-	0,0%	0,1%	-	-
Regierungen	0,2%	2,0%	2,6%	1,1%	0,2%	2,9%	2,7%	1,2%
Kreditinstitute	0,0%	0,2%	66,3%	-	0,0%	0,2%	34,4%	-
Sonstige Finanzunternehmen	0,1%	3,9%	41,9%	26,9%	0,1%	4,5%	31,0%	24,7%
Nicht-Finanzunternehmen	0,5%	5,7%	52,5%	43,2%	0,5%	5,8%	53,2%	43,2%
Haushalte	0,3%	3,4%	62,9%	22,8%	0,4%	3,9%	64,5%	25,6%
davon Hypothekar	0,1%	1,8%	44,9%	21,6%	0,1%	2,1%	47,8%	22,8%
Gesamt	0,3%	3,0%	52,3%	31,6%	0,3%	4,5%	51,9%	31,5%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Entwicklung der Wertminderungen

Entwicklung der Wertminderungen auf Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost, der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income sowie auf sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2024	372	978	1.673	107	3.130
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	206	104	9	0	320
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-76	-235	-189	-35	-536
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-90	-112	451	7	256
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	0	0	1
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	-2	-117	-5	-124
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	0	0	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-29	9	-14	2	-33
Stand 30.9.2024	383	743	1.813	75	3.014
davon Fair Value Through Other Comprehensive Income	22	4	2	0	27
davon sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	0	1	0	1

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2023	333	1.026	1.673	117	3.150
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	197	107	12	0	316
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-55	-126	-214	-15	-410
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-73	38	277	26	268
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	4	0	3
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	-2	-157	-8	-167
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	11	28	9	0	49
Änderung Konsolidierungskreis	0	4	1	-4	1
Wechselkurse und andere	-32	-6	-51	6	-82
Stand 30.9.2023	381	1.069	1.553	124	3.127
davon Fair Value Through Other Comprehensive Income	1	12	1	0	14
davon sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	11	1	0	11

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Rating-Kategorien und Stages

Die Kreditwürdigkeitsanalyse von finanziellen Vermögenswerten ist eine zeitliche Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Vermögenswerte.

- Exzellente sind Risikopositionen, die eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit vernachlässigbarer oder keiner Ausfallwahrscheinlichkeit aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>0,0000 \leq 0,0300$ Prozent und Retail PD-Skala $>0,00 \leq 0,17$ Prozent).
- Sehr gute Risikopositionen weisen eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen auf, wobei die Ausfallwahrscheinlichkeit vernachlässigbar oder gering ist (Non-Retail PD-Skala $>0,0300 \leq 0,1878$ Prozent und Retail PD-Skala $>0,17 \leq 0,35$ Prozent).
- Gut sind Risikopositionen, die eine gute Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit geringem Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>0,1878 \leq 1,1735$ Prozent und Retail PD-Skala $>0,35 \leq 1,37$ Prozent).
- Zufriedenstellend sind Risikopositionen, die einer genaueren Überwachung bedürfen und eine durchschnittliche bis angemessene Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit einem moderaten Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>1,1735 \leq 7,3344$ Prozent und Retail PD-Skala $>1,37 \leq 7,28$ Prozent).
- Unterdurchschnittlich sind Risikopositionen, die unterschiedliche Stärken spezieller Aufmerksamkeit erfordern und ein besorgniserregendes Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>7,3344 < 100,0$ Prozent und Retail PD-Skala $>7,28 < 100,0$ Prozent).

- Beeinträchtigte Bonität haben Risikopositionen, die als wertgemindert eingestuft werden (PD-Skala 100,0 Prozent sowohl für Non-Retail als auch für Retail).

Die folgende Tabelle zeigt den Zusammenhang zwischen Rating-Kategorien und Stages nach IFRS 9. Dabei ist zu beachten, dass es bei finanziellen Vermögenswerten in Stage 1 und Stage 2 aufgrund des relativen Charakters einer erheblichen Erhöhung des Kreditrisikos nicht zwingend erforderlich ist, dass Vermögenswerte der Stage 2 eine niedrigere Bonität besitzen als Stage 1, obwohl dies in der Regel der Fall ist.

30.9.2024	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	20.188	993	0	0	21.182
Sehr gut	41.718	2.801	0	1	44.521
Gut	40.737	5.766	0	7	46.510
Zufriedenstellend	16.068	11.315	0	13	27.396
Unterdurchschnittlich	2.009	2.463	0	9	4.481
Wertgemindert	0	0	3.385	188	3.574
Nicht geratet	2.509	1.024	77	20	3.630
Bruttobuchwert	123.230	24.362	3.463	239	151.293
Kumulierte Wertminderungen	-361	-739	-1.811	-75	-2.986
Buchwert	122.870	23.623	1.652	163	148.308

31.12.2023	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	15.951	807	0	0	16.758
Sehr gut	35.954	3.344	0	1	39.299
Gut	41.001	7.000	0	7	48.008
Zufriedenstellend	19.653	6.110	0	15	25.778
Unterdurchschnittlich	2.602	2.949	0	10	5.560
Wertgemindert	0	0	3.153	290	3.443
Nicht geratet	2.544	935	63	17	3.560
Bruttobuchwert	117.704	21.144	3.217	340	142.405
Kumulierte Wertminderungen	-371	-954	-1.670	-107	-3.102
Buchwert	117.333	20.190	1.547	233	139.302

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet vor allem finanzielle Vermögenswerte für Haushalte (vorwiegend in Serbien und Kroatien), für die noch keine Ratings verfügbar sind und deren Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

(14) Modifizierte Vermögenswerte

Die Netto-Modifikationseffekte beliefen sich im dritten Quartal 2024 auf minus € 11 Millionen (Vorjahresperiode: minus € 7 Millionen). Zum 31. Dezember 2023 beliefen sich die Netto-Modifikationseffekte auf minus € 27 Millionen.

30.9.2024	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen					
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-4	-5	-1	-1	-11
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	934	236	75	-4	1.240
Bruttobuchwert zum 30.9. der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	0	18	0	0	18

31.12.2023	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen					
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-9	-8	-8	-1	-27
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	3.039	1.163	148	3	4.353
Bruttobuchwert zum 31.12. der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	0	0	0	0	0

(15) Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.741	26.124
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	14.224	13.613
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	7.850	9.969
Rückkaufvereinbarung	5.667	2.542
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	120.277	119.331
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	79.049	84.111
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	37.889	34.451
Rückkaufvereinbarung	3.340	769
Verbriefte Verbindlichkeiten	20.541	17.772
Gedeckte Schuldverschreibungen	4.303	3.881
Hybride Verträge	623	499
Sonstige verbiefte Verbindlichkeiten	15.615	13.391
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	2.306	1.926
davon nicht wandelbar	13.309	11.465
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1.660	1.484
Gesamt	170.219	164.711
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	2.218	2.167
davon Leasingverbindlichkeiten	368	371

Die Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten war im Bereich der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit im Wesentlichen auf die Tilgung von TLTRO-Instrumenten in der Slowakei zurückzuführen. Im Berichtsjahr wurde hier ein Volumen in Höhe von € 2.200 Millionen getilgt. Die Rückkaufvereinbarungen erhöhten sich geschäftsbedingt um € 3.125 Millionen, wobei ein Großteil des Anstieges auf die Konzernzentrale entfiel.

Die kurzfristigen Beträge/Tagesgeldeinlagen gegenüber Kunden verringerten sich insbesondere in Russland (Rückgang: € 3.468 Millionen). Hier wirkten sich sowohl Reduktionen aufgrund von Wechselkursschwankungen als auch Rückgänge bei Einlagen von Haushalten und Nicht-Finanzunternehmen aus. Ein gegensätzlicher Trend zeichnete sich in den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit ab, die konzernweit eine Erhöhung um € 3.438 Millionen aufwiesen. Die größten Zuwächse waren hier in Ungarn (Anstieg: € 1.742 Millionen) und in der Konzernzentrale (Anstieg: € 907 Millionen) zu verzeichnen. Die Rückkaufvereinbarungen erhöhten sich um € 2.570 Millionen, wobei der größte Zuwachs auf Tschechien entfiel.

Die sonstigen verbrieften Verbindlichkeiten erhöhten sich insbesondere aufgrund von Emissionen in der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.400 Millionen) und in der Slowakei (Anstieg: € 382 Millionen), was zu einem Anstieg in der Gesamtposition in Höhe von € 2.224 Millionen beitrug.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden nach Asset-Klassen:

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Zentralbanken	449	2.987
Regierungen	5.894	3.698
Kreditinstitute	27.292	23.137
Sonstige Finanzunternehmen	12.351	12.097
Nicht-Finanzunternehmen	44.298	45.084
Haushalte	57.735	58.452
Gesamt	148.018	145.455

(16) Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

30.9.2024						
in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	39.395	0	39.395	39.395	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	25.293	1.997	119.079	146.369	148.308	-1.939
Schuldverschreibungen	25.293	1.997	1.921	29.211	29.292	-81
Kredite und Forderungen	0	0	117.158	117.158	119.016	-1.858
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	864	17.934	150.789	169.587	169.851	-264
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	147.197	147.197	147.651	-454
Verbriefte Verbindlichkeiten	864	17.934	1.933	20.730	20.541	190
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.660	1.660	1.660	0

1 Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.
Level I Notierte Marktpreise
Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

31.12.2023						
in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	43.234	0	43.234	43.234	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	21.474	2.246	113.497	137.217	139.302	-2.085
Schuldverschreibungen	21.474	2.246	1.862	25.582	25.723	-141
Kredite und Forderungen	0	0	111.636	111.636	113.580	-1.944
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	834	15.398	147.236	163.468	164.339	-871
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	144.287	144.287	145.084	-797
Verbriefte Verbindlichkeiten	834	15.398	1.465	17.697	17.772	-75
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.484	1.484	1.484	0

1 Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.
Level I Notierte Marktpreise
Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

(17) Finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income

30.9.2024				
in € Millionen	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Buchwert
Eigenkapitalinstrumente	189	-	-	189
Kreditinstitute	4	-	-	4
Sonstige Finanzunternehmen	117	-	-	117
Nicht-Finanzunternehmen	68	-	-	68
Schuldverschreibungen	4.000	-27	-4	3.969
Zentralbanken	755	0	0	756
Regierungen	2.380	-24	1	2.357
Kreditinstitute	731	-1	-5	726
Sonstige Finanzunternehmen	0	0	0	0
Nicht-Finanzunternehmen	133	-2	0	130
Gesamt	4.189	-27	-4	4.158

31.12.2023 in € Millionen	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Buchwert
Eigenkapitalinstrumente	182	-	-	182
Kreditinstitute	0	-	-	0
Sonstige Finanzunternehmen	101	-	-	101
Nicht-Finanzunternehmen	81	-	-	81
Schuldverschreibungen	2.864	-12	-42	2.810
Zentralbanken	0	0	0	0
Regierungen	1.981	-9	-33	1.939
Kreditinstitute	748	-1	-8	740
Sonstige Finanzunternehmen	3	0	0	3
Nicht-Finanzunternehmen	132	-3	-1	128
Gesamt	3.045	-12	-42	2.992

Der Buchwert des Postens finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2023 um € 1.166 Millionen auf € 4.158 Millionen, vorwiegend aufgrund des Ankaufs von kurzfristigen Schuldtitel der ungarischen Nationalbank sowie dem Erwerb von Staatsanleihen in der Konzernzentrale und in Rumänien.

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income ohne Eigenkapitalinstrumente nach Rating-Kategorien und Stages:

30.9.2024	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	POCI Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Millionen					
Exzellente	353	0	0	0	353
Sehr gut	1.678	0	0	0	1.678
Gut	1.678	94	0	0	1.772
Zufriedenstellend	3	4	0	0	7
Unterdurchschnittlich	139	31	0	0	170
Wertgemindert	0	0	2	0	2
Nicht geratet	17	0	0	0	17
Bruttobuchwert	3.869	129	2	0	4.000
Kumulierte Wertminderungen	-22	-4	-2	0	-27
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-6	2	0	0	-4
Buchwert	3.841	127	1	0	3.969

31.12.2023	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	POCI Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Millionen					
Exzellente	371	4	0	0	375
Sehr gut	1.005	8	0	0	1.013
Gut	1.215	170	0	0	1.385
Zufriedenstellend	2	3	0	0	6
Unterdurchschnittlich	0	64	0	0	64
Wertgemindert	0	0	2	0	2
Nicht geratet	18	0	0	0	18
Bruttobuchwert	2.611	250	2	0	2.864
Kumulierte Wertminderungen	-1	-9	-2	0	-12
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-46	4	0	0	-42
Buchwert	2.564	244	1	0	2.810

(18) Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Eigenkapitalinstrumente	5	8
Sonstige Finanzunternehmen	5	7
Nicht-Finanzunternehmen	0	1
Schuldverschreibungen	383	374
Regierungen	163	146
Kreditinstitute	26	25
Sonstige Finanzunternehmen	185	185
Nicht-Finanzunternehmen	9	18
Kredite und Forderungen	694	567
Regierungen	1	1
Kreditinstitute	2	2
Sonstige Finanzunternehmen	24	24
Nicht-Finanzunternehmen	192	76
Haushalte	475	464
Gesamt	1.082	949

(19) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss

Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Schuldverschreibungen	178	185
Regierungen	155	155
Kreditinstitute	15	22
Nicht-Finanzunternehmen	8	8
Gesamt	178	185

Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16	20
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	16	20
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23	22
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	23	22
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.059	1.046
Hybride Verträge	0	1
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	1.059	1.046
davon nicht wandelbar	1.059	1.046
Gesamt	1.098	1.088
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0

(20) Finanzielle Vermögenswerte – Held For Trading

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Derivate	3.382	3.774
Zinssatzverträge	2.428	2.719
Eigenkapitalverträge	396	201
Wechselkurs- und Goldverträge	524	797
Kreditverträge	5	26
Warentermingeschäfte	0	1
Andere	29	31
Eigenkapitalinstrumente	481	426
Kreditinstitute	48	50
Sonstige Finanzunternehmen	136	126
Nicht-Finanzunternehmen	297	250
Schuldverschreibungen	2.238	1.583
Zentralbanken	61	64
Regierungen	1.891	1.210
Kreditinstitute	187	224
Sonstige Finanzunternehmen	25	22
Nicht-Finanzunternehmen	74	64
Gesamt	6.101	5.783

Innerhalb des Postens finanzielle Vermögenswerte – Held for Trading betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 144 Millionen (Vorjahr: € 46 Millionen). Der Anstieg der Schuldverschreibungen resultierte vorwiegend aus Zukäufen von Staatsanleihen in der Konzernzentrale.

Derivative Finanzinstrumente

30.9.2024	Nominalwert	Marktwert	
in € Millionen		Aktiva	Passiva
Handelsbuch	187.335	3.160	-2.782
Zinssatzverträge	135.286	2.274	-2.299
Eigenkapitalverträge	4.006	396	-100
Wechselkurs- und Goldverträge	46.141	456	-369
Kreditverträge	529	5	-9
Warentermingeschäfte	21	0	0
Andere	1.352	29	-5
Bankbuch	13.402	222	-136
Zinssatzverträge	9.168	154	-81
Wechselkurs- und Goldverträge	4.214	68	-46
Kreditverträge	20	0	-9
Gesamt	200.737	3.382	-2.919
OTC-Produkte	198.637	3.355	-2.885
Börsengehandelte Produkte	2.100	27	-34

31.12.2023	Nominalwert	Marktwert	
in € Millionen		Aktiva	Passiva
Handelsbuch	186.235	3.467	-3.168
Zinssatzverträge	131.196	2.552	-2.598
Eigenkapitalverträge	5.057	201	-2
Wechselkurs- und Goldverträge	47.559	656	-541
Kreditverträge	1.341	26	-20
Warentermingeschäfte	21	1	0
Andere	1.061	31	-7
Bankbuch	17.106	307	-211
Zinssatzverträge	11.945	167	-88
Wechselkurs- und Goldverträge	5.141	140	-109
Kreditverträge	20	0	-15
Gesamt	203.341	3.774	-3.379
OTC-Produkte	199.937	3.759	-3.366
Börsengehandelte Produkte	3.404	15	-13

(21) Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Derivate	2.919	3.379
Zinssatzverträge	2.380	2.686
Eigenkapitalverträge	100	2
Wechselkurs- und Goldverträge	415	650
Kreditverträge	18	35
Andere	5	7
Short-Positionen	725	567
Eigenkapitalinstrumente	9	11
Schuldverschreibungen	716	556
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.103	4.517
Hybride Verträge	5.103	4.517
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1	1
Gesamt	8.748	8.463

(22) Hedge Accounting und Fair-Value Anpassungen aus Portfolio-Fair-Value-Hedges

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	348	392
Zinssatzverträge	348	392
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	1	1
Zinssatzverträge	1	1
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	0	5
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	702	762
Cash-Flow Hedge	103	151
Fair Value Hedge	599	611
Gesamt	1.051	1.160

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-130	-365
Gesamt	-130	-365

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	495	491
Zinssatzverträge	495	491
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	0	0
Zinssatzverträge	0	0
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	4	13
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	960	962
Cash-Flow Hedge	201	107
Fair Value Hedge	760	854
Gesamt	1.460	1.466

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-247	-514
Gesamt	-247	-514

30.9.2024 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Absicherungsinstrumente	68.229	1.051	-1.460
Zinssatzverträge	67.099	1.051	-1.456
Wechselkurs- und Goldverträge	1.130	0	-4
Gesamt	68.229	1.051	-1.460

31.12.2023 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Absicherungsinstrumente	62.055	1.160	-1.466
Zinssatzverträge	60.285	1.152	-1.445
Wechselkurs- und Goldverträge	1.771	8	-20
Gesamt	62.055	1.160	-1.466

(23) Erläuterungen Fair Value von Finanzinstrumenten

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in den folgenden Tabellen nach Bilanzposten gegliedert dargestellt.

Aktiva in € Millionen	30.9.2024			31.12.2023		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	2.398	3.685	18	1.629	4.140	14
Derivate	4	3.378	0	3	3.771	0
Eigenkapitalinstrumente	481	1	0	410	12	4
Schuldverschreibungen	1.913	306	18	1.216	357	10
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	302	39	741	295	38	616
Eigenkapitalinstrumente	1	4	0	1	6	1
Schuldverschreibungen	301	35	47	294	32	48
Kredite und Forderungen	0	0	694	0	0	567
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	160	18	0	160	25	0
Schuldverschreibungen	160	18	0	160	25	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	3.350	552	256	2.238	495	259
Eigenkapitalinstrumente	25	1	163	20	0	162
Schuldverschreibungen	3.325	551	93	2.218	495	97
Hedge Accounting	0	1.051	0	0	1.160	0

Passiva in € Millionen	30.9.2024			31.12.2023		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	718	8.031	0	559	7.904	0
Derivate	2	2.917	0	3	3.376	0
Short-Positionen	715	10	0	556	11	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	5.103	0	0	4.517	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1	0	0	1	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	1.098	0	0	1.088	0
Einlagen	0	39	0	0	42	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.059	0	0	1.046	0
Hedge Accounting	0	1.460	0	0	1.466	0

Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten zwischen Level I und Level II

Für Finanzinstrumente mit einem Volumen von rund € 1 Million standen zum 30. September 2024 nur abgeleitete Preise zur Verfügung. Zum Beispiel wurden anstelle des BGN-Werts (Bloomberg Generic Price) der BVAL-Wert (Bloomberg Evaluation) herangezogen. Folglich wurden diese Wertpapiere von Level I auf Level II umgegliedert. Bei den Verschiebungen von Level II zu Level I handelte es sich um Anleihen in Höhe von rund € 1 Millionen, für die zum Zeitpunkt des Transfers Marktwerte zur Verfügung standen.

Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten in Level III

Der Gesamtbestand an Level-III-Vermögenswerten erhöhte sich in der Berichtsperiode um netto € 126 Millionen. Bei den Finanzinstrumenten, die verpflichtend zum Fair Value bilanziert werden müssen, kam es zu einer Erhöhung um netto € 124 Millionen, im Wesentlichen durch Zugänge in Österreich, aufgrund von substantziellen Vertragsmodifikationen von Krediten, welche im Amortized Cost Portfolio bewertet wurden und im Zuge der Restrukturierung zu einem Neuzugang in der Bewertungskategorie Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss führten. In der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income kam es zu einer Reduktion um netto € 3 Millionen, hauptsächlich durch Abgänge in Österreich. In der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte - Held for Trading erhöhte sich das Volumen der Staatsanleihen um netto € 4 Millionen, vorwiegend aufgrund von Zugängen in Albanien. In der Gesamtveränderung von € 126 Millionen waren netto rund € 1 Million Wechselkursschwankungen enthalten.

Aktiva in € Millionen	Stand 1.1.2024	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	14	0	1	81	-76
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	616	0	-2	171	-47
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	259	0	0	3	-12
Gesamt	889	0	-1	255	-134

Aktiva in € Millionen	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.9.2024
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	-2	0	0	0	18
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	2	0	0	0	741
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	6	0	0	256
Gesamt	0	6	0	0	1.015

Passiva in € Millionen ¹	Stand 1.1.2024	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

Passiva in € Millionen ¹	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.9.2024
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

¹ Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

Qualitative Informationen zur Bewertung von Level-III-Finanzinstrumenten

Aktiva	Marktwert in € Millionen ¹	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
30.9.2024				
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	18			
Ergänzungskapital	0	Indicative Prices (Richtpreise)	Indikationen	-
Staatsanleihen, festverzinsliche Anleihen	18	DCF-Verfahren	Kreditspanne	2,65 - 11,42%
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinssatz	10 - 30%
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	741			
Sonstige Beteiligungen	0	Vereinfachte Kapitalwertmethode Expertenmeinung	-	-
Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	47	Nettovermögen Finanzierungsauktion/Transaktionskosten Marktpreisindikation	(Auktions-) Preis	
Kredite	694	Retail: DCF-Verfahren (Black-Scholes, Vorfälligkeitsoptionen, Widerrufsmöglichkeit usw.)	Spanne (Neugeschäft)	1,04 - 3,57% über alle Währungen
		Non-Retail: DCF-Verfahren/ Optionsbewertung (Black-Scholes (shifted) Model; Hull-White Trinominal Tree)	Funding-Kurven (Liquiditätskosten) Kreditrisikoprämie (CDS-Kurven)	-0,15 - 3,09% über alle Währungen 0,14 - 9,94% (abhängig vom Rating: von A bis CCC)
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	256			
Sonstige Beteiligungen	48	Dividend Discount Model Vereinfachte Ertragswertmethode DCF-Verfahren	Kreditspanne Cash-Flow Diskontierungszinssatz Dividenden Beta-Faktor	-
Sonstige Beteiligungen	57	Adjustierte Nettoinventarwertmethode	Angepasstes Eigenkapital	-
Sonstige Beteiligungen	58	Multiplikatormethode Transaktionspreis Anschaffungskosten Kostenannäherung Bewertungsgutachten (Expertenmeinung) Kostenansatz abzüglich Wertminderung	EV/Sales EV/EBIT P/E P/B	-
Staatsanleihen, Kommunalschuldverschreibungen	93	DCF-Verfahren	Zinssatz	-
Gesamt	1.015			

Passiva	Marktwert in € Millionen ¹	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
30.9.2024				
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0			
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinssatz	10 - 30%
Zertifikate	0	Option Model (Curran)	Durchführungszeitraum / Closing Periode Geld-Brief Spanne Schwankungen / Volatilität Index-Kategorisierung	
Gesamt	0			

¹Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Eigenkapital

(24) Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Anteile an verbundenen Unternehmen	206	187
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	646	632
Gesamt	851	820

(25) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Sachanlagen	1.725	1.672
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	492	454
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	323	341
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	415	412
Sonstige vermietete Leasinganlagen	119	108
Nutzungsrechte	377	357
Immaterielle Vermögenswerte	987	970
Software	870	843
Firmenwerte	38	38
Marke	1	2
Kundenbeziehungen	10	13
Kerneinlagen	45	51
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	22	23
Gesamt	2.712	2.641

(26) Sonstige Aktiva

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Rechnungsabgrenzungen	379	340
Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen	198	157
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	12	12
Übrige Aktiva	1.335	743
Gesamt	1.925	1.253

(27) Rückstellungen

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken	225	206
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IFRS 9	225	204
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IAS 37	1	2
Personalarückstellungen	468	507
Pensionen und andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	185	182
Andere langfristig fällige Leistungen an Mitarbeiter	38	47
Bonuszahlungen	243	275
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2	3
Andere Rückstellungen	1.139	931
Anhängige Rechts- und Steuerfälle	890	636
Restrukturierung	4	6
Belastende Verträge	60	60
Sonstige Rückstellungen	185	229
Gesamt	1.833	1.644

Details zu den Rückstellungen für anhängige Rechts- und Steuerfälle sind unter Punkt (38) Offene Rechtsfälle ersichtlich.

(28) Sonstige Passiva

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten für unverbrauchte Urlaube	75	74
Verbindlichkeiten aus Versicherungsaktivitäten	300	280
Rechnungsabgrenzungsposten	619	564
Übrige Passiva	493	330
Gesamt	1.487	1.248

(29) Eigenkapital und nicht beherrschende Anteile

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Konzern-Eigenkapital	18.228	17.009
Gezeichnetes Kapital	1.002	1.002
Kapitalrücklagen	4.990	4.988
Gewinnrücklagen	17.217	15.600
davon Konzernergebnis	2.083	2.386
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-4.981	-4.580
Kapital nicht beherrschender Anteile	1.293	1.231
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.621	1.610
Gesamt	21.142	19.849

Zum 30. September 2024 betrug das Grundkapital der RBI AG gemäß Satzung € 1.003 Millionen und bestand aus 328.939.621 nennwertlosen Stückaktien (Inhaberaktien). Nach Abzug der im Eigenbestand befindlichen 492.405 Aktien betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 1.002 Millionen.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(30) Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Erteilte Kreditzusagen	37.324	36.601
Erteilte Finanzgarantien	9.378	9.761
Sonstige erteilte Zusagen	5.041	4.939
Gesamt	51.743	51.301
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-225	-204

Zusätzlich zu den dargestellten Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9 wurden Rückstellungen für sonstige erteilte Zusagen gemäß IAS 37 in Höhe von € 1 Million gebildet (Vorjahr: € 2 Millionen).

Nominalwert und Rückstellungen für die außerbilanziellen Verbindlichkeiten aus Zusagen und Finanzgarantien nach IFRS 9 nach Gegenparteien und Stages – in Übereinstimmung mit § 51 Abs 13 BWG:

in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,0%	-	-
Regierungen	467	9	20	0	0	-1	0,0%	0,3%	5,0%
Kreditinstitute	2.186	176	0	0	0	0	0,0%	0,1%	-
Sonstige Finanzunternehmen	6.333	418	0	-4	-10	0	0,1%	2,3%	0,0%
Nicht-Finanzunternehmen	31.874	3.692	118	-52	-84	-45	0,2%	2,3%	38,2%
Haushalte	5.669	764	16	-10	-7	-12	0,2%	0,9%	72,0%
Gesamt	46.529	5.059	155	-66	-101	-58	0,1%	2,0%	37,5%

in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,2%	-	-
Regierungen	219	4	20	0	0	0	0,0%	3,8%	0,0%
Kreditinstitute	2.142	260	0	0	-1	0	0,0%	0,5%	-
Sonstige Finanzunternehmen	5.999	511	4	-10	-5	-3	0,2%	0,9%	68,7%
Nicht-Finanzunternehmen	30.883	4.915	109	-38	-82	-36	0,1%	1,7%	33,2%
Haushalte	5.334	886	15	-11	-8	-10	0,2%	0,9%	66,9%
Gesamt	44.577	6.576	149	-58	-96	-49	0,1%	1,5%	33,2%

Entwicklung der Rückstellungen auf erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2024	58	96	49	204
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	41	15	3	60
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-19	-15	-7	-41
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-13	7	13	7
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-1	-2	-1	-4
Stand 30.9.2024	66	101	58	225

	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Millionen				
Stand 1.1.2023	64	115	56	236
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	33	28	4	65
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-15	-36	-8	-59
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-20	-7	-6	-33
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-4	-5	-2	-11
Stand 30.9.2023	60	95	43	197

Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen nach Rating-Kategorien und Stages:

30.9.2024	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Millionen				
Exzellent	1.040	169	0	1.209
Sehr gut	17.806	1.149	0	18.954
Gut	20.192	1.983	0	22.175
Zufriedenstellend	5.162	1.322	0	6.483
Unterdurchschnittlich	133	312	0	446
Wertgemindert	0	0	154	154
Nicht geratet	2.197	124	1	2.322
Nominalwert	46.529	5.059	155	51.743
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-66	-101	-58	-225
Nominalwert nach Rückstellungen	46.464	4.958	97	51.518

31.12.2023	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Millionen				
Exzellent	415	73	0	488
Sehr gut	18.297	1.320	0	19.616
Gut	18.929	3.009	0	21.938
Zufriedenstellend	4.969	1.687	0	6.656
Unterdurchschnittlich	92	414	0	506
Wertgemindert	0	0	148	148
Nicht geratet	1.875	73	0	1.948
Nominalwert	44.577	6.576	149	51.301
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-58	-96	-49	-204
Nominalwert nach Rückstellungen	44.518	6.480	99	51.098

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet außerbilanzielle Verpflichtungen für einige Privatkunden, für die keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

(31) Zukunftsorientierte Informationen

Nachstehend sind die wichtigsten makroökonomischen Annahmen der wesentlichsten Länder, die für Schätzungen der erwarteten Kreditverluste am Ende des Quartals verwendet wurden, angegeben. (Quelle: Raiffeisen Research, August 2024)

Da weder in der Ukraine noch in Belarus 10-jährige Staatsanleihen begeben werden, gibt es bei diesen Ländern keine Angaben zum langfristigen Anleihezinssatz. Aufgrund der aktuellen Umstände in der Ukraine werden zurzeit keine makroökonomischen Annahmen zu den Immobilienpreisen getroffen. In Belarus gibt es momentan auch kein reguläres Finanzinstrument für den kurzfristigen Zinssatz.

		Reales BIP			Arbeitslosigkeit		
		2024	2025	2026	2024	2025	2026
Kroatien	Positives Szenario	3,9%	4,7%	3,7%	5,2%	4,4%	4,8%
	Basis	3,2%	2,7%	2,6%	5,5%	5,4%	5,4%
	Negatives Szenario	2,2%	-0,4%	0,9%	6,3%	7,7%	6,7%
Ukraine	Positives Szenario	4,8%	10,6%	8,3%	11,8%	8,3%	7,6%
	Basis	3,4%	6,5%	6,0%	12,0%	9,0%	8,0%
	Negatives Szenario	1,3%	0,3%	2,6%	12,5%	10,6%	8,9%
Belarus	Positives Szenario	4,7%	4,1%	3,1%	3,9%	3,8%	3,9%
	Basis	4,0%	2,0%	2,0%	4,0%	4,0%	4,0%
	Negatives Szenario	3,0%	-1,1%	0,3%	4,2%	4,5%	4,3%
Österreich	Positives Szenario	0,6%	2,5%	2,1%	5,0%	4,6%	4,6%
	Basis	0,2%	1,4%	1,5%	5,1%	4,8%	4,7%
	Negatives Szenario	-0,4%	-0,3%	0,5%	5,2%	5,2%	4,9%
Polen	Positives Szenario	3,4%	4,8%	4,1%	4,8%	4,0%	5,0%
	Basis	3,1%	3,8%	3,5%	5,2%	5,3%	5,7%
	Negatives Szenario	2,6%	2,3%	2,6%	5,8%	7,0%	6,6%
Russland	Positives Szenario	3,9%	1,5%	2,0%	2,3%	2,5%	3,2%
	Basis	3,3%	0,9%	0,9%	2,5%	3,0%	3,5%
	Negatives Szenario	2,3%	-2,0%	-0,7%	2,9%	4,1%	4,1%
Rumänien	Positives Szenario	2,6%	4,3%	4,5%	5,3%	4,9%	4,9%
	Basis	2,0%	2,5%	3,5%	5,4%	5,3%	5,1%
	Negatives Szenario	1,1%	-0,3%	2,0%	5,7%	6,1%	5,5%
Serbien	Positives Szenario	4,3%	5,4%	4,4%	8,7%	8,1%	8,5%
	Basis	3,8%	4,0%	3,6%	9,0%	9,0%	9,0%
	Negatives Szenario	3,1%	1,9%	2,4%	9,7%	11,1%	10,2%
Slowakei	Positives Szenario	3,2%	4,0%	3,4%	5,1%	4,2%	4,6%
	Basis	2,7%	2,4%	2,5%	5,5%	5,4%	5,3%
	Negatives Szenario	1,9%	0,0%	1,2%	6,4%	8,2%	6,8%
Tschechien	Positives Szenario	2,0%	4,3%	3,6%	3,7%	3,2%	3,2%
	Basis	1,5%	2,9%	2,8%	3,8%	3,6%	3,4%
	Negatives Szenario	0,5%	0,8%	1,6%	4,1%	4,6%	3,9%
Ungarn	Positives Szenario	2,7%	4,9%	4,4%	4,0%	3,4%	3,5%
	Basis	2,3%	3,4%	3,6%	4,2%	4,0%	3,8%
	Negatives Szenario	1,5%	1,1%	2,4%	4,7%	5,4%	4,6%

		Langfristiger Anleihezinssatz			Immobilienpreise		
		2024	2025	2026	2024	2025	2026
Kroatien	Positives Szenario	2,7%	1,6%	2,3%	8,4%	8,6%	6,3%
	Basis	3,2%	3,1%	3,2%	6,4%	2,6%	3,0%
	Negatives Szenario	3,7%	4,5%	3,9%	5,5%	-0,1%	1,5%
Ukraine	Positives Szenario	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
	Basis	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
	Negatives Szenario	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
Belarus	Positives Szenario	n/a	n/a	n/a	24,3%	22,8%	13,1%
	Basis	n/a	n/a	n/a	20,0%	10,0%	6,0%
	Negatives Szenario	n/a	n/a	n/a	18,1%	4,3%	2,8%
Österreich	Positives Szenario	2,4%	1,2%	1,7%	-7,0%	4,0%	2,7%
	Basis	2,8%	2,6%	2,5%	-8,0%	1,0%	1,0%
	Negatives Szenario	3,2%	3,8%	3,1%	-8,4%	-0,3%	0,3%
Polen	Positives Szenario	4,9%	3,1%	3,0%	11,4%	9,2%	6,4%
	Basis	5,5%	5,0%	4,0%	10,0%	5,0%	4,0%
	Negatives Szenario	6,1%	6,7%	4,9%	9,4%	3,1%	3,0%
Russland	Positives Szenario	13,6%	11,5%	9,7%	18,0%	23,5%	15,5%
	Basis	14,0%	12,7%	10,4%	13,5%	10,0%	8,0%
	Negatives Szenario	14,4%	13,9%	11,1%	11,5%	4,0%	4,7%
Rumänien	Positives Szenario	6,2%	4,7%	4,7%	7,6%	8,7%	6,1%
	Basis	6,8%	6,4%	5,6%	6,0%	4,0%	3,5%
	Negatives Szenario	7,3%	7,9%	6,4%	5,3%	1,9%	2,4%
Serbien	Positives Szenario	4,6%	2,7%	2,9%	8,6%	12,2%	7,8%
	Basis	5,3%	4,6%	4,0%	6,0%	4,5%	3,5%
	Negatives Szenario	5,8%	6,4%	5,0%	4,9%	1,1%	1,6%
Slowakei	Positives Szenario	3,2%	1,8%	2,3%	5,9%	12,2%	7,9%
	Basis	3,6%	3,2%	3,1%	3,0%	3,5%	3,0%
	Negatives Szenario	4,0%	4,5%	3,8%	1,7%	-0,4%	0,8%
Tschechien	Positives Szenario	3,3%	2,0%	2,6%	4,9%	8,7%	6,2%
	Basis	3,8%	3,3%	3,3%	3,0%	3,0%	3,0%
	Negatives Szenario	4,2%	4,6%	4,0%	2,2%	0,5%	1,6%
Ungarn	Positives Szenario	5,8%	4,2%	4,9%	10,3%	12,0%	8,9%
	Basis	6,4%	5,9%	5,8%	8,0%	5,0%	5,0%
	Negatives Szenario	6,9%	7,5%	6,7%	7,0%	1,9%	3,3%

		Verbraucherpreisindex			Kurzfristiger Zinssatz		
		2024	2025	2026	2024	2025	2026
Kroatien	Positives Szenario	2,6%	1,3%	1,3%	3,2%	1,4%	1,2%
	Basis	3,0%	2,6%	2,0%	3,7%	2,7%	2,0%
	Negatives Szenario	3,4%	3,8%	2,7%	4,0%	3,8%	2,6%
Ukraine	Positives Szenario	3,5%	2,6%	3,6%	19,6%	11,8%	9,9%
	Basis	5,2%	7,8%	6,5%	20,8%	15,4%	11,9%
	Negatives Szenario	6,8%	12,6%	9,2%	21,8%	18,3%	13,5%
Belarus	Positives Szenario	3,7%	-2,0%	1,3%	n/a	n/a	n/a
	Basis	6,8%	7,3%	6,5%	n/a	n/a	n/a
	Negatives Szenario	9,7%	16,0%	11,4%	n/a	n/a	n/a
Österreich	Positives Szenario	3,0%	1,8%	2,0%	3,2%	1,4%	1,2%
	Basis	3,3%	2,7%	2,6%	3,7%	2,7%	2,0%
	Negatives Szenario	3,6%	3,6%	3,1%	4,0%	3,8%	2,6%
Polen	Positives Szenario	2,8%	1,7%	2,0%	4,8%	2,0%	1,5%
	Basis	3,4%	3,5%	3,0%	5,9%	5,2%	3,2%
	Negatives Szenario	4,0%	5,2%	4,0%	6,7%	7,8%	4,7%
Russland	Positives Szenario	6,6%	2,5%	2,8%	16,2%	11,1%	7,3%
	Basis	7,5%	5,1%	4,2%	16,9%	13,3%	8,5%
	Negatives Szenario	8,3%	7,6%	5,6%	17,5%	15,2%	9,5%
Rumänien	Positives Szenario	4,7%	3,2%	2,3%	5,0%	2,7%	3,3%
	Basis	5,3%	5,1%	3,3%	5,9%	5,3%	4,7%
	Negatives Szenario	5,9%	6,8%	4,3%	6,6%	7,5%	5,9%
Serbien	Positives Szenario	4,0%	0,8%	1,8%	3,9%	0,4%	1,3%
	Basis	4,7%	3,0%	3,0%	5,2%	4,2%	3,4%
	Negatives Szenario	5,4%	5,0%	4,1%	6,2%	7,3%	5,2%
Slowakei	Positives Szenario	2,4%	1,9%	1,3%	3,2%	1,4%	1,2%
	Basis	3,0%	3,8%	2,4%	3,7%	2,7%	2,0%
	Negatives Szenario	3,6%	5,6%	3,3%	4,0%	3,8%	2,6%
Tschechien	Positives Szenario	2,0%	0,7%	1,1%	4,1%	1,9%	2,4%
	Basis	2,5%	2,4%	2,1%	4,6%	3,3%	3,3%
	Negatives Szenario	3,1%	3,9%	2,9%	5,2%	4,5%	3,9%
Ungarn	Positives Szenario	3,2%	1,6%	2,1%	6,2%	2,7%	3,1%
	Basis	3,9%	3,7%	3,3%	7,3%	5,8%	4,9%
	Negatives Szenario	4,6%	5,6%	4,3%	8,1%	8,3%	6,3%

Den einzelnen Szenarien wurden per Quartalsende folgende Gewichtungen zugeteilt: Positives Szenario 25 Prozent, Basis-Szenario 50 Prozent, negatives Szenario 25 Prozent.

Overlays und sonstige Risikofaktoren

In Situationen, in denen die bestehenden Input-Parameter, Annahmen und Modellierungen nicht alle relevanten Risikofaktoren abdecken, sind Post-Model-Adjustments und spezielle Risikofaktoren die wichtigsten Arten von Overlays. Dies ist grundsätzlich dann der Fall, wenn vorübergehende Umstände, zeitliche Engpässe, um relevante neue Informationen angemessen in das Rating einzubeziehen, vorliegen und wenn sich einzelne Kredite innerhalb eines Kreditportfolios anders als ursprünglich erwartet entwickeln. Durch die gegebene Situation, insbesondere dem Krieg in der Ukraine, und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Verwerfungen ist es notwendig, zusätzliche Risiken in den Wertminderungen abzubilden. All diese Anpassungen werden lokal von den Tochterunternehmen beschlossen und zentral durch das Group Risk Committee (GRC) freigegeben. Es kommt zu portfoliospezifischen Anpassungen aufgrund des Kriegs und der damit einhergehenden Sanktionen, die in der Kategorie geopolitisches Risiko dargestellt werden.

Für die zentralen Modelle im Bereich der Firmenkunden wurde das zusätzliche Risiko über Risikofaktoren abgebildet, während im lokalen Retail-Portfolio die Risiken zusätzlich zu den Modellen angewendet wurden. Für Retail-Forderungen sind Post-Model-Adjustments die wichtigsten Arten von Overlays, die für die Berechnung der erwarteten Kreditverluste angewendet werden. Generell sind Post-Model-Adjustments nur eine temporäre Lösung. Um potenzielle Verzerrungen durch Risikofaktoren und Post-Model-Adjustments zu vermeiden, sind diese temporär und typischerweise nicht länger als ein bis zwei Jahre gültig. Im Vergleich zu den Post-Model-Adjustments haben die sonstigen Risikofaktoren einen etwas längeren Zeithorizont, da zum Beispiel Sanktionsrisiken länger bestehen können. Deshalb kommt es bei den Retail relevanten ECL-Overlays, aufgrund eines kürzeren Zeithorizontes zu früheren In-Modell-Anpassungen.

Die Overlays sind in nachfolgender Tabelle nach den relevanten Kategorien dargestellt.

30.9.2024	Modellierter ECL	Sonstige Risikofaktoren		Post-Model-Adjustments		Gesamt
		Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	
in € Millionen						
Zentralbanken	1	0	0	0	0	1
Regierungen	82	1	10	0	0	93
Kreditinstitute	15	0	0	0	0	15
Sonstige Finanzunternehmen	87	0	0	0	0	87
Nicht-Finanzunternehmen	134	315	288	8	4	749
Haushalte	265	0	0	82	13	360
Gesamt	583	315	298	90	17	1.304

31.12.2023	Modellierter ECL	Sonstige Risikofaktoren		Post-Model-Adjustments		Gesamt
		Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	
in € Millionen						
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0
Regierungen	86	1	10	0	0	97
Kreditinstitute	5	0	15	0	0	20
Sonstige Finanzunternehmen	126	0	0	0	0	126
Nicht-Finanzunternehmen	163	239	382	10	4	797
Haushalte	360	0	0	96	9	466
Gesamt	740	239	407	106	13	1.505

Overlays führten zu zusätzlichen Risikovorsorgen in Stage 1 und Stage 2 in Höhe von € 720 Millionen (Vorjahr: € 765 Millionen). Davon entfielen € 315 Millionen (Vorjahr: € 420 Millionen) auf geopolitische Risiken und € 405 Millionen (Vorjahr: € 345 Millionen) auf makroökonomische Risiken (Spill-Over-Effekte und sonstige). In den Spill-Over Effekten wurde ein Betrag in Höhe von € 17 Millionen (Vorjahr: € 13 Millionen) aufgrund von Klimarisiken gebucht. Davon betreffen € 10 Millionen (Vorjahr: € 4 Millionen) Firmenkunden und € 7 Millionen (Vorjahr: € 9 Millionen) Retail-Kunden.

Sonstige Risikofaktoren

Für Firmenkunden wurden zusätzliche Wertminderungen in Höhe von € 315 Millionen (Vorjahr: € 239 Millionen) für makroökonomische Effekte gebildet. Per Ende September 2024 beinhalteten diese Effekte nur noch die sogenannten Spill-Over-Effekte. Dabei handelt es sich um Risiken, welche über die länderspezifische Branchenmatrix hinausgehen. Unter den makroökonomischen Risiken subsumieren sich erwartete Herabstufungen von Unternehmen z. B. aufgrund höherer Energiepreise, einer erhöhten Inflation, von Engpässen in Lieferketten sowie geringerer Umsätze und höherer Kosten als Folge erhöhter Energiepreise, sogenannte Spill-Over-Effekte. Für EU- und US-Sanktionen (€ 228 Millionen) gegenüber Russland und Belarus sowie für die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine (€ 71 Millionen) wurden in Summe € 298 Millionen (Vorjahr: € 407 Millionen) vorgesorgt. Die Wertminderungen wurden unter Berücksichtigung des Kriegs, der Sanktionen und den daraus resultierenden Unsicherheiten sowie auf Basis der internen Überwachte Länder und Kontrollansätze der RBI gebildet. Für sonstige Risikofaktoren, die eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos darstellen, wurden auch die Exposures in Stage 2 übergeführt. Die zusätzlich gebildeten Vorsorgen in der Ukraine in Höhe von € 71 Millionen (Vorjahr: € 64 Millionen) ergaben sich aus der Modellierung einer anhaltenden Zerstörung (unter anderem der elektrischen Energieversorgung und den daraus resultierenden Blackouts) und einer Verlängerung der Kreditlaufzeiten.

Um Klima- und Umweltrisiken zu berücksichtigen wurde für Firmenkunden die Möglichkeit eines kurzfristigen außerplanmäßigen Szenarios in Betracht gezogen, in dem CO2 Emissionen teurer werden und die Preise für fossile Energieträger höher sind. Bei einem diversifizierten Portfolio, wie dem der RBI, gleichen sich die Auswirkungen zwar weitgehend aus, in einigen Sektoren besteht jedoch ein erhöhtes Risiko. Dabei handelt es sich um Sektoren mit Kunden, die ein niedriges Umwelt Score in den ESG Scoring Modellen aufweisen, wie z. B. die Öl- und Gasindustrie und das Baugewerbe. Höhere Ausfallwahrscheinlichkeiten in diesen Sektoren können zu einem Anstieg der erwarteten Kreditverluste führen.

Post-Model-Adjustments

Während des letzten Jahres waren die Retail-Kunden einem zunehmenden Inflationsdruck ausgesetzt, der ihre Fähigkeit zur Deckung ihrer Kreditverpflichtungen beeinträchtigt hatte. Als Teil der IFRS-9-Regelungen gibt es sowohl auf Länder- als auch auf Produktebene, PD- und LGD-Modelle, die der Notwendigkeit dienen, diese hohen Risiken, die sich aus dem makroökonomischen Umfeld ergeben, zu adressieren. Für bestimmte Länder und Portfolios, bei denen die makroökonomischen Modelle den wichtigsten makroökonomischen Variablen (Inflation, Zinssätze, Arbeitslosigkeit usw.) entweder hinterherhinken oder die nicht Teil des Modells sind, werden für bestimmte Kundengruppen mit hohem Risiko zusätzliche Post-Model-Adjustments gebildet. Diese beinhalten eine qualitative Beurteilung der Kreditobligos im Hinblick auf einen signifikanten Anstieg des Kreditrisikos und ihre Übertragung von Stage 1 auf Stage 2, sowie in bestimmten Fällen eine Erhöhung der PD- und/oder LGD-Schätzungen. Die Kriterien für die Identifizierung solcher Kreditobligos basierten auf Informationen des Kreditantrags sowie des historischen Zahlungsverhaltens und wurden in weiterer Folge durch gestresste makroökonomische Variablen verfeinert. Die

Auflösung der Post-Model-Adjustments erfolgt entweder nach Materialisierung der Risiken durch Transfer der betroffenen Forderungen nach Stage 3 oder dem Nichteintritt der erwarteten Risiken.

Für das ukrainische Retail-Kundenportfolio, das seit Kriegsbeginn vollständig in Stage 2 verschoben wurde, basiert die Bildung der Wertminderungen auf dem Urteil lokaler Experten, welches aus dem regelmäßigen Kontakt mit den einzelnen Kunden durch die Inkassoabteilung gewonnen wird. Des Weiteren finden strukturierte Kundengespräche statt, um über die Bedürfnisse und potenziellen Probleme, die die Rückzahlungsfähigkeit der Kunden beeinflussen könnten, auf dem Laufenden zu bleiben. Für Vermögenswerte und Kunden aus besetzten Regionen oder Gebieten, welche einem hohen Risiko von Feindseligkeiten oder Besetzungen ausgesetzt sind, wurden die Risikoparameter weiter nach oben angepasst, um die erwarteten künftigen Verluste auf der Grundlage der oben angeführten Erhebungen zu berücksichtigen. Zusätzlich wurde auch für das Retail-Portfolio der oben erwähnte Szenario-basierte Ansatz zur Quantifizierung potenzieller künftiger Verluste aus der sehr dynamischen Situation des Kriegs in der Ukraine angewandt, der zu zusätzlichen Wertminderungen in Höhe von € 17 Millionen (Vorjahr: € 13 Millionen) führte.

Derzeit werden die Makromodelle für das Retail-Portfolio weiterentwickelt (voraussichtliche Umsetzung in viertes Quartal 2024), die zum einen die gestiegenen Ausfallraten der letzten zwei Jahre und zum anderen das neue Kundenverhalten widerspiegeln sollen. Des Weiteren wurde eine Top-Down-Beurteilung von Hypothekensicherheiten für Privatkunden vorgenommen, die ein sehr hohes physisches Risiko darstellen (Überschwemmungen, Erdbeben, Waldbrände) um Klima- und Umweltrisiken zu berücksichtigen. Insbesondere Land in der Nähe großer Flüsse, wie der Donau, führt zu einem höheren Risiko für Hypothekensicherheiten. Auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Daten wurden Hypothekarkredite, die ein erhöhtes Risiko aufweisen, kollektiv in Stage 2 übertragen, was zu einem höheren erwarteten Kreditverlust führt. In den nächsten Jahren werden die oben genannten klimabezogenen Aspekte weiterentwickelt und in die Parameter für die erwarteten Kreditverluste aufgenommen.

Sensitivitätsanalyse

Um eine Bandbreite für potenzielle Schätzungsänderungen und daraus geänderte Wertminderungen zu simulieren, wurden folgende Sensitivitätsanalysen der wichtigsten Annahmen, die sich auf die erwarteten Wertminderungen auswirken, wie folgt durchgeführt.

Die Sensitivitätsanalyse wurde durchgeführt, indem die Wertminderungen für erwartete Kreditverluste in den vorhandenen Modellen neu berechnet wurden. Die Risikofaktoren und Post-Model-Adjustments sind, bis auf die Stage-1-Simulationen, in allen Szenarien in vollem Umfang inkludiert und unterliegen keinen weiteren Anpassungen. Aufgrund der Komplexität des Modells schließen sich viele Treiber nicht gegenseitig aus.

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen den ausgewiesenen kumulierten Wertminderungen für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 1 und Stage 2 (gewichtet mit 25 Prozent optimistischen, 50 Prozent Basis und 25 Prozent pessimistischen Szenarien) und den jeweils mit 100 Prozent gewichteten Szenarien. Optimistisches und pessimistisches Szenario stellen keine Extremfälle aus dem Ergebnisraum der 25 Prozent optimistischsten und pessimistischsten Szenarien dar, sondern einen ökonomisch plausiblen Repräsentanten daraus. Das bedeutet, dass sich diese Szenarien auf der Verteilungskurve um circa 25 Prozent respektive 75 Prozent befinden. Grundsätzlich werden bei den IFRS-9-spezifischen Schätzungen der Risikoparameter neben historischen Ausfallinformationen insbesondere das aktuelle wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt. Die Auswirkungen der Schätzungen aufgrund von makroökonomischen Prognosen werden in der zukunftsbezogenen Komponente dargestellt. Die Informationen dienen der Veranschaulichung.

30.9.2024			
in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)		
	Simuliertes Szenario	Point-in-Time-Komponente	Zukunftsbezogene Komponente
100% Optimistisch	1.201	1.228	-27
100% Basis	1.285	1.228	57
100% Pessimistisch	1.401	1.228	173
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.292	1.228	65

31.12.2023			
in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)		
	Simuliertes Szenario	Point-in-Time-Komponente	Zukunftsbezogene Komponente
100% Optimistisch	1.389	1.386	2
100% Basis	1.491	1.386	104
100% Pessimistisch	1.648	1.386	262
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.505	1.386	118

Insgesamt sind die makroökonomischen Szenarien im Moment schlechter als der langjährige Durchschnitt, was zu einer Erhöhung der zukunftsbezogenen Komponente um € 65 Millionen führt.

Das positive Szenario, welches in der unten folgenden Tabelle dargestellt wird, folgt der Prämisse, dass alle Forderungen als Stage 1 klassifiziert werden und alle makroökonomischen und geopolitischen Risiken nicht relevant sind.

Anbei werden die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung für finanzielle Vermögenswerte unter der Annahme, dass alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der erwarteten Zwölf-Monats-Verluste bewertet werden (Stage 1), ausgewiesen.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	
	30.9.2024	31.12.2023
Kumulierte Wertminderungen wenn 100% in Stage 1	523	647
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.292	1.505
Zusätzliche Beträge in Stage 2 aufgrund von Staging und Overlays	769	857

Die Darstellung des Negativ-Szenarios geht davon aus, dass alle Forderungen als Stage 2 eingestuft werden. Folglich werden alle makroökonomischen und geopolitischen Risiken in dieser Analyse berücksichtigt.

In der folgenden Tabelle werden die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung für finanzielle Vermögenswerte unter der Annahme, dass alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der gesamten Restlaufzeit bewertet werden (Stage 2), ausgewiesen.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	
	30.9.2024	31.12.2023
Kumulierte Wertminderungen wenn 100% in Stage 2	1.926	2.151
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.292	1.505
Zusätzliche Beträge in Stage 2	633	646

Die folgende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen der ausgewiesenen kumulierten Wertminderung für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 3 und dem pessimistischen Szenario gewichtet mit 100 Prozent. Das pessimistische Szenario stellt keinen Extremfall aus dem Ergebnisraum der 25 Prozent pessimistischsten Szenarien dar, sondern einen ökonomisch plausiblen Repräsentanten daraus.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 3)	
	30.9.2024	31.12.2023
Pessimistisches Szenario	2.194	2.115
Gewichteter Durchschnitt	1.870	1.721
Erhöhung der Wertminderungen im pessimistischen Szenario	324	394

Die folgende Tabelle zeigt den Betrag des Bruttobuchwerts und der Wertminderungen jener finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost und finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income, die sich in der Berichtsperiode von erwarteten Zwölf-Monats-Verlusten (Stage 1) hin zu erwarteten Verlusten über die Restlaufzeit (Stage 2 und 3) oder umgekehrt bewegt haben:

30.9.2024	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit						
	-5.236	5.236	-42	338	0,8%	6,5%
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	-112	112	0	1	0,1%	0,7%
Kreditinstitute	-68	68	0	0	0,1%	0,2%
Sonstige Finanzunternehmen	-506	506	-1	27	0,2%	5,4%
Nicht-Finanzunternehmen	-2.721	2.721	-25	174	0,9%	6,4%
Haushalte	-1.828	1.828	-16	136	0,9%	7,4%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust						
	5.141	-5.141	26	-142	0,5%	2,8%
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	74	-74	0	-1	0,0%	1,0%
Kreditinstitute	202	-202	0	0	0,1%	0,2%
Sonstige Finanzunternehmen	617	-617	2	-16	0,3%	2,6%
Nicht-Finanzunternehmen	2.182	-2.182	14	-51	0,6%	2,3%
Haushalte	2.067	-2.067	10	-74	0,5%	3,6%

Der Anstieg der Wertminderungen aus der Bewegung vom erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit betrug € 296 Millionen (Vorjahr: € 369 Millionen). Der Rückgang der Wertminderungen aus der Bewegung

vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlust betrug € 116 Millionen (Vorjahr: € 91 Millionen).

31.12.2023	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
in € Millionen						
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit						
	-10.261	10.261	-66	721	0,6%	7,0%
Zentralbanken	-47	47	0	0	0,0%	0,0%
Regierungen	-103	103	-1	1	0,9%	1,2%
Kreditinstitute	-826	826	0	2	0,0%	0,3%
Sonstige Finanzunternehmen	-713	713	-4	49	0,5%	6,9%
Nicht-Finanzunternehmen	-3.306	3.306	-29	405	0,9%	12,2%
Haushalte	-5.266	5.266	-32	265	0,6%	5,0%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust						
	4.688	-4.688	22	-159	0,5%	3,4%
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	97	-97	0	0	0,1%	0,3%
Kreditinstitute	24	-24	0	0	0,0%	0,1%
Sonstige Finanzunternehmen	168	-168	0	-1	0,1%	0,5%
Nicht-Finanzunternehmen	2.316	-2.316	13	-74	0,6%	3,2%
Haushalte	2.083	-2.083	8	-84	0,4%	4,0%

(32) Sicherheiten und maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle enthält Angaben zum maximalen Obligo als Grundlage für die nachfolgenden Angaben zu Sicherheiten:

30.9.2024	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Den Wertminderungs-vorschriften nicht unterliegend	Den Wertminderungs-vorschriften unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
in € Millionen			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	151.293	121.904
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	4.000	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.077	0	694
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	178	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	5.619	0	0
Bilanzposten	6.874	155.293	122.597
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	51.743	51.743
Gesamt	6.874	207.036	174.340

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1,34(b).

31.12.2023	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Den Wertminderungs-vorschriften nicht unterliegend	Den Wertminderungs-vorschriften unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
in € Millionen			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	142.405	116.468
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	2.864	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	941	0	567
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	185	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	5.357	0	0
Bilanzposten	6.483	145.268	117.036
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	51.301	51.301
Gesamt	6.483	196.569	168.337

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1,34(b).

Um das Kreditrisiko zu mindern, wendet die RBI eine Reihe von Verfahren an, deren häufigstes die Hereinnahme von Sicherheiten im Kreditgeschäft ist. Beim Kreditvergabeprozess wird eine Bewertung der Sicherheiten vorgenommen, die dann in regelmäßigen Abständen mit verschiedenen Validierungsverfahren überprüft wird. Die wichtigsten Arten von Sicherheiten, die im Konzern akzeptiert werden, sind Wohn- und Gewerbeimmobilien, Finanzsicherheiten, Garantien und bewegliche Güter. Langfristige Finanzierungen sind im Allgemeinen besichert, während revolvingende Kreditfazilitäten üblicherweise nicht besichert sind. Schuldtitel sind überwiegend nicht besichert. Derivate können mit Barmitteln oder Aufrechnungsrahmenvereinbarungen besichert sein. Sicherheiten aus dem Leasinggeschäft betreffen vorwiegend den Wert des Leasingobjekts. Positionen, die unter den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten ausgewiesen sind, haben ein vernachlässigbares Kreditrisiko. Die Berücksichtigung von Sicherheiten erfolgt einheitlich auf Basis konzernweit angewendeten Richtlinien. Die Konzernrichtlinien für die Erlangung von Sicherheiten wurden während des Berichtszeitraums nicht wesentlich verändert, werden aber jährlich aktualisiert.

Die in den Tabellen ausgewiesenen Sicherheiten sind jeweils auf den Höchstbetrag des Bruttobuchwerts des finanziellen Vermögenswerts begrenzt. Die nachstehenden Tabellen zeigen Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen, die einer Wertminderung unterliegen:

30.9.2024 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Zentralbanken	15.510	8.268	7.242
Regierungen	3.224	906	2.318
Kreditinstitute	4.098	1.723	2.374
Sonstige Finanzunternehmen	11.453	5.166	6.287
Nicht-Finanzunternehmen	47.334	21.234	26.100
Haushalte	40.980	26.756	14.224
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	51.743	6.072	45.671
Gesamt	174.340	70.124	104.216

31.12.2023 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen ¹	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten ¹
Zentralbanken	7.860	6.415	1.444
Regierungen	2.628	929	1.699
Kreditinstitute	6.857	4.868	1.989
Sonstige Finanzunternehmen	10.723	4.453	6.270
Nicht-Finanzunternehmen	48.168	21.603	26.565
Haushalte	40.799	27.134	13.665
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	51.301	6.113	45.188
Gesamt	168.337	71.516	96.821

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Mehr als die Hälfte der Sicherheiten, die von der RBI berücksichtigt werden können, betreffen die Besicherung von Krediten durch Immobilien, von denen rund 70 Prozent Wohnimmobilien sind. Zusätzliche Sicherheiten stammen im Wesentlichen aus erhaltenen Garantien, welche unter anderem Reverse-Repo- und Wertpapierleihgeschäfte umfassen.

(33) Übertragene Vermögenswerte

Buchwerte der übertragenen, aber nicht ausgebuchten Finanzinstrumente:

30.9.2024 in € Millionen	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	129	0	129	129	0	129
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	60	0	60	60	0	60
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	7.542	83	7.459	7.445	67	7.377
Gesamt	7.731	83	7.648	7.634	67	7.567

31.12.2023 in € Millionen	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkaufvereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkaufvereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	42	0	42	42	0	42
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	2.071	83	1.988	1.919	67	1.852
Gesamt	2.112	83	2.030	1.961	67	1.893

(34) Als Sicherheit verpfändete und erheblich beschränkte Vermögenswerte

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten:

in € Millionen	30.9.2024		31.12.2023	
	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	144	0	46	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	15	0	13	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	403	0	441	57
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	18.250	1.366	15.818	1.428
Gesamt	18.810	1.366	16.318	1.485

Der Konzern hat Sicherheiten erhalten, deren Verkauf oder Weiterverpfändung zulässig ist, wenn im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften, Wertpapierleih-, Derivat- oder sonstigen Transaktionen kein Ausfall eintritt.

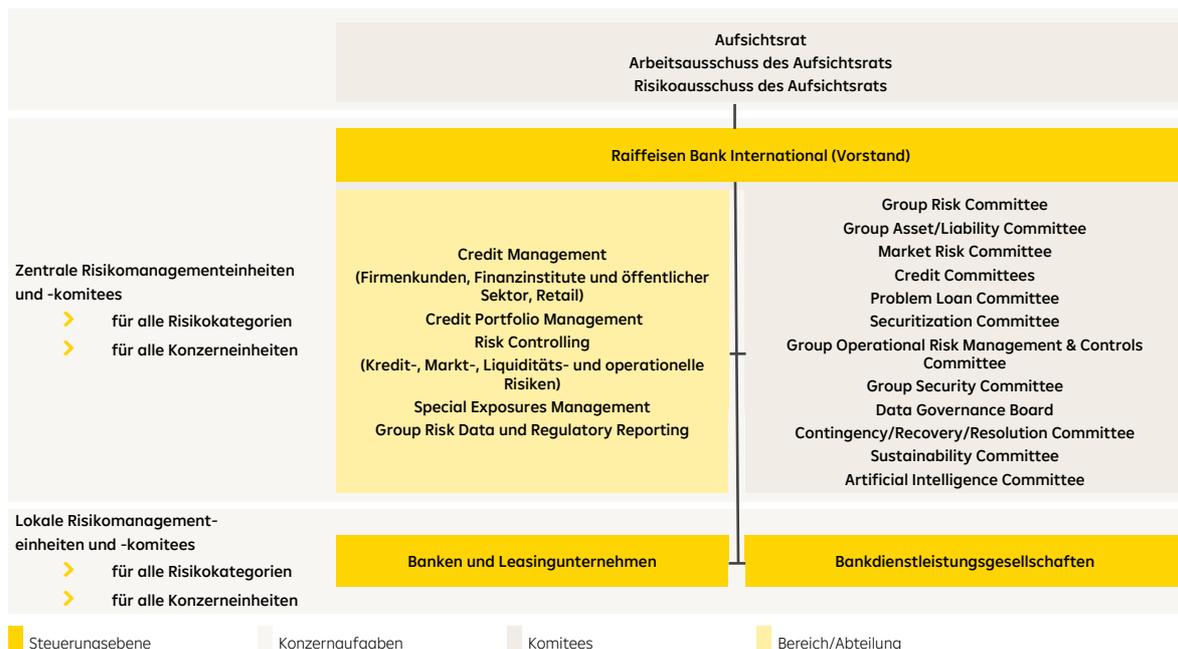
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden:

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	21.476	20.697
davon verkaufte oder verpfändete Sicherheiten	6.996	3.698

Risikobericht

Aktives Risikomanagement stellt für die RBI eine Kernkompetenz dar. Um Risiken effektiv zu erkennen, einzustufen und zu steuern, entwickelt der Konzern sein umfassendes Risikomanagement permanent weiter. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und berücksichtigt neben den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere die Art, den Umfang und die Komplexität der Geschäfte sowie die daraus resultierenden Risiken. Die Implementierung und Steuerung der ESG-Risiken (Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) wurde in einem bereichsübergreifenden Projekt umgesetzt und umfasst alle Risikobereiche. Mit Jahresbeginn 2024 wurde das ESG Risikomanagement in die jeweiligen Risikomanagementeinheiten der RBI übernommen. Für nähere Details zu den ESG-Risiken wird auf den Geschäftsbericht 2023 Seite 194 ff., verwiesen.

Betreffend die Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements wird auf das gleichnamige Kapitel im Geschäftsbericht 2023, Seite 189 ff., verwiesen.



Eine robuste Risikokultur, einschließlich effizienter Risikodatenaggregation und Datenqualität gemäß den BCBS 239-Prinzipien, hat eine hohe Priorität für die RBI. Die Risikomanagementfunktion strebt kontinuierlich danach, interne Prozesse an die komplexeren Datenanforderungen anzupassen und zu verbessern, die beispielsweise durch steigende ESG-Anforderungen und Digitalisierung voran getrieben werden.

Die nachfolgenden Werte beziehen sich auf den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis nach CRR, welcher unwesentlich vom Konsolidierungskreis nach IFRS abweicht. Die darin nicht enthaltenen Unternehmen des IFRS-Konsolidierungskreises sind risikomäßig im Beteiligungsrisiko abgedeckt.

Ökonomische Perspektive – Ökonomischer Kapitalansatz

Darin werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Das ökonomische Kapital wird als die Summe von unerwarteten Verlusten aus den Geschäften aller Konzerneinheiten in den unterschiedlichen Risikokategorien berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Der Konzern wendet zur Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,90 Prozent an. Das ökonomische Kapital stieg gegenüber dem Jahresende 2023 auf € 9.835 Millionen, ein leichter Rückgang gegenüber den Werten per Ende des zweiten Quartals 2024. Die Treiber des starken Anstiegs waren ein gestiegenes Anleihen Obligo gegenüber dem öffentlichen Sektor sowie das Währungsrisiko der Kapitalposition. Dieser Anstieg wurde durch den Rückgang im Kreditrisiko gegenüber Retail- und Firmenkunden nur zu einem geringen Teil kompensiert. In der regionalen Aufteilung des ökonomischen Kapitals halten Zentraleuropa und Osteuropa die größten Anteile am ökonomischen Kapital des Konzerns.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Kreditrisiko öffentlicher Sektor	1.910	19,4%	1.159	13,1%
Währungsrisiko der Kapitalposition	1.712	17,4%	1.343	15,2%
Kreditrisiko Retail-Kunden	1.333	13,6%	1.388	15,7%
Kreditrisiko Firmenkunden	1.253	12,7%	1.481	16,8%
Marktrisiko	1.025	10,4%	840	9,5%
Beteiligungsrisiko	779	7,9%	735	8,3%
Operationelles Risiko	756	7,7%	757	8,6%
Risiko sonstige Sachanlagen	309	3,1%	322	3,6%
Kreditrisiko Kreditinstitute	227	2,3%	300	3,4%
Liquiditätsrisiko	49	0,5%	66	0,7%
CVA-Risiko	14	0,1%	16	0,2%
Risikopuffer	468	4,8%	420	4,8%
Gesamt	9.835	100,0%	8.826	100,0%

Regionale Allokation des ökonomischen Kapitals nach Sitz der Konzerneinheit:

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Zentraleuropa	2.697	27,4%	2.548	28,9%
Osteuropa	2.625	26,7%	2.282	25,9%
Österreich	2.408	24,5%	2.395	27,1%
Südosteuropa	2.105	21,4%	1.601	18,1%
Gesamt	9.835	100,0%	8.826	100,0%

(35) Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das größte Risiko im Geschäft des Konzerns. Das Kreditrisiko ist das Risiko, finanzielle Verluste zu erleiden, wenn ein Kunde oder eine Gegenpartei des Konzerns seine bzw. ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht erfüllt. Das Kreditrisiko entsteht hauptsächlich im Zusammenhang mit Forderungen an Banken, Forderungen an Kunden sowie Kreditzusagen und Finanzgarantien. Der Konzern ist auch anderen Kreditrisiken ausgesetzt, die sich aus Veranlagungen in Schuldtiteln und anderen Engagements im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten, Derivaten, Vergleichsvereinbarungen und Reverse-Repo-Geschäften ergeben.

Überleitung der Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss zum Kreditobligo (nach CRR)

Die folgende Tabelle zeigt eine Überleitung von den Bruttobuchwerten der Bilanzposten zum Kreditobligo (Bank- und Handelsbuchbestände), das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird. Dieses umfasst sowohl das bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditobligo vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominderung, wie z. B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Forderungsbegriff wird auch – sofern nicht explizit anders angegeben – in den nachfolgenden Tabellen des Risikoberichts verwendet. Die Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Portfoliosteuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen (regulatorisch versus IFRS), unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie der unterschiedlichen Darstellung des Kreditvolumens, vor allem bei Repo-Geschäften sowie bei Derivaten, insbesondere SA-CCR (Standardansatz im Kontrahentenrisiko).

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	35.287	39.109
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	151.293	142.405
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	4.000	2.864
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.077	941
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	178	185
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	5.619	5.357
Hedge Accounting	921	795
Laufende Steuerforderungen	139	69
Latente Steuerforderungen	211	218
Sonstige Aktiva	1.714	1.083
Erteilte Kreditzusagen	37.324	36.601
Erteilte Finanzgarantien	9.378	9.761
Sonstige erteilte Zusagen	5.041	4.939
Überleitungsdifferenz	-7.040	-7.338
Kreditobligo	245.143	236.988

Rund € 3,2 Milliarden der Überleitungsdifferenz sind auf das SA-CCR-Netting zurückzuführen.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoring-Modelle) eingesetzt, die auch zentral validiert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Durch die Verwendung einer Masterskala wird jedoch eine Vergleichbarkeit der Ratingstufen auch über Geschäftssegmente hinweg erzielt.

Die Ratingmodelle in den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor sind konzernweit einheitlich und sehen 27 Bonitätsstufen der Masterskala vor. Scorecards für Retail-Forderungsklassen werden länderspezifisch nach konzernweit einheitlichen Richtlinien erstellt. Sowohl für die Raterstellung als auch für die Validierung stehen entsprechende Instrumente (z. B. Unternehmensbewertung, Rating- und Ausfalldatenbank) zur Verfügung.

Kreditobligo nach Asset-Klassen (Ratingmodellen):

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Firmenkunden	86.784	87.530
Projektfinanzierung	9.612	9.412
Retail-Kunden	48.916	48.396
Kreditinstitute	28.497	30.751
Öffentlicher Sektor	71.334	60.898
Gesamt	245.143	236.988

Kreditportfolio – Firmenkunden

Die nachstehende Tabelle zeigt das Kreditobligo nach internem Rating für Firmenkunden (Großkunden, mittelgroße und kleine Firmenkunden). Zur besseren Lesbarkeit wurden die einzelnen Stufen der Ratingskala allerdings auf die zugrunde liegenden neun Hauptstufen zusammengefasst.

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
1 Minimales Risiko	> 0,0000%	≤ 0,0300%	2.041	2,4%	1.745	2,0%
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,0300%	≤ 0,0751%	7.350	8,5%	7.496	8,6%
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,0751%	≤ 0,1878%	21.398	24,7%	21.036	24,0%
4 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,1878%	≤ 0,4694%	20.967	24,2%	22.233	25,4%
5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 0,4694%	≤ 1,1735%	17.451	20,1%	16.477	18,8%
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 1,1735%	≤ 2,9338%	10.463	12,1%	10.841	12,4%
7 Knappe Kreditwürdigkeit	> 2,9338%	≤ 7,3344%	2.898	3,3%	3.320	3,8%
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 7,3344%	≤ 18,3360%	1.220	1,4%	1.229	1,4%
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,3360%	< 100%	854	1,0%	1.196	1,4%
10 Ausfall	100%	100%	2.039	2,4%	1.846	2,1%
NR Nicht geratet			103	0,1%	110	0,1%
Gesamt			86.784	100,0%	87.530	100,0%

Das Kreditobligo gegenüber Firmenkunden sank im Vergleich zum Jahresende 2023 um € 746 Millionen auf € 86.784 Millionen. Die höchsten Rückgänge wurden in Russland (teilweise währungsbedingt), Luxemburg und Spanien verzeichnet, welche teilweise durch Anstiege in Rumänien, Deutschland und Österreich kompensiert wurden.

Den größten Rückgang verzeichnete die Rating-Klasse 4, der hauptsächlich aus Ratingverschiebungen einzelner russischer, spanischer, ungarischer und österreichischer Kunden zu Rating-Klasse 2, 3, 5 und 8 sowie aus niedrigeren Kreditobligos in Russland (teilweise währungsbedingt), Spanien, Ungarn und Österreich resultierte. In Rating-Klasse 7 resultierte der Rückgang hauptsächlich aus Ratingverbesserungen zu Rating-Klasse 6 und 4 einzelner serbischer und slowakischer Kunden. Der Rückgang in Rating-Klasse 6 war auf Ratingverschiebungen zu Rating-Klasse 4, 5, 7 und 10 einzelner deutscher und russischer Kunden sowie auf verringerte Kreditobligos in Russland zurückzuführen. In Rating-Klasse 9 kam es zu einem Rückgang aufgrund eines verringerten Kreditobligos sowie Kreditausfällen in Russland, Belarus und der Ukraine. Der Anstieg in Rating-Klasse 5 war auf erhöhte Kreditobligos in Serbien, den Niederlanden, Rumänien, Kroatien und China (teilweise aufgrund von Ratingverschiebungen von den Rating-Klassen 4 und 6) zurückzuführen. In Rating-Klasse 1 resultierte der Anstieg hauptsächlich aus Ratingverbesserungen einzelner österreichischer Kunden. Die Verschiebungen innerhalb der Firmenkundenratings ergaben sich zum Teil aus der Aktualisierung und Rekalibrierung der Ratingmodelle für Firmenkunden im Juni 2024.

Das fünfstufige Rating-Modell für Projektfinanzierungen basiert auf den Slotting-Kriterien gemäß EBA/RTS/2016/02.

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
6,1 Ausgezeichnete Projektbonität – sehr geringes Risiko	5.779	60,1%	5.453	57,9%
6,2 Gute Projektbonität – geringes Risiko	2.978	31,0%	3.075	32,7%
6,3 Ausreichende Projektbonität – mittleres Risiko	349	3,6%	316	3,4%
6,4 Schwache Projektbonität – hohes Risiko	146	1,5%	250	2,7%
6,5 Ausfall	359	3,7%	316	3,4%
NR Nicht geratet	1	0,0%	2	0,0%
Gesamt	9.612	100,0%	9.412	100,0%

Der Anstieg des Kreditobligos für Projektfinanzierungen um € 200 Millionen wurde vor allem durch Anstiege in Rumänien und Ungarn begründet, welcher teilweise durch Rückgänge in Deutschland und Italien kompensiert wurde.

Den größten Anstieg verzeichnete die Rating-Klasse 6,1, vor allem aus höheren Kreditfinanzierungen in Ungarn sowie Ratingverbesserungen in Österreich und der Slowakei aus Rating-Klasse 6,2. Der Rückgang in Rating-Klasse 6,2 wurde durch Anstiege in Rumänien teilweise kompensiert. Der Rückgang in Rating-Klasse 6,4 war auf verringerte Kreditfinanzierungen in Italien sowie auf die Ratingverschiebungen eines deutschen Kunden in Rating-Klasse 6,5 und einzelner russischer Kunden in Rating-Klasse 6,2 zurückzuführen.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach dem Risikoland unter Berücksichtigung des Garantiegebers nach Regionen:

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Zentraleuropa	27.176	28,2%	26.754	27,6%
Westeuropa	23.673	24,6%	24.365	25,1%
Österreich	19.275	20,0%	18.805	19,4%
Südosteuropa	16.028	16,6%	15.031	15,5%
Osteuropa	6.538	6,8%	8.088	8,3%
Asien	2.015	2,1%	2.156	2,2%
Sonstige	1.691	1,8%	1.742	1,8%
Gesamt	96.395	100,0%	96.942	100,0%

Der Rückgang in Osteuropa war vor allem auf die Verringerung von Krediten und Forderungen sowie Anleihen in Russland zurückzuführen. In Westeuropa resultierte der Rückgang im Wesentlichen aus der Reduzierung von Krediten und Forderungen sowie gegebenen Garantien in Großbritannien, Spanien, Luxemburg und Frankreich. Dieser Rückgang wurde teilweise durch die Zunahme von Repo-Geschäften in Großbritannien und Deutschland kompensiert. In Zentral- und Südosteuropa war der Anstieg durch die Zunahme von Rahmenfinanzierungen in Tschechien, Ungarn und Rumänien begründet. In Österreich begründete sich der Anstieg durch eine Erhöhung von Krediten und Forderungen.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach Branchenzugehörigkeit der Erstkunden:

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Fertigung/Produktion	23.573	24,5%	23.549	24,3%
Groß- und Einzelhandel	19.704	20,4%	20.486	21,1%
Immobilien	12.491	13,0%	12.737	13,1%
Finanzintermediation	9.232	9,6%	8.783	9,1%
Energieversorgung	6.437	6,7%	6.195	6,4%
Bauwesen	6.347	6,6%	6.066	6,3%
Transport, Lagerung und Verkehr	4.218	4,4%	3.751	3,9%
Freie Berufe/technische Dienstleistungen	2.962	3,1%	2.700	2,8%
Sonstige Branchen	11.432	11,9%	12.674	13,1%
Gesamt	96.395	100,0%	96.942	100,0%

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Asset-Klasse Retail-Kunden unterteilt sich in Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Für Retail-Kunden wird ein duales Scoring-System eingesetzt, das eine Erst- und Ad-hoc-Analyse anhand der Kundendaten und eine Verhaltensanalyse anhand der Kontendaten umfasst.

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Retail-Kunden – Privatpersonen	45.554	93,1%	45.194	93,4%
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	3.362	6,9%	3.203	6,6%
Gesamt	48.916	100,0%	48.396	100,0%

Kreditobligo für Retail-Kunden nach internem Rating:

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
0,5 Minimales Risiko	> 0,00%	≤ 0,17%	8.755	17,9%	8.575	17,7%
1,0 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,17%	≤ 0,35%	7.857	16,1%	7.881	16,3%
1,5 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,35%	≤ 0,69%	8.276	16,9%	8.404	17,4%
2,0 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,69%	≤ 1,37%	7.555	15,4%	7.424	15,3%
2,5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 1,37%	≤ 2,70%	5.115	10,5%	5.127	10,6%
3,0 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 2,70%	≤ 5,26%	2.954	6,0%	2.932	6,1%
3,5 Knappe Kreditwürdigkeit	> 5,26%	≤ 10,00%	1.366	2,8%	1.361	2,8%
4,0 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 10,00%	≤ 18,18%	682	1,4%	666	1,4%
4,5 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,18%	< 100%	848	1,7%	886	1,8%
5,0 Ausfall	100%	100%	1.231	2,5%	1.215	2,5%
NR Nicht geratet			4.276	8,7%	3.924	8,1%
Gesamt			48.916	100,0%	48.396	100,0%

Das nicht geratete Kreditobligo umfasst unter anderem Kreditkartenlimite in Österreich und Retail-Kunden in Serbien, Ungarn, und Kroatien. Diese Kunden verfügen entweder noch über kein internes Rating, oder es handelt sich um Portfolios, die dem permanent partial use unterliegen oder Portfolios, für die ein PD-Modell implementiert wird. Für Leasing-Unternehmen wird die Kreditwürdigkeit auf Scorecard-Modellen basierend beurteilt.

Retail-Forderungen nach Segmenten:

30.9.2024				
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden – Privatpersonen	21.799	10.606	3.763	9.386
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	1.951	1.244	166	0
Gesamt	23.751	11.850	3.929	9.386
davon nichtleidendes Obligo	541	430	199	64

31.12.2023				
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden – Privatpersonen	21.741	10.139	4.386	8.928
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	1.850	1.194	159	0
Gesamt	23.591	11.333	4.545	8.928
davon notleidendes Obligo	535	411	228	46

Das Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden stieg in den ersten drei Quartalen um € 520 Millionen. Der größte Anstieg in Höhe von € 517 Millionen in Südosteuropa resultierte aus erhöhten Verbraucher- und Hypothekarkrediten in Rumänien, Kroatien und Kosovo. Im Segment Group Corporates & Markets wurde ein Anstieg in Höhe von € 458 Millionen, vorwiegend aufgrund des gestiegenen Kreditkartengeschäfts verzeichnet. Der Anstieg in Zentraleuropa aufgrund höherer Verbraucherkredite in Tschechien und der Slowakei wurde durch den Rückgang von Hypothekarkrediten in Polen (unter anderem aufgrund getroffener Vorsorgen für Prozessrisiken) teilweise kompensiert. Der Rückgang in Osteuropa resultierte aus verringerten Verbraucher- und Hypothekarkrediten in Russland.

Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden nach Produkten:

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Hypothekarkredite	27.678	56,6%	28.081	58,0%
Verbraucherkredite	11.150	22,8%	10.742	22,2%
Kreditkarten	5.526	11,3%	5.237	10,8%
SME-Finanzierung	2.516	5,1%	2.437	5,0%
Überziehungen	1.308	2,7%	1.219	2,5%
Autokredite	737	1,5%	681	1,4%
Gesamt	48.916	100,0%	48.396	100,0%

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Asset-Klasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (bzw. an beobachtbaren Ausfällen) in den einzelnen Rating-Stufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
1 Minimales Risiko	> 0,0000%	≤ 0,0300%	4.104	14,4%	3.731	12,1%
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,0300%	≤ 0,0751%	2.905	10,2%	4.268	13,9%
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,0751%	≤ 0,1878%	17.412	61,1%	15.471	50,3%
4 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,1878%	≤ 0,4694%	3.078	10,8%	2.549	8,3%
5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 0,4694%	≤ 1,1735%	284	1,0%	316	1,0%
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 1,1735%	≤ 2,9338%	170	0,6%	3.890	12,6%
7 Knappe Kreditwürdigkeit	> 2,9338%	≤ 7,3344%	74	0,3%	259	0,8%
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 7,3344%	≤ 18,3360%	251	0,9%	112	0,4%
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,3360%	< 100%	210	0,7%	150	0,5%
10 Ausfall	100%	100%	1	0,0%	4	0,0%
NR Nicht geratet			10	0,0%	2	0,0%
Gesamt			28.497	100,0%	30.751	100,0%

Das Kreditobligo gegenüber Kreditinstitute verringerte sich vor allem aufgrund des Rückganges von Krediten und Forderungen in China und den USA sowie Repo-Geschäften in Russland (teilweise währungsbedingt), welche teilweise durch einen Anstieg in Großbritannien, Italien, Spanien, Frankreich und Deutschland kompensiert wurde. Weiters kam es auch zu einem Anstieg von Geldmarktgeschäften in Österreich, Deutschland und China.

Den größten Rückgang verzeichnete die Rating-Klasse 6, der sich aus verringerten Repo-Geschäften in Russland ergab. In Rating-Klasse 2 resultierte der Rückgang im Wesentlichen aus der Ratingverschlechterung eines französischen Kunden zu Rating-Klasse 3 sowie aus verringerten Krediten und Forderungen in den USA. Weiters begründete sich der Anstieg in Rating-Klasse 3 aus erhöhten Repo-Geschäften in Frankreich, Spanien und Großbritannien sowie Geldmarktgeschäften in Österreich, Deutschland und China.

Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Repo	12.500	43,9%	14.003	45,5%
Kredite und Forderungen	6.577	23,1%	8.559	27,8%
Anleihen	5.565	19,5%	5.300	17,2%
Geldmarkt	2.758	9,7%	1.532	5,0%
Derivate	543	1,9%	496	1,6%
Sonstige	553	1,9%	862	2,8%
Gesamt	28.497	100,0%	30.751	100,0%

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken sowie regionale Gebietskörperschaften und andere staatenähnliche Organisationen dar. Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor inkludiert lokale und regionale Regierungen.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating:

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
1 Ausgezeichnete Bonität	> 0,0000%	≤ 0,0300%	11.683	16,4%	9.182	15,1%
2 Sehr gute Bonität	> 0,0300%	≤ 0,0751%	25.986	36,4%	22.846	37,5%
3 Gute Bonität	> 0,0751%	≤ 0,1878%	12.794	17,9%	15.800	25,9%
4 Solide Bonität	> 0,1878%	≤ 0,4694%	7.670	10,8%	6.512	10,7%
5 Zufriedenstellende Bonität	> 0,4694%	≤ 1,1735%	2.497	3,5%	2.235	3,7%
6 Adäquate Bonität	> 1,1735%	≤ 2,9338%	8.843	12,4%	2.359	3,9%
7 Fragliche Bonität	> 2,9338%	≤ 7,3344%	5	0,0%	14	0,0%
8 Höchst fragliche Bonität	> 7,3344%	≤ 18,3360%	0	0,0%	5	0,0%
9 Ausfallgefährdet	> 18,3360%	< 100%	1.848	2,6%	1.780	2,9%
10 Ausfall	100%	100%	8	0,0%	164	0,3%
NR Nicht geratet			0	0,0%	0	0,0%
Gesamt			71.334	100,0%	60.898	100,0%

Sanktionsbedingt wurden Repo-Geschäfte mit Kreditinstituten in Russland reduziert und die dadurch frei gewordene Liquidität bei der russischen Zentralbank veranlagt (Anstieg Rating-Klasse 6). Der Anstieg in Rating-Klasse 2 war vor allem auf die Erhöhung des Anleihenbestands in Österreich und Tschechien, auf die erhöhten Veranlagungen bei der Oesterreichischen Nationalbank sowie auf Kreditfinanzierungen in Österreich zurückzuführen. Der Anstieg in Rating-Klasse 1 resultierte aus den erhöhten Repo-Geschäften in Tschechien sowie aus der Erhöhung des Anleihenbestands in Deutschland. In Rating-Klasse 4 war der Anstieg durch Erhöhungen des Anleihenbestands in Rumänien und Ungarn begründet. Der Rückgang in Rating-Klasse 3 begründete sich durch die Verringerung der Geldmarktgeschäfte in der Slowakei sowie durch verringerte Einlagen bei der rumänischen Nationalbank.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Anleihen	28.337	39,7%	23.595	38,7%
Geldmarkt	21.903	30,7%	17.774	29,2%
Kredite und Forderungen	12.276	17,2%	12.435	20,4%
Repo	8.604	12,1%	6.677	11,0%
Derivate	64	0,1%	70	0,1%
Sonstige	151	0,2%	347	0,6%
Gesamt	71.334	100,0%	60.898	100,0%

Der Anleihenbestand erhöhte sich vor allem in Tschechien, Österreich, Rumänien, Ungarn, Frankreich und der Slowakei. Die Erhöhung der Geldmarktgeschäfte mit der russischen Nationalbank wurde teilweise durch Rückgänge in der Slowakei kompensiert. Der Anstieg der Repo-Geschäfte resultierte vor allem aus Erhöhungen bei der tschechischen und serbischen Nationalbank.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade (Rating 5 und darunter):

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Russland	8.413	63,7%	2.013	30,7%
Serbien	1.799	13,6%	1.740	26,5%
Ukraine	1.347	10,2%	1.585	24,2%
Bosnien und Herzegowina	571	4,3%	494	7,5%
Albanien	481	3,6%	452	6,9%
Belarus	369	2,8%	196	3,0%
Sonstige	222	1,7%	80	1,2%
Gesamt	13.203	100,0%	6.558	100,0%

Das Obligo umfasst vor allem Einlagen der Konzerneinheiten bei lokalen Zentralbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, die der Erfüllung der jeweiligen Mindestreservvorschriften und der kurzfristigen Veranlagung von überschüssiger Liquidität dienen und daher untrennbar mit der Geschäftstätigkeit in diesen Ländern verbunden sind sowie russische und ukrainische Staatsanleihen. Der Anstieg im Sonstigen ist vor allem auf die Ratingherabstufung einzelner Gemeinden in Rumänien, in Folge der Ratingherabstufung des Staats von Rating-Klasse 4A zu 4B, zurückzuführen.

Konzentrationsrisiko

Das Kreditportfolio des Konzerns ist sowohl nach Regionen als auch nach Branchen gut diversifiziert. Auch Einzelkreditkonzentrationen werden auf Basis von Gruppen verbundener Kunden aktiv über die Limitvergabe und regelmäßiges Reporting gesteuert, sodass die Granularität des Portfolios entsprechend gut ist. Die geografische Aufgliederung der Forderungen spiegelt die breite Diversifikation des Kreditgeschäfts in den europäischen Märkten des Konzerns wider.

Kreditobligo aller Forderungsklassen gegliedert nach dem Risikoland des Kreditnehmers und gruppiert nach Regionen:

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Zentraleuropa	76.368	31,2%	75.237	31,7%
Tschechien	37.212	15,2%	34.094	14,4%
Slowakei	22.565	9,2%	24.822	10,5%
Ungarn	12.771	5,2%	12.326	5,2%
Polen	2.780	1,1%	3.241	1,4%
Sonstige	1.041	0,4%	754	0,3%
Österreich	50.940	20,8%	47.136	19,9%
Westeuropa	45.622	18,6%	43.614	18,4%
Deutschland	12.842	5,2%	12.184	5,1%
Frankreich	8.506	3,5%	7.899	3,3%
Großbritannien	4.112	1,7%	3.612	1,5%
Spanien	3.652	1,5%	3.668	1,5%
Schweiz	2.938	1,2%	3.126	1,3%
Italien	2.712	1,1%	2.409	1,0%
Niederlande	2.697	1,1%	2.497	1,1%
Luxemburg	2.218	0,9%	2.664	1,1%
Belgien	1.590	0,6%	1.435	0,6%
Irland	885	0,4%	802	0,3%
Sonstige	3.473	1,4%	3.319	1,4%
Südosteuropa	40.929	16,7%	38.349	16,2%
Rumänien	19.059	7,8%	17.704	7,5%
Kroatien	8.146	3,3%	7.783	3,3%
Serbien	6.236	2,5%	6.724	2,8%
Bosnien und Herzegowina	2.681	1,1%	2.571	1,1%
Albanien	2.101	0,9%	1.939	0,8%
Sonstige	2.706	1,1%	1.628	0,7%
Osteuropa	21.479	8,8%	20.842	8,8%
Russland	15.657	6,4%	15.016	6,3%
Ukraine	3.824	1,6%	3.966	1,7%
Belarus	1.548	0,6%	1.326	0,6%
Sonstige	449	0,2%	534	0,2%
Asien	3.319	1,4%	4.830	2,0%
Nordamerika	2.920	1,2%	3.635	1,5%
Restliche Welt	3.566	1,5%	3.344	1,4%
Gesamt	245.143	100,0%	236.988	100,0%

Der größte Anstieg wurde in Österreich verzeichnet und resultierte aus erhöhten Krediten und Forderungen sowie aus der Erhöhung der Anleihen- und Geldmarktgeschäfte. Der Anstieg in Südosteuropa resultierte aus erhöhten Anleihengeschäften in Rumänien, Repo-Geschäften in Serbien und Kroatien sowie erhöhten Geldmarktgeschäften in Rumänien. In Westeuropa kam es zu einem Anstieg bei Repo-Geschäften in Großbritannien, Italien, Spanien, Frankreich und Deutschland. In Zentraleuropa begründete sich der Anstieg durch einen höheren Anleihenbestand in Tschechien und der Slowakei (kompensiert durch verringerte Geldmarktgeschäfte) sowie durch höhere Repo-Geschäfte in Tschechien. Der Obligo-Rückgang in Asien war auf verringerte Kredite und Forderungen mit chinesischen Banken zurückzuführen.

Kreditobligo des Konzerns nach Branchenzugehörigkeit:

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Kredit- und Versicherungsgewerbe	73.157	29,8%	70.059	29,6%
Private Haushalte	46.287	18,9%	45.220	19,1%
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	29.410	12,0%	24.614	10,4%
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	18.482	7,5%	18.206	7,7%
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	14.324	5,8%	15.150	6,4%
Grundstücks- und Wohnungswesen	12.618	5,1%	12.882	5,4%
Baugewerbe	6.962	2,8%	6.818	2,9%
Energieversorgung	6.501	2,7%	6.271	2,6%
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	5.300	2,2%	5.426	2,3%
Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen	3.312	1,4%	3.155	1,3%
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	2.900	1,2%	2.708	1,1%
Ernährungsgewerbe	2.791	1,1%	2.799	1,2%
Maschinenbau	1.995	0,8%	1.966	0,8%
Sonstiges Transportgewerbe	1.913	0,8%	1.615	0,7%
Metallerzeugung und -bearbeitung	1.842	0,8%	2.213	0,9%
Kraftfahrzeughandel, Tankstellen	1.609	0,7%	1.529	0,6%
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	642	0,3%	886	0,4%
Sonstige Branchen	15.098	6,2%	15.472	6,5%
Gesamt	245.143	100,0%	236.988	100,0%

Notleidendes Exposure (NPE)

Seit November 2019 wendet die RBI vollständig die Ausfalldefinition der CRR sowie die dazugehörigen Anforderungen der EBA (EBA/GL/2016/07) an.

Notleidendes Obligo nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing exposures):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.9.2024	31.12.2023	30.9.2024	31.12.2023 ¹	30.9.2024	31.12.2023
Regierungen	168	178	5,2%	6,8%	2,6%	2,7%
Kreditinstitute	1	3	0,0%	0,0%	93,6%	47,1%
Sonstige Finanzunternehmen	333	392	2,9%	3,7%	38,7%	29,3%
Nicht-Finanzunternehmen	2.159	1.843	4,6%	3,8%	51,5%	53,5%
Haushalte	1.087	1.075	2,7%	2,6%	63,8%	64,8%
Kredite und Forderungen	3.748	3.491	2,4%	2,2%	51,8%	51,7%
Anleihen	4	7	0,0%	0,0%	68,6%	24,2%
Gesamt	3.752	3.498	2,0%	1,9%	51,8%	51,7%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Das Volumen des notleidenden Obligos erhöhte sich gegenüber dem Jahresende um € 254 Millionen auf € 3.752 Millionen. Organisch ergab sich ein Anstieg um € 280 Millionen, vor allem im Segment Group Corporates & Markets um € 187 Millionen, in der Slowakei um € 42 Millionen, in Russland um € 35 Millionen und in Kroatien um € 26 Millionen, die Währungsentwicklung wirkte, hauptsächlich durch die Abwertung des russischen Rubel und der ukrainischen Hrywnja, mit insgesamt € 26 Millionen entgegen. Aus Ausbuchungen und Verkäufen ergab sich ein Rückgang von € 347 Millionen, dem gegenüber standen neue Ausfälle hauptsächlich bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen in Österreich und Russland. Die NPE Ratio erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2023 um 0,1 Prozentpunkte auf 2,0 Prozent aufgrund des gestiegenen notleidenden Obligos. Die Deckungsquote erhöhte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 51,8 Prozent.

Entwicklung des notleidenden Obligos nach Asset-Klassen (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	Änderung						Stand 30.9.2024
	Stand 1.1.2024	Konsolidierungskreis	Währung	Zugänge	Abgänge		
Regierungen	178	0	0	0	-10	168	
Kreditinstitute	3	0	0	0	-2	1	
Sonstige Finanzunternehmen	392	0	0	77	-135	333	
Nicht-Finanzunternehmen	1.843	0	-16	641	-309	2.159	
Haushalte	1.075	0	-10	366	-345	1.087	
Kredite und Forderungen (NPL)	3.491	0	-26	1.083	-800	3.748	
Anleihen	7	0	0	1	-4	4	
Gesamt (NPE)	3.498	0	-26	1.084	-804	3.752	

in € Millionen	Änderung						Stand 31.12.2023
	Stand 1.1.2023	Konsolidierungskreis	Währung	Zugänge	Abgänge		
Regierungen	169	0	0	10	-1	178	
Kreditinstitute	6	0	0	0	-2	3	
Sonstige Finanzunternehmen	163	0	-2	250	-19	392	
Nicht-Finanzunternehmen	1.619	0	-35	856	-597	1.843	
Haushalte	1.133	0	-19	470	-508	1.075	
Kredite und Forderungen (NPL)	3.090	0	-56	1.585	-1.128	3.491	
Anleihen	3	0	0	4	0	7	
Gesamt (NPE)	3.093	0	-56	1.590	-1.128	3.498	

Anteil des notleidenden Obligos (NPE) nach Segmenten (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.9.2024	31.12.2023	30.9.2024	31.12.2023	30.9.2024	31.12.2023
Zentraleuropa	804	783	1,2%	1,2%	58,8%	58,4%
Südosteuropa	639	592	1,9%	1,8%	64,5%	66,6%
Osteuropa	528	528	2,2%	2,1%	73,5%	73,6%
Group Corporates & Markets	1.780	1.595	3,2%	3,0%	37,6%	35,6%
Corporate Center	0	0	0,0%	0,0%	99,9%	100,0%
Gesamt	3.752	3.498	2,0%	1,9%	51,8%	51,7%

Zur Erhöhung des notleidenden Obligos trug das Segment Group Corporates & Markets mit € 185 Millionen auf € 1.780 Millionen bei, dafür hauptverantwortlich war der Anstieg im Immobilienbereich mit € 150 Millionen und Konsumgüterbereich mit € 110 Millionen, entgegen wirkten Ausbuchungen und Verkäufe von notleidenden Kreditforderungen in Höhe von € 182 Millionen. Die NPE Ratio erhöhte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 3,2 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 2,0 Prozentpunkte auf 37,6 Prozent.

Das notleidende Obligo im Segment Südosteuropa erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2023 um € 46 Millionen auf € 639 Millionen, wofür Kroatien mit € 26 Millionen und Rumänien mit € 15 Millionen hauptverantwortlich waren. Die NPE Ratio erhöhte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 1,9 Prozent, die Deckungsquote reduzierte sich um 2,1 Prozentpunkte auf 64,5 Prozent.

Das notleidende Obligo im Segment Zentraleuropa stieg um € 21 Millionen auf € 804 Millionen, durch Anstiege in der Slowakei und Tschechien, die teilweise durch Rückgänge in Ungarn und Polen kompensiert wurden. Die NPE Ratio bezogen auf das Gesamtobligo blieb unverändert auf 1,2 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 0,4 Prozentpunkte auf 58,8 Prozent.

Das notleidende Obligo im Segment Osteuropa blieb unverändert bei € 528 Millionen, Russland verzeichnete einen Anstieg um € 26 Millionen, die Ukraine hingegen einen Rückgang um € 23 Millionen, organisch hingegen kam in Osteuropa zu einem Anstieg um € 22 Millionen. Die NPE Ratio bezogen auf das Gesamtobligo erhöhte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 2,2 Prozent, die Deckungsquote verringerte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 73,5 Prozent.

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen:

in € Millionen	Refinanzierung		Instrumente mit geänderten Laufzeiten und Konditionen		Gesamt	
	30.9.2024	31.12.2023	30.9.2024	31.12.2023	30.9.2024	31.12.2023
Regierungen	0	0	0	0	0	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	0	62	55	47	55	109
Nicht-Finanzunternehmen	100	93	834	784	934	877
Haushalte	9	8	226	249	235	257
Gesamt	109	163	1.115	1.080	1.224	1.243

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen nach Segmenten:

in € Millionen	30.9.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Zentraleuropa	222	18,1%	239	19,3%
Südosteuropa	149	12,2%	156	12,6%
Osteuropa	304	24,9%	326	26,2%
Group Corporates & Markets	549	44,9%	521	41,9%
Gesamt	1.224	100,0%	1.243	100,0%

(36) Marktrisiko

Das Marktrisikomanagement basiert auf einem dualen Steuerungsansatz. Für das Gesamtportfolio inklusive des Bankbuchs wird ein Modell verwendet, das auf einer historischen Simulation beruht und für die längerfristige Steuerung der Marktrisiken aus den Bankbüchern geeignet ist (Modell ALL). Für alle Marktrisiken mit unmittelbarer Auswirkung auf die Erfolgsrechnung wird ein Modell verwendet, das die kurzfristige Volatilität gut prognostiziert (Modell IFRS-P&L). Dieser Modellansatz ist von der österreichischen Finanzmarktaufsicht als internes Modell für die Messung des Eigenmittelerfordernisses für Marktrisiken des Handelsbuchs der Konzernzentrale zugelassen. Beide Modelle berechnen Value-At-Risk-Kennzahlen für die Veränderungen der Risikofaktoren Fremdwährungen, Zinsentwicklung, Credit Spreads, implizite Volatilität, Aktienindizes und Basis-Spreads. In den nachstehenden Tabellen ist eine Übersicht der Risikokennzahlen beider Modelle (ALL und IFRS-P&L) sowie die Entwicklung je Risikoart dargestellt.

Modell IFRS-P&L Gesamt VaR (99%, 1d)	VaR per	Durchschnitts-VaR	Minimum-VaR	Maximum-VaR	VaR per
in € Millionen	30.9.2024				31.12.2023
Währungsrisiko	4	5	3	7	10
Zinsrisiko	2	2	2	4	8
Credit-Spread-Risiko	3	3	2	4	4
Aktienpreisisiko	1	1	1	1	1
Vega-Risiko	0	1	0	2	1
Basis-Risiko ¹	-	-	-	-	5
Gesamt	6	8	6	16	19

¹ Ab Juni 2024 wird das Basisrisiko als Teil des Zinsrisikos berechnet.

Modell ALL Gesamt VaR (99%, 20d)	VaR per	Durchschnitts-VaR	Minimum-VaR	Maximum-VaR	VaR per
in € Millionen	30.9.2024				31.12.2023
Ökonomisches Kapital ALL	750	759	683	866	649
Vega-Risiko ALL	3	5	3	11	10
Gesamt ALL	753	763	688	870	659
Gesamt ALL (Risikokategorien)					
Währungsrisiko	695	725	662	786	623
Zinsrisiko	225	225	203	252	214
Credit-Spread-Risiko	27	27	24	28	46
Bankbuch (99%, 20d)					
Zinsrisiko im Bankbuch	242	238	223	283	167

Die in Fremdwährung gehaltenen Kapital- und offenen Devisenpositionen, die strukturellen Zinsrisiken, Spread-Risiken aus Anleihebüchern (häufig als Liquiditätspuffer gehalten) sowie Basis-Risiken aus Basis-Spreads in russischem Rubel waren die wesentlichen Treiber des VaR-Ergebnisses.

Im Vergleich zum Jahresende 2023 ist der Gesamt-VaR (Modell ALL) im dritten Quartal 2024 gestiegen, während der P&L VaR (Modell IFRS-P&L) weiter gesunken ist. Der Anstieg des Gesamt-VaR (Modell ALL) war im Wesentlichen auf das Währungsrisiko der russischen Rubel- und Belarus-Rubel-Positionen, gefolgt vom Zinsrisiko, zurückzuführen. Der verringerte P&L VaR (Modell IFRS-P&L) war weiterhin durch das Währungs- und Zinsrisiko getrieben (jedoch sind beide im Vergleich zum ersten Halbjahr 2024 gesunken). Der Beitrag des Vega Risikos war im dritten Quartal 2024 ebenfalls geringer.

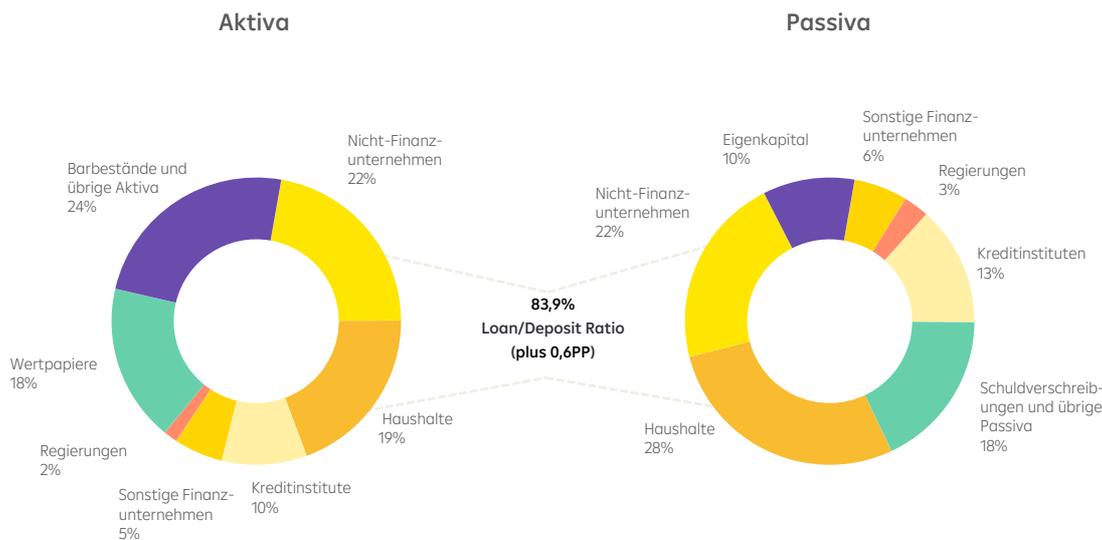
Die Marktrisiko-Steuerung erfolgt auf Basis einer täglichen Überwachung von Marktbewegungen und Positionsänderungen für die Konzernzentrale und -einheiten. Zudem wird die Entwicklung auf den lokalen Märkten täglich aktualisiert und das Risikomanagement aktiv gesteuert, um schnell auf Veränderungen reagieren zu können.

(37) Liquiditätsmanagement

Die RBI beweist mit ihrer starken Liquiditätsposition und den bewährten Prozessen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos kontinuierlich ihre hohe Anpassungsfähigkeit. Der ILAAP-Rahmen und die Governance erwiesen sich erneut als solide und funktionieren auch in Krisenzeiten. Die tägliche Überwachung der Liquiditätsposition mit Hilfe von dynamischen Dashboards zeigte, dass die Infrastruktur und das Monitoring effektiv sind und schnelle Reaktionen in Krisenzeiten unterstützen.

Funding-Struktur

Die Funding-Struktur des Konzerns basiert auf einer starken Ausrichtung auf das Retail-Geschäft in Zentral- und Osteuropa. Darüber hinaus profitiert der Konzern aufgrund der starken Präsenz der österreichischen Raiffeisengruppe im lokalen Markt auch vom Funding durch die Raiffeisen Landesbanken. Gemäß dem Prinzip der Diversifikation werden verschiedene Finanzierungsquellen erschlossen. Diese umfassen die Ausgabe von internationalen Anleihen durch die RBI AG, die Ausgabe von lokalen Anleihen durch die Tochterbanken sowie die Nutzung von Finanzierungsdarlehen von Dritten (inklusive supranationaler Institutionen). Die Tochterbanken nutzen auch Interbankenkredite mit Drittbanken, teils aufgrund knapper Länderlimits und teils aufgrund vorteilhafter Preisgestaltung.



Liquiditätsposition

Der Going-Concern-Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, die den Konzern in einem normalen Geschäftsmodell (Business as Usual) belasten könnten. Die Ergebnisse des Going-Concern-Szenarios sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Sie veranschaulichen den Liquiditätsüberhang und das Verhältnis von erwarteten Kapitalzuflüssen und der Ausgleichskapazität zu Kapitalabflüssen (Liquiditätsquote) für ausgewählte Laufzeiten auf kumulativer Basis. Die Kapitalflüsse basieren auf Annahmen anhand von Expertenmeinungen, statistischen Analysen und Länderbesonderheiten. Diese Berechnung umfasst zudem Schätzungen zur Beständigkeit von Kundeneinlagen, zu Abflüssen von außerbilanziellen Positionen und zu Marktabschwüngen bei Positionen, die in die Ausgleichskapazität einfließen.

in € Millionen	30.9.2024		31.12.2023	
Laufzeit	1 Monat	1 Jahr	1 Monat	1 Jahr
Liquiditätsüberhang	52.576	56.872	49.061	57.382
Liquiditätsquote	186%	150%	190%	152%

Liquidity Coverage Ratio (LCR)

Die kurzfristige Belastbarkeit von Banken erfordert eine entsprechende Liquiditätsdeckung in Form einer Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR). Dabei müssen Letztere angemessene Bestände an unbelasteten erstklassigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA) sicherstellen, um potenzielle Abflüsse durch Verbindlichkeiten, die in Krisenzeiten anfallen können, decken zu können. HQLAs können in Cash umgewandelt werden, um den Liquiditätsbedarf im Rahmen eines Liquiditätsstress-Szenarios für mindestens 30 Kalendertage zu decken.

Die Berechnung der erwarteten Mittelzu- und abflüsse sowie der HQLAs basiert auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische LCR-Limit beträgt 100 Prozent.

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Durchschnittliche liquide Aktiva	42.307	39.310
Netto-Abflüsse	22.035	20.781
Zuflüsse	18.294	18.773
Abflüsse	40.329	39.554
Liquidity Coverage Ratio	192%	189%

Die Verbesserung der LCR war vor allem auf eigene Emissionen in der Konzernzentrale zurückzuführen.

Net Stable Funding Ratio (NSFR)

Die NSFR wird definiert als das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung. Verfügbare stabile Refinanzierung wird definiert als jener Teil der Eigen- und Fremdmittel, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle darstellt. Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und der außerbilanziellen Engagements abhängig. Ziel der RBI ist eine ausgewogene Funding-Position. Die erforderliche strukturelle Liquidität sowie die vorhandene strukturelle Liquidität basieren auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische NSFR-Limit ist 100 Prozent.

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Erforderliche strukturelle Liquidität	111.549	115.960
Vorhandene strukturelle Liquidität	162.894	163.982
Net Stable Funding Ratio	146%	141%

Die kontinuierliche Verbesserung der NSFR war hauptsächlich auf die Reduzierung der erforderlichen strukturellen Liquidität, aufgrund zurückgegangener Kundenkredite in Russland zurückzuführen, unterstützt durch eigene Emissionen in der Konzernzentrale.

Sonstige Angaben

(38) Offene Rechtsfälle

Details zu Gerichts-, Behörden- oder Schiedsverfahren, an denen die RBI beteiligt ist, sind im Geschäftsbericht 2023, Seite 220 ff., ersichtlich. Im Folgenden werden die wesentlichsten Verfahren beschrieben, an denen die RBI derzeit beteiligt ist. Generell können in Verfahren (Verzugs-) Zinsbeträge anfallen, die je nach Dauer des jeweiligen Verfahrens gleich hoch oder höher sein können als die jeweiligen Streitwerte.

Eine Rückstellung wird nur dann gebildet, wenn eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, die Zahlung wahrscheinlich ist und der Betrag zuverlässig geschätzt werden kann. Eine Eventualverbindlichkeit, die aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, wird offengelegt, es sei denn die Zahlungen sind höchst unwahrscheinlich. Eine Eventualforderung aufgrund eines vergangenen Ereignisses wird angesetzt, wenn ein Zufluss so gut wie sicher ist. In der nachfolgenden Beschreibung wird in jenen Fällen kein Betrag genannt, in denen in Übereinstimmung mit IAS 37, dies schwerwiegend nachteilig wäre. Die Berechnung der Rückstellung findet in bestimmten Fällen auf einer Portfoliobasis statt, weil die Schätzung der Verpflichtung damit eine höhere Verlässlichkeit aufweist. Die RBI hat ihre Rückstellungen, Eventualforderungen und -verbindlichkeiten in die Gruppen Konsumentenschutz, Bankgeschäfte, Durchsetzung durch Regulierungsbehörden und Steuerfälle eingeteilt.

Rasperia

Im August 2024 reichte ein russisches Unternehmen, MKAO Rasperia Trading Limited (Rasperia) eine Klage gegen die österreichische Gesellschaft STRABAG SE (STRABAG) und mehrere Großaktionäre der STRABAG (STRABAG-Aktionäre) sowie gegen die russische Tochtergesellschaft der RBI, AO Raiffeisenbank, beim Schiedsgericht der Region Kaliningrad ein. Rasperia, die 28.500.000 STRABAG-Stammaktien hält, behauptet, dass ihr Aktionärsrechte entzogen worden seien, insbesondere dürfe sie nicht an Hauptversammlungen teilnehmen oder Mitglieder des Aufsichtsrats der STRABAG ernennen, ihr seien für die vergangenen Jahre keine Dividenden gezahlt worden und der Anteil von Rasperia an STRABAG wurde im Jahr 2023 ohne ihre Zustimmung und ohne Abfindung verwässert. Nach Angaben von Rasperia sind durch den Verlust sämtlicher Aktionärsrechte Verluste in Höhe von rund € 1.983 Milliarden entstanden, die sich aus dem Marktwert von Rasperias Anteil an STRABAG sowie aus nicht gezahlten Dividenden und aus Zinsen auf beide Beträge zusammensetzen.

Die AO Raiffeisenbank wird in der Klage als mit den anderen Beklagten zusammengehörig erwähnt, ihr wird jedoch kein Fehlverhalten vorgeworfen. Die RBI ist an diesem Verfahren nicht beteiligt.

Rasperia hat die Ansprüche gegen STRABAG und die STRABAG-Aktionäre von den Ansprüchen gegen die AO Raiffeisenbank getrennt:

(i) Der Anspruch gegen STRABAG und die STRABAG-Aktionäre lautet auf Schadensersatz in Höhe von rund € 1.983 Milliarden zuzüglich Zinsen bis zur Urteilsvollstreckung, wie von Zeit zu Zeit angepasst (Geforderter Betrag).

(ii) Die Klage gegen die AO Raiffeisenbank soll die Vollstreckung des unter Punkt (i) oben ergangenen Urteils in Russland sicherstellen und umfasst daher die Zwangsvollstreckung in die Barmittel der AO Raiffeisenbank (insbesondere hinsichtlich ihrer nicht ausgeschütteten Gewinne) zur Abgeltung des Rasperia zuerkannten geforderten Betrags und im Gegenzug die Anerkennung des Eigentums der AO Raiffeisenbank an den von Rasperia gehaltenen 28.500.000 STRABAG-Stammaktien ab dem Tag der Vollstreckung des Urteils gegen die AO Raiffeisenbank.

In der vorbereitenden Tagsatzung am 16. Oktober 2024 wurde der geforderte Betrag von rund € 1.983 Milliarden auf rund € 2.043 Milliarden erhöht. Die nächste vorläufige Anhörung ist für den 30. Oktober 2024 geplant. Das Gerichtsverfahren ist anhängig.

Sollte die Klage gegen die AO Raiffeisenbank erfolgreich sein, erscheint es möglich, dass die Zwangsvollstreckung in die Barmittel der AO Raiffeisenbank auch dann stattfinden kann, wenn die Eigentumsübertragung der STRABAG-Aktien an die AO Raiffeisenbank rechtlich nicht durchführbar ist. In diesem Fall wird die entsprechende Maßnahme in Russland eine erheblich nachteilige Auswirkung auf die Bilanz der AO Raiffeisenbank mit entsprechenden Auswirkungen auf die konsolidierte Bilanz der RBI haben. Da es schwierig ist, die Wahrscheinlichkeit eines potenziellen finanziellen Schadens zu bewerten, und eine zuverlässige Schätzung stark von den rechtlichen Entwicklungen in den bevorstehenden Gerichtsverhandlungen abhängt, wurde im Berichtszeitraum keine Rückstellung gebildet.

Im Zusammenhang mit dem oben genannten Gerichtsverfahren von Rasperia gegen die AO Raiffeisenbank hat ein russisches Gericht am 5. September 2024 eine einstweilige Verfügung erlassen, mit der Aktien an der AO Raiffeisenbank mit sofortiger Wirkung einem Übertragungsverbot unterliegen. Aufgrund dieser Gerichtsentscheidung kann die RBI ihre Anteile an der AO Raiffeisenbank nicht übertragen, was die Bemühungen der RBI, eine Mehrheitsbeteiligung an der AO Raiffeisenbank zu verkaufen, erschwert und diesbezüglich zu weiteren Verzögerungen führen wird. Da der Antrag der AO Raiffeisenbank auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung abgelehnt wurde, legte die AO Raiffeisenbank am 27. September 2024 ein Rechtsmittel beim zuständigen Berufungsschiedsgericht in St. Petersburg ein.

Konsumentenschutz

Kroatien

In Kroatien wurden in einem von einer Konsumentenschutzorganisation gegen die Raiffeisenbank Austria, d.d., Zagreb (RBHR) und andere kroatische Banken angestregten Verfahren zwei Klauseln für nichtig befunden, die in den Jahren zwischen 2003/2004 und 2008 in Kreditverträgen mit Konsumenten verwendet wurden. Dabei handelt es sich um eine Zinsanpassungs- und eine CHF-Index-Klausel. Gegen den Entscheid über die Zinsanpassungsklausel kann kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden. Das Urteil, wonach die CHF-Index-Klauseln unwirksam sind, wurde vom Obersten Gerichtshof des Landes und vom kroatischen Verfassungsgericht bestätigt. RBHR prüft die Möglichkeit, diese Entscheidung anzufechten und reichte im August 2021 einen Antrag beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Die Vergabe von CHF-indexierten Darlehen, die nach dem kroatischen Umwandlungsgesetz in Euro-indexierte Darlehen konvertiert wurden, war vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zur Vorabentscheidung anhängig. Im Mai 2022 veröffentlichte der EuGH eine Vorabentscheidung, aber gab, wie auch der kroatische Oberste Gerichtshof in einem Musterverfahren keine Antwort darauf, ob Konsumenten von bereits konvertierten Darlehen einen Anspruch auf zusätzliche Entschädigungen haben (neben den positiven Effekten, die sich aus der Konvertierung gemäß den Bestimmungen des kroatischen Konsumentenschutzgesetzes 2015 ergaben). Daher bleibt die Frage, ob Konsumenten Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung (ungeachtet der Konvertierung) haben, Sache der innerstaatlichen Gerichte, in erster Linie des kroatischen Obersten Gerichtshofs. Auf Grundlage der bereits zur Unwirksamkeit der Zinsanpassungs- und/oder der CHF-Index-Klausel ergangenen Entscheidungen machen Kreditnehmer jedoch bereits jetzt Ansprüche gegen die RBHR geltend. In seiner Sitzung im Dezember 2022 vertrat der kroatische Oberste Gerichtshof die Auffassung, dass sich der Anspruch der Verbraucher auf eine zusätzliche Entschädigung nur auf einen Betrag in Höhe der Verzugszinsen auf die bis zur Konvertierung der CHF-indexierten Darlehen in EUR-indexierte Darlehen im Jahr 2015 allfällig geleisteten Überzahlungen beschränkt. Im April 2023 teilte der Präsident des Obersten Gerichtshofs der Öffentlichkeit jedoch mit, dass die vertretene Rechtsansicht die Kontrolle durch das für die Rechtsprechung zuständige Evidenzbüro des Obersten Gerichtshofs nicht bestanden habe. Das für die Rechtsprechung zuständige Evidenzbüro des Obersten Gerichtshofs ist befugt, eine Entscheidung zurückzuweisen, wenn es der Ansicht ist, dass sie nicht dem Gesetz entspricht. Eine mögliche Lösung (ob Verbraucher Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung haben oder nicht) wird voraussichtlich in den Einzelentscheidungen des kroatischen Obersten Gerichtshofs enthalten sein. Nur derartige Einzelentscheidungen können vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten werden. Angesichts der gegenwärtigen rechtlichen Unwägbarkeiten hinsichtlich der Verjährung, der Wirksamkeit der CHF-Index-Klausel/erfolgten Konvertierung, der Berechnung der zusätzlichen Entschädigungen, der weiteren Vorgehensweise, des Ergebnisses des Vorabentscheidungsersuchens und der Anzahl der Kreditnehmer, die diese Ansprüche geltend machen, lassen sich die Auswirkungen und der mögliche Schaden zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht endgültig beziffern. In diesem Zusammenhang wurde eine Rückstellung in Höhe von € 56 Millionen (Vorjahr: € 67 Millionen) gebildet.

Polen

In Polen ist eine erhebliche Anzahl zivilrechtlicher Klagen hinsichtlich bestimmter vertraglicher Regelungen im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten an Konsumenten, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, anhängig. Zum 30. September 2024 lag der Gesamtstreitwert dieser Verfahren bei rund PLN 7.293 Millionen (€ 1.704 Millionen). Die Anzahl der Klagen steigt weiter an.

In diesem Zusammenhang hat sich ein polnisches Gericht an den Gerichtshof der europäischen Union (EuGH) gewandt, um klären zu lassen, ob bestimmte Klauseln dieser Verträge gegen europäisches Recht verstoßen und missbräuchlich verwendet wurden. Die im Oktober 2019 dazu in einem Vorabentscheidungsverfahren ergangene Entscheidung des EuGH (C-260/18) gibt keine Antwort bezüglich einer gänzlichen oder teilweisen Nichtigkeit der Kreditverträge, sondern lediglich eine Orientierungshilfe für die Interpretation, nach welchen Grundsätzen nationale Gerichte auf Einzelfallbasis zu entscheiden haben. Demnach soll ein Kreditvertrag ohne missbräuchliche Klauseln wirksam bleiben, solange dies mit nationalem Recht im Einklang steht. Sofern der Kreditvertrag allerdings ohne die missbräuchliche Klausel nicht mehr aufrechterhalten werden kann, würde der Vertrag insgesamt unwirksam. Sollte die Unwirksamkeit des gesamten Kreditvertrags mit wesentlichen negativen Konsequenzen für den Kreditnehmer verbunden sein, so kann die missbräuchliche Klausel von polnischen Gerichten im Einklang mit nationalem Recht durch eine wirksame Klausel ersetzt werden. Die Konsequenzen einer Unwirksamkeit des Vertrags müssen sorgfältig untersucht werden, sodass der Kreditnehmer alle potenziell negativen Folgen einer Unwirksamkeit bedenken kann.

In einem anderen Verfahren, in dem die RBI involviert ist, ersuchte das Bezirksgericht Warszawa-Wola in Warschau den EuGH um Vorabentscheidung über die Ausgestaltung der vertraglichen Regelungen zur Bestimmung der An- und Verkaufskurse für eine Fremdwährung im Falle von Hypothekendarlehen für Verbraucher, die auf eine Fremdwährung indexiert sind. In der Entscheidung vom 18. November 2021 in der Rechtssache C-212/20 vertrat der EuGH die Auffassung, dass der Inhalt einer Klausel eines Darlehensvertrags, die die Ankaufs- und Verkaufskurse einer Fremdwährung festlegt, an die das Darlehen gebunden ist, einem einigermaßen gut informierten und aufmerksamen Verbraucher auf der Grundlage klarer und verständlicher Kriterien ermöglichen muss, zu verstehen, wie der Wechselkurs der Fremdwährung festgelegt wird, der zur Berechnung der Höhe der Rückzahlungsraten verwendet wird. Aufgrund der in einer solchen Bestimmung angegebenen Information soll der Verbraucher in der Lage sein, jederzeit den vom Unternehmen angewendeten Wechselkurs selbst zu ermitteln. In der Begründung führte der EuGH aus, dass eine Bestimmung, die es dem Verbraucher nicht ermöglicht, den Wechselkurs selbst zu bestimmen, missbräuchlich ist. Darüber hinaus wies der EuGH darauf hin, dass das nationale Gericht, wenn die betreffende Klausel eines Verbrauchervertrags missbräuchlich ist, diese Klausel nicht auslegen darf, um ihre

Missbräuchlichkeit zu beheben, selbst wenn diese Auslegung dem gemeinsamen Willen der Vertragsparteien entspricht. Nur wenn die Ungültigkeit der missbräuchlichen Klausel das nationale Gericht zur Aufhebung des gesamten Vertrags verpflichten würde, wodurch der Verbraucher besonders nachteiligen Folgen ausgesetzt wäre und damit bestraft würde, könnte das nationale Gericht diese Klausel durch eine ergänzende Bestimmung des nationalen Rechts ersetzen. Der EuGH hat es daher nicht vollständig ausgeschlossen, dass nationale Gerichte in solchen Fällen den Vertrag durch ergänzende Vorschriften des nationalen Rechts ergänzen können, aber Lücken dürfen nicht allein durch nationale Vorschriften allgemeiner Natur gefüllt werden, und ein solches Hilfsmittel darf nur in streng eingeschränkten Fällen, wie vom EuGH angegeben, angewendet werden. Die Beurteilung der Missbräuchlichkeit von Vertragsbestimmungen sowie die Entscheidung über die Vertragsergänzung nach Beseitigung missbräuchlicher Vertragsklauseln fallen jedoch weiterhin in die Zuständigkeit des nationalen Gerichts. Der EuGH hat in keiner Weise entschieden, ob infolge der vorgenannten Aktionen der gesamte Fremdwährungsvertrag nichtig erklärt werden soll.

Am 15. Juni 2023 gab der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-520/21 zu den Folgen der Nichtigerklärung eines missbräuchliche Klauseln enthaltenden Hypothekendarlehensvertrags bekannt. Der an den CHF gekoppelte Hypothekendarlehensvertrag war mit der Begründung für nichtig erklärt worden, dass die Umrechnungsklauseln zur Bestimmung des Wechselkurses in PLN für Zwecke der monatlichen Raten missbräuchlich seien und dass der Darlehensvertrag nach Aufhebung der missbräuchlichen Klauseln nicht fortbestehen könne. Der EuGH stellte fest, dass das EU-Recht nicht ausdrücklich die Folgen der Nichtigerklärung eines Verbrauchervertrags regelt. Die Bestimmung dieser Folgen obliegt der nationalen Gesetzgebung in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Diese nationalen Rechtsvorschriften müssen mit dem EU-Recht und den damit verfolgten Zielen vereinbar sein, insbesondere im Hinblick darauf, dass die Lage des Verbrauchers, in der er sich ohne den für nichtig erklärten Vertrag befunden hätte, wiederhergestellt wird und dass der vom EU-Recht angestrebte Abschreckungseffekt nicht gefährdet wird. Nach den Ausführungen des EuGH steht EU-Recht dem nicht entgegen, dass die Verbraucher von der Bank einen Ausgleich verlangen dürfen, der über die Erstattung der gezahlten monatlichen Raten und der zur Erfüllung des Hypothekendarlehensvertrags gezahlten Kosten sowie die Zahlung von Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgeht. Allerdings ist es Sache der nationalen Gerichte zu beurteilen, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird, wenn solchen Forderungen des Verbrauchers stattgegeben wird. Im Gegensatz dazu steht EU-Recht dem entgegen, dass die Bank von dem Verbraucher einen Ausgleich verlangen darf, der über die Erstattung des zur Erfüllung des Hypothekendarlehensvertrags gezahlten Kapitals sowie der Zahlung von Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgeht.

Weitere Konkretisierungen zu den Folgen der Nichtigerklärung eines mit missbräuchlichen Klauseln behafteten Verbraucher-Hypothekendarlehensvertrags hat der EuGH in seinen Urteilen in den Rechtssachen C-756/22 vom 11. Dezember 2023 und C-488/23 vom 12. Januar 2024 und C-424/22 vom 8. Mai 2024 vorgenommen. An keinem dieser Verfahren war die RBI direkt beteiligt. In allen drei Fällen vertrat der EuGH die Auffassung, dass sich die von den vorlegenden Gerichten geforderte Auslegung des EU-Rechts eindeutig aus den früheren Urteilen, insbesondere aus dem im obigen Absatz ausführlich beschriebenen Urteil des EuGH in der Rechtssache C-520/21 vom 15. Juni 2023 ableiten lässt. In der Rechtssache C-756/22 stellte der EuGH fest, dass die Bank nicht berechtigt ist, von einem Verbraucher die Zahlung von Beträgen zu verlangen, die über das in Erfüllung des Darlehensvertrags gezahlte Kapital und die gesetzlichen Verzugszinsen ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgehen, wenn ein Darlehensvertrag mit der Begründung nichtig erklärt wird, dass er missbräuchliche Klauseln enthält, ohne die er nicht weiter fortbestehen kann. In der Rechtssache C-488/23 stellte der EuGH fest, dass EU-Recht dem entgegensteht, dass Banken von einem Verbraucher – zusätzlich zur Erstattung der zur Vertragserfüllung gezahlten Kapitalbeträge und der gesetzlichen Verzugszinsen ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung – einen Ausgleich verlangen, der in einer gerichtlichen Anpassung der dem gezahlten Kapitalbetrag entsprechenden Leistung im Falle einer wesentlichen Änderung der Kaufkraft der betreffenden Währung nach der Zahlung dieses Kapitals an den betreffenden Verbraucher besteht. In der Rechtssache C-424/22 vom 8. Mai 2024 stellte der EuGH fest, dass die Bank nicht berechtigt ist ein Zurückbehaltungsrecht geltend zu machen, wenn ein Kreditvertrag mit der Begründung nichtig wird, dass er missbräuchliche Klauseln enthält und die Bank daher zu Rückzahlungen an einen Verbraucher verpflichtet ist. Dies bedeutet, dass die Bank eine derartige Zahlung nicht zurückhalten darf, bis der Schuldner alle Beträge zurückgezahlt hat, die er im Rahmen des Kreditvertrags von der Bank erhalten hat.

Wie sich die zuvor genannten EuGH-Urteile auf die Entscheidungen polnischer Gerichte in einzelnen zivilrechtlichen Verfahren auswirken, kann aufgrund der Komplexität und Unterschiedlichkeit von fallspezifischen Faktoren und möglicherweise unterschiedlichen Zusammenhängen und rechtlichen Feinheiten nicht abschließend eingeschätzt werden.

Am 25. April 2024 verabschiedete die gesamte Zivilkammer des polnischen Obersten Gerichts (das „OG“) einen Beschluss zu rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Darlehen, die an eine Fremdwährung gekoppelt oder in Fremdwährung denominated sind. Im Einklang mit den Urteilen des EuGH entschied das OG, dass, wenn eine Vertragsklausel, die sich auf einen Indexierungsmechanismus bezieht, als rechtswidrig und nicht bindend angesehen wird, sie nicht durch eine andere Methode zur Bestimmung des Wechselkurses ersetzt werden kann, die sich aus gesetzlichen Bestimmungen oder etablierten Gepflogenheiten ergibt und dass der Darlehensvertrag im verbleibenden Umfang nicht bindend ist. Die Entscheidung darüber, ob eine Vertragsklausel missbräuchlich ist, obliegt dem Gericht, das mit dem Fall des konkreten Darlehensvertrags befasst ist. Ist ein Darlehensvertrag aufgrund rechtswidriger Klauseln nicht bindend, haben beide Parteien einen gesonderten Anspruch auf die Rückzahlung zu Unrecht geleisteter Zahlungen: die Bank auf Rückzahlung des Kapitals und der Kreditnehmer auf Rückzahlung von Zahlungen. Das OG fand keine Rechtfertigung für eine gegenseitige Beilegung der Ansprüche der Parteien durch das Gericht während der Verhandlung des Falles. Die Verjährungsfrist für den Anspruch der Bank auf Rückzahlung der im Rahmen des Kredits gezahlten Beträge beginnt grundsätzlich mit dem Tag, der auf den Tag folgt, an dem der Kreditnehmer die bindende Wirkung des Kreditvertrags gegenüber der Bank angefochten hat. Der Beginn der Verjährungsfrist hängt somit vom Verhalten des Verbrauchers ab und sollte daher für jeden Vertrag individuell geprüft werden. Mit dieser Entscheidung wurde

eine frühere Entscheidung des OG geändert, die vorsah, dass die Verjährungsfrist für den Anspruch der Bank beginnt, nachdem der Verbraucher über die möglichen Folgen einer Ungültigkeitserklärung des Kreditvertrags informiert wurde und der Verbraucher einer solchen Ungültigkeitserklärung zustimmt. Das OG schloss außerdem aus, dass eine Partei Zinsen oder eine andere Vergütung für die Verwendung ihrer Mittel in der Zeit zwischen der ungerechtfertigten Zahlung und der Verzögerung bei der Rückerstattung der Zahlung verlangen kann. Obwohl der Beschluss angenommen wurde, um die aufkommenden Auslegungsfragen im Zusammenhang mit Streitigkeiten über Kredite in Schweizer Franken zu klären, sind die daraus resultierenden Schlussfolgerungen auch auf Kredite in anderen Währungen, einschließlich Kredite in Euro, anwendbar.

Der obige Beschluss des OG in Verbindung mit dem früheren EuGH-Urteil bedeutet, dass in Polen tätige Banken die Fremdwährungsportfolien halten, darunter auch RBI, keine zusätzliche Vergütung und/oder Valorisierung im Zusammenhang mit derartigen nichtig erklärten Verträgen, wie oben dargelegt, fordern können. Banken sollen lediglich die Möglichkeit haben, die Rückzahlung des dem Kunden bei Kreditvergabe bereitgestellten Kapitals einzufordern. Dies berührt nicht die Möglichkeit, die Zahlung von Verzugszinsen zu verlangen, sofern die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Ein beträchtlicher Anstieg an neuen Fällen konnte seit Beginn 2020 beobachtet werden, hauptsächlich hervorgerufen durch die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache C-260/18 und die gestiegenen Marketingaktivitäten von Anwaltskanzleien, die für Kreditnehmer tätig sind. Im Jahr 2023 verzeichnete die polnische Filiale fast 5.400 neue Fälle, im Jahr 2024 wurden durchschnittlich über 500 neue Fälle pro Monat (davon rund 70 Fälle für Euro-Kredite), und damit über 4.800 Fälle in den ersten drei Quartalen, verzeichnet. Es wird erwartet, dass die hohe Anzahl der Fälle zumindest bis zum Ende dieses Jahres anhält. Ein solcher Anstieg neuer Fälle betraf nicht nur die polnische Filiale, sondern alle Banken, die mit Fremdwährungskreditportfolios in Polen befasst sind.

Darüber hinaus könnten sich polnische Gerichte künftig mit weiteren Vorabentscheidungsersuchen in anderen zivilrechtlichen Verfahren an den EuGH wenden. Diese Entscheidungen könnten zu weiteren Klarstellungen durch den EuGH führen und einen Einfluss darauf haben, wie gerichtsanhängige Verfahren im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten von nationalen polnischen Gerichten entschieden werden.

Die Folgenabschätzung für Kreditverträge, die an eine Fremdwährung gekoppelt sind oder auf eine Fremdwährung lauten, kann auch durch das Ergebnis laufender Verwaltungsverfahren beeinflusst werden, die der Präsident des Amts für Wettbewerb und Verbraucherschutz (UOKiK) gegen die polnische Filiale der RBI führt. Solche Verwaltungsverfahren beruhen unter anderem auf der behaupteten Praxis einer Verletzung von kollektiven Verbraucherinteressen sowie darin, dass Klauseln in Standardvereinbarungen als benachteiligend eingestuft werden. Darüber hinaus führten und könnten solche Verfahren zu Verwaltungsstrafen gegen die polnische Filiale und im Falle von Berufungen zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren führen. Das Ergebnis der genannten Verwaltungsverfahren sowie die in diesem Zusammenhang auferlegten Verpflichtungen und Strafen könnten die Art und Weise wie zwischen der RBI und Kreditnehmern geschlossene FX-indexierte oder FX-denominierte Vereinbarungen erfüllt werden, beeinflussen. Sie könnten auch Auswirkungen auf Zivilklagen, an denen die RBI beteiligt ist, im Zusammenhang mit diesen Vereinbarungen haben.

Darüber hinaus leitete der polnische Finanz-Ombudsmann, der im Namen von zwei Kreditnehmern handelte, ein Zivilverfahren gegen die RBI ein, in dem die Anwendung unlauterer Geschäftspraktiken gegenüber Verbrauchern in einem Fall behauptet wird, in dem die RBI – nach Aufhebung eines Kreditvertrags – den vollen ursprünglich ausgegebenen Kreditbetrag ohne zwischenzeitlich geleistete Rückzahlungen sowie für die Verwendung von Kapital durch die Kreditnehmer fällige Beträge, aufgrund des Grundsatzes der ungerechtfertigten Bereicherung eingefordert hatte und verlangt, diese Praxis einzustellen. Im Mai 2023 wurde die Klage des Finanz-Ombudsmanns in erster Instanz abgewiesen. Laut Register des Berufungsgerichts legte der Finanz-Ombudsmann Berufung gegen dieses Urteil ein, die Berufung wurde der RBI jedoch noch nicht zugestellt.

Die RBI hat für die in Polen eingebrachten und erwarteten Klagen für Schweizer-Franken- und Euro-Kredite inklusive Verzugszinsen, die an Kunden zu zahlen sein werden, vorgesorgt. Da Klagen von einer Reihe von Kunden eingebracht wurden, basiert diese Rückstellung auf einem statistischen Ansatz, der sowohl statistische Daten, soweit diese relevant sind, als auch Expertenmeinungen berücksichtigt. In diesem Kapitel umfasst der Begriff Rückstellung Vorsorgen gemäß IFRS 9, bei denen der Bruttobuchwert aufgrund einer Anpassung der erwarteten zukünftigen Cashflows um den rückzustellenden Betrag reduziert wird, sowie Rückstellungen gemäß IAS 37.

Die RBI hat ein Portfolio von rund 24 Tausend aktiven CHF-Darlehen mit einer Gesamtaushaftung von rund € 1,7 Milliarden und rund 13 Tausend CHF-Darlehen, die bereits getilgt wurden. Dies beinhaltet auch Darlehen, von welchen nicht erwartet wird, dass sie Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten werden. Zusätzlich hat die RBI rund 10 Tausend in Euro vergebene Darlehen mit einem Volumen von rund € 400 Millionen ausstehend. Rund 9 Tausend weitere in Euro vergebene Darlehen wurden bereits zurückbezahlt.

Die sich daraus ergebende Rückstellung beträgt € 1.972 Millionen (Vorjahr: € 1.652 Millionen), davon € 1.856 für Schweizer-Franken- und € 117 Millionen für Euro-Kredite. Die Gesamthöhe der Rückstellung stellt die bestmögliche Schätzung des zukünftigen Abflusses von wirtschaftlichem Nutzen dar. Bei der Berechnung der Rückstellung für in Polen eingereichte Klagen ist es notwendig, sich eine Meinung zu Sachverhalten zu bilden, die grundsätzlich ungewiss sind, wie beispielsweise regulatorische Verlautbarungen, die Anzahl zukünftiger Beschwerden, der Umfang, in dem diese aufrechterhalten werden, und die Auswirkungen von Rechtsentscheidungen, die für eingegangene Ansprüche relevant sein können.

Rumänien

Im Oktober 2017 hat die rumänische Verbraucherschutzbehörde (ANPC) die rumänische Netzwerkbank, Raiffeisen Bank SA, Bukarest (RBRO), angewiesen, ihre angebliche Praxis, ihre Kunden nicht über künftige Änderungen des den Kunden verrechneten Zinssatzes zu informieren, einzustellen. Die Anordnung sah eine direkte Geldrückerstattung oder Zahlung seitens RBRO nicht ausdrücklich vor. Die RBRO hat diese Anordnung vor Gericht bekämpft, aber das Verfahren letztendlich verloren. Im September 2022 wurde die Entscheidung schriftlich ausgefertigt. Nach ersten Gesprächen mit der ANPC und gemäß einem externen Rechtsgutachten hat RBRO neue Rückzahlungspläne erstellt und begonnen, bestimmte Beträge und damit verbundene Zinsen an betroffene Kunden zurückzuzahlen. Basierend auf den aktuellsten internen Berechnungen wird erwartet, dass die negativen finanziellen Auswirkungen € 28,5 Millionen nicht übersteigen werden. Nachdem fast der gesamte oben genannte Betrag an Kunden ausgezahlt wurde, hat ANPC die RBRO aufgefordert detaillierte Informationen zur Umsetzung der Gerichtsentscheidung zur Verfügung zu stellen und RBRO ist dieser Aufforderung Anfang 2023 nachgekommen. Es wurde eine Rückstellung in Höhe von € 2 Millionen (Vorjahr: € 3 Millionen) gebildet.

Darüber hinaus ist die RBRO in eine Reihe von Gerichtsverfahren, darunter auch Sammelklagen, sowie in Verwaltungsverfahren der ANPC insbesondere im Zusammenhang mit Verbraucherkrediten und Girokontenverträgen involviert. Die Verfahren basieren im Wesentlichen auf der Behauptung, dass bestimmte vertragliche Bestimmungen und Praktiken der RBRO gegen Verbraucherschutzgesetze und -vorschriften verstoßen. Solche Verfahren können Verwaltungsstrafen, die Unwirksamkeit von Vertragsklauseln, die rückwirkende Änderung von Zahlungsplänen und die Erstattung bestimmter Gebühren oder Teile von Zinszahlungen, die Kunden in der Vergangenheit in Rechnung gestellt wurden, nach sich ziehen.

Eines der ANPC-Verfahren betrifft einen großen Teil des rumänischen Bankensektors, darunter auch RBRO. ANPC hat die Methode bestritten, wie Raten im Zusammenhang mit Verbraucherkrediten berechnet werden, und behauptet, dass Rückzahlungspläne mit festen Raten, die sich zu Beginn der Rückzahlung aus einem größeren Zinsanteil und einem geringeren Kapitalanteil zusammensetzen, für Verbraucher nachteilig sein und daher zu gleichen Teilen aus Kapital und Zinsen bestehen sollten. Sie erließ eine Anordnung, diese Praxis einzustellen, aber eine Reihe von Banken, darunter RBRO, haben vor Gericht eine Aussetzung der Anwendung dieser ANPC-Maßnahme erwirkt. Da der Inhalt der Anordnung unklar ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgestellt werden, ob es zu negativen finanziellen Auswirkungen auf RBRO kommen wird und, wenn ja, welcher mögliche Schaden damit verbunden ist. Im Falle einer zwingenden Änderung der Rückzahlungspläne könnten die Auswirkungen jedoch erheblich sein.

Im Juni 2024 erhielt RBRO einen weiteren ANPC-Bericht, der im Wesentlichen den gesamten rumänischen Bankenmarkt betrifft und auf einer ANPC-Untersuchung darüber basiert, wie Banken der Verpflichtung zur ausreichenden Information der Kunden nachkommen. Basierend auf dem Vorwurf einer „betrügerischen Praxis“ der Banken verlangt der Bericht von den Banken, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Bei Verbraucherkrediten mit variablen Zinssätzen ist ANPC der Meinung, dass die Banken einen Zinssatz hätten anwenden sollen, der aus einem öffentlichen Index (wie ROBOR, EURIBOR, etc.) plus einer Marge besteht, und nicht eine Art „Marktzinssatz“ (nicht an einen öffentlichen Index gebunden). Somit müssten variable Zinssätze, die als „Marktzinssätze“ ausgestaltet sind, auch rückwirkend, neu berechnet werden, indem vom anfänglichen variablen Zinssatz der zu Beginn der ersten variablen Zinsperiode gültige öffentliche Index abgezogen wird. Die Differenz würde dann als Marge auf den öffentlichen Index angewendet, der für die jeweilige variable Zinsperiode gilt, und das Ergebnis würde den Zinssatz für diese Periode darstellen. Da sich die Ratenzahlungen aus Zins- und Tilgungszahlungen zusammensetzen, unterliegen alle Komponenten einer Neuberechnung, als ob der Index plus Marge von Anfang an angewendet worden wäre. (ii) Bei CHF-Darlehen müssten die ausstehenden Kapitalbeträge sowie die Raten neu berechnet werden, indem das CHF-Exposure zu dem zum Datum der jeweiligen Kreditverträge gültigen Wechselkurs in Euro umgerechnet wird und die Raten berechnet werden, als ob die Kredite in Euro gewährt worden wären, jedoch unter Anwendung des CHF-Zinssatzes. Beide Maßnahmen scheinen sowohl für laufende Kredite als auch für Kredite zu gelten, die in den letzten sechs Monaten vor dem Datum des ANPC-Berichts (7. Juni 2024) zurückgezahlt wurden. RBRO ist der Meinung dass sie rechtskonform gehandelt hat und hat gegen den ANPC Bericht Rechtsmittel eingelegt. Sollte diese Klage abgewiesen werden, wird dies infolge der beiden zuvor erwähnten Neuberechnungsmaßnahmen, zu Rückzahlungen an die betroffenen Kunden führen.

Bankgeschäft

Nach der Insolvenz der Alpine Holding GmbH (Alpine) im Jahr 2013 reichten Kleinanleger in Österreich eine Reihe von Klagen im Zusammenhang mit einer von der Alpine im Jahr 2012 begebenen Anleihe im Gesamtnennbetrag von € 100 Millionen gegen die RBI und ein weiteres Kreditinstitut ein. Die Ansprüche gegen die RBI beliefen sich ursprünglich auf etwa € 10 Millionen. Gesamthaft wurden Klagen in Höhe von € 8 Millionen direkt durch einzelne Anleger oder indirekt mittels Sammelklage durch die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte geltend gemacht. Aufgrund einiger eingestellter Verfahren sowie von beschränkten Ansprüchen beträgt der Streitwert der gegenüber der RBI anhängigen Gerichtsverfahren derzeit rund € 6,7 Millionen. Vorgebracht wird unter anderem, dass die Banken als Joint Lead Manager der Anleiheemission gehandelt hätten und zum Zeitpunkt der Emission Kenntnis von finanziellen Problemen der Alpine hatten oder zumindest Kenntnis davon hätten haben müssen. Ihnen sollte daher bekannt gewesen sein, dass die Alpine nicht imstande gewesen sei, die Anleihen gemäß den Anleihebedingungen zurückzuzahlen. Die Kläger behaupten, dass der Kapitalmarktprospekt in Bezug auf die Anleihe irreführend und unvollständig gewesen sei und die Joint Lead Manager einschließlich der RBI, dies gewusst hätten. Im Dezember 2023 hat das Gericht in erster Instanz in mehreren zusammengefassten Verfahren in einem Teilurteil die auf Prospekthaftung basierenden Ansprüche von Anlegern gegen die RBI in Höhe von insgesamt rund € 5,9 Millionen abgewiesen. Das erstinstanzliche Urteil wurde vom Gericht zweiter Instanz bestätigt. Die Kläger haben dagegen im September 2024 Revision beim Obersten Gerichtshof erhoben. Die Höhe der Ansprüche gegen die RBI in diesem Rechtsmittelverfahren wurde von € 5,9 Millionen auf € 5,7 Millionen reduziert.

2013 reichte ein zyprisches Unternehmen (der zyprische Kläger) eine Schadenersatzklage in Höhe von rund € 43 Millionen gegen die slowakische Tochtergesellschaft der RBI, Tatra banka, a.s. (Tatra banka) ein. Im Jänner 2016 stellt der zyprische Kläger einen Antrag auf Erhöhung der Klagsumme um € 84 Millionen, und das Gericht genehmigte diesen Antrag. Das bedeutet, dass die Klagsumme in diesem Verfahren insgesamt rund € 127 Millionen beträgt. Dieses Verfahren basiert auf ähnlichen Gründen wie die Klage eines Kunden der Tatra banka (der slowakische Kunde), welches in der Zwischenzeit von den slowakischen Gerichten zur Gänze abgewiesen wurde. Der zyprische Kläger, der die Klage eingereicht hat, hatte die Forderung von einem Anteilseigner der Holding des slowakischen Kunden übernommen. Der zyprische Kläger behauptet, dass die Tatra banka gegen ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem slowakischen Kunden verstoßen hat, weil sie sich ohne Grund geweigert hat, Zahlungen vom Konto des slowakischen Klägers durchzuführen und auch die Verlängerung der Kreditfazilitäten trotz vorheriger Zusage nicht erfolgt ist, was dazu führte, dass der slowakische Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber seinen Geschäftspartnern nicht nachkommen konnte und seine Geschäftstätigkeit einstellen musste. Laut dem zyprischen Kläger führte dies zur Einstellung der Geschäftsaktivitäten und, in der Folge, zum Konkurs des slowakischen Kunden und so auch zu einem Schaden für den Anteilseigner der Holding durch den Wertverlust der Geschäftsanteile. In der Folge übertrug besagter Anteilseigner seine Forderung an den zyprischen Kläger. Der zyprische Kläger argumentiert, dass die Tatra banka gegen die guten Sitten verstoßen und im Widerspruch zu einem fairen unternehmerischen Handeln agiert hat und fordert die Tatra banka auf, eine Entschädigung entsprechend dem Wertverlust der Geschäftsanteile der Holding zu zahlen. Im November 2019 wurde die Klage vom erstinstanzlichen Gericht in vollem Umfang abgewiesen. Der zyprische Kläger hat gegen das Urteil im Jänner 2020 Berufung erhoben. Im Juni 2022 wurde das Urteil des Berufungsgerichtes, in dem das erstinstanzliche Urteil bestätigt wurde, der Tatra banka zugestellt. Im August 2022 legte der zyprische Kläger ein außerordentliches Rechtsmittel gegen das Urteil des Berufungsgerichts ein. Im August 2024 hob der Oberste Gerichtshof das Urteil des Berufungsgerichts auf und wies den Fall zurück an das Berufungsgericht.

Im ersten Quartal 2021 erfuhr die RBI von einer Klage, die ein indonesisches Unternehmen bereits im November 2020 in Jakarta gegen sie eingereicht hatte. Die behauptete Forderung auf Ersatz von Vermögensschäden wird mit rund USD 129 Millionen (€ 115 Millionen) und die auf Ersatz von ideellen Schäden mit USD 200 Millionen (€ 179 Millionen) beziffert. Die Klage wurde der RBI im Mai 2022 zugestellt. Am 27. Juni 2023 entschied das Bezirksgericht Süd-Jakarta (Pengadilan Negeri Jakarta Selatan), dass die RBI gegenüber dem indonesischen Unternehmen eine rechtswidrige Handlung gesetzt habe, und verurteilte die RBI zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe von USD 119 Millionen (€ 106 Millionen). Die RBI hat angesichts der Rechts- und Faktenlage gegen dieses Urteil beim Landesgericht Jakarta (Pengadilan Tinggi Jakarta) Berufung erhoben. Im März 2024 entschied das Landesgericht Jakarta zugunsten der RBI und wies die Klage mangels indonesischer Gerichtsbarkeit zurück. Der Kläger brachte im Juni 2024 eine Revision beim Obersten Gerichtshof Indonesiens (Mahkamah Agung Republik Indonesia) ein, gegen welche die RBI eine Revisionsbeantwortung einreichte.

Durchsetzung durch Regulierungsbehörden

Nach einer Rechnungsprüfung durch den rumänischen Rechnungshof in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der Aedificium Banca pentru Locuinte S.A. (RBL), (ehemalige Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A.), einer Bausparkasse und Tochtergesellschaft der Raiffeisen Bank S.A., Bukarest, erklärte der Rechnungshof, dass einige Mängel festgestellt und Bedingungen für die Auszahlung von staatlichen Bausparförderungen nicht erfüllt worden seien. Sollte es der RBL nicht gelingen, diese Beträge von ihren Kunden zurückzufordern oder eine zufriedenstellende Dokumentation vorzulegen, kann sie für die Zahlung dieser Mittel haftbar gemacht werden. Die RBL hat die Überprüfungsergebnisse des rumänischen Rechnungshofs in einem Gerichtsverfahren angefochten und hinsichtlich der relevantesten behaupteten Mängel obsiegt. Es wurde beim rumänischen Obersten Gerichts- und Kassationshof Berufung erhoben. Im November 2020 hob der rumänische Oberste Gerichts- und Kassationshof die vorherige Gerichtsentscheidung auf und bestätigte die Ansicht des rumänischen Rechnungshofs. Ende Juni 2022 nahm die RBL eine rechtliche Bestimmung in Anspruch, die es Unternehmen ermöglicht, Schulden an den Staat (Hauptbetrag/principal – bzw. die staatlichen Bausparförderungen) zu zahlen und von der Zahlung zusätzlicher Beträge (Strafzinsen) befreit zu werden. Die RBL hat den Hauptbetrag in Höhe von € 23 Millionen bezahlt und einen Antrag auf Befreiung von der Zahlung zusätzlicher Beträge in Höhe von € 30 Millionen gestellt. Im Juli 2022 lehnte das Ministerium für Entwicklung, Öffentliche Arbeiten und

Verwaltung den Antrag der RBL auf Befreiung ab. Die RBL hat diese Entscheidung vor Gericht angefochten. Im Dezember 2022 forderte das Ministerium die RBL auf, auch die Strafen innerhalb von 30 Tagen zu bezahlen. Die RBL hat diese Zahlungsaufforderung sowohl beim Ministerium als auch vor Gericht angefochten. Zusätzlich hat die RBL vor Gericht einen Antrag auf Aussetzung der Zahlungsaufforderung gestellt, da die RBL der Auffassung ist, dass die Befreiung gewährt werden hätte müssen und die RBL daher von der Strafzahlung entbunden werden sollte. Dem Antrag auf Aussetzung der Zahlung wurde vom Gericht stattgegeben. Diese Entscheidung ist nun endgültig. Im Mai 2023 erwirkte RBL eine gerichtliche Entscheidung, dass die Befreiung gewährt werden hätte müssen und dass das Ministerium sie gewähren sollte. Das Ministerium legte gegen diese Entscheidung jedoch ein Rechtsmittel ein. Im Mai 2024 wies das Gericht zweiter Instanz das Rechtsmittel zurück und die Entscheidung des Gerichts erster Instanz, dass das Ministerium die Befreiung gewähren muss, ist nun rechtskräftig. Damit ist RBL von der Zahlung der Strafen befreit. Um diesen Fall formell zu beenden, hat das Ministerium eine formelle Befreiungsentscheidung erlassen, die der RBL im Oktober 2024 zugestellt wurde.

Im März 2018 wurde von der FMA im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens gegen die RBI eine Verwaltungsstrafe in Höhe von € 2,7 Millionen (die auf der Grundlage des konsolidierten Jahresumsatzes der RBI berechnet wurde und sich auf 0,06 Prozent des letzten verfügbaren konsolidierten Jahresumsatzes beläuft) für eine angebliche Nichteinhaltung von formalen Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit dem Know-your-Customer-Prinzip verhängt (Ursprüngliche FMA-Entscheidung). Nach Auslegung der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) hatte die RBI in einigen wenigen Einzelfällen diese administrativen Verpflichtungen nicht eingehalten. Die FMA behauptete nicht, dass Geldwäsche oder ein anderes Verbrechen stattgefunden hätte oder dass ein Verdacht auf eine kriminelle Handlung oder ein Zusammenhang mit einer solchen bestünde. Die RBI vertrat die Auffassung, dass sie allen Sorgfaltspflichten in Bezug auf die Know-your-Customer-Anforderungen ordnungsgemäß nachgekommen sei, und erhob Beschwerde gegen die Ursprüngliche FMA-Entscheidung in ihrer Gesamtheit. Das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) bestätigte in erster Instanz die Ursprüngliche FMA-Entscheidung (Erste Berufungsentscheidung), wogegen die RBI jedoch in vollem Umfang Revision erhob. Im Dezember 2019 hob der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) die Erste Berufungsentscheidung auf und verwies den Fall an das BVwG zurück. In der erneuten Durchführung des Verfahrens bestätigte das BVwG am 6. Mai 2021 die Ursprüngliche FMA-Entscheidung grundsätzlich erneut, senkte jedoch die Verwaltungsstrafe auf € 824 Tausend und ließ erneut eine (zweite) Revision vor dem VwGH zu (Zweite Berufungsentscheidung). Die RBI erhob demgemäß Revision. Im Juli 2023 hob der VwGH die Zweite Berufungsentscheidung auf und verwies den Fall wieder an das BVwG zurück. In der erneuten Durchführung des Verfahrens bestätigte das BVwG am 25. April 2024 grundsätzlich erneut die Ursprüngliche FMA-Entscheidung, aber senkte die Verwaltungsstrafe auf € 2 Millionen (von dem in der Ursprünglichen FMA-Entscheidung verhängten Betrag von € 2,7 Millionen) und ließ erneut eine (dritte) Revision vor dem VwGH zu (Dritte Berufungsentscheidung). Die RBI erhob demgemäß Revision. Es wurde eine Rückstellung in angemessener Höhe gebildet.

Im September 2018 wurde von der FMA im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens zwei Verwaltungsstrafen in Höhe von insgesamt PLN 55 Millionen (€ 13 Millionen) gegen Raiffeisen Bank Polska S.A (RBPL), die ehemalige polnische Tochtergesellschaft der RBI, verhängt, da sie ihren Pflichten als Verwahrstelle und Liquidator bestimmter Investmentfonds angeblich nicht nachgekommen ist. Die RBPL als Verwahrstelle von Investmentfonds hat im Februar 2018 die Rolle des Liquidators für bestimmte Fonds übernommen. Nach Einschätzung der polnischen Finanzaufsichtsbehörde (KNF) ist die RBPL bestimmten Verpflichtungen in ihrer Funktion als Depotbank und Liquidator der Fonds nicht nachgekommen. Im Zuge der Transaktionen im Zusammenhang mit dem Verkauf des Kernbankengeschäfts der RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. hat die RBI die Verantwortung für die dargelegten Verwaltungsverfahren und die damit verbundenen Strafen übernommen. Die RBI hat gegen sämtliche Strafen Berufung eingelegt. Im September 2019 hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft der Berufung der RBI in Bezug auf die Strafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) bezüglich der Pflichten der RBPL als Depotbank stattgegeben und die Entscheidung der KNF vollständig aufgehoben. Die KNF legte gegen das Urteil Kassationsbeschwerde ein. Im Hinblick auf die Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 12 Millionen) in Bezug auf die Funktion der RBPL als Liquidator hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft die Berufung abgewiesen und die Entscheidung der KNF vollständig bestätigt. Die RBI hat beim Obersten Verwaltungsgericht Kassationsbeschwerde eingelegt, da sie der Ansicht ist, dass die RBPL all ihren Pflichten vollumfänglich nachgekommen ist. Im April 2023 verwies das Oberste Verwaltungsgericht den Fall bezüglich der Geldstrafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) zur erneuten Prüfung an das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft zurück. Weiters hat das Oberste Verwaltungsgericht die Kassationsbeschwerde der RBI bezüglich der Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 12 Millionen) abgewiesen. Diese ist nunmehr final. Allerdings legte die RBI im Oktober 2023 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde in Bezug auf dieses Urteil ein. Im Oktober 2023 hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft die Berufung der RBI abgewiesen und die Entscheidung der KNF, welche die Strafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) gegen die RBI aufgrund angeblicher Pflichtverletzung als Depotbank für bestimmte Investmentfonds verhängte, bestätigt. Gegen dieses Urteil wurde beim Obersten Verwaltungsgericht Kassationsbeschwerde eingelegt. Beide Geldstrafen wurden bereits bezahlt.

In diesem Zusammenhang wurden mehrere Einzelklagen und vier Sammelklagen, in denen Ansprüche von Inhabern von Zertifikaten der oben genannten Investmentfonds zusammengefasst werden, gegen die RBI eingereicht. Der Gesamtstreitwert per 30. September 2024 beträgt rund PLN 79,6 Millionen (€ 19 Millionen). Darüber hinaus wurde die RBI darüber informiert, dass dem Gericht eine Änderung der Klageschrift vorgelegt wurde, die zu einer Erhöhung des Gesamtstreitwerts um rund PLN 91 Millionen (€ 21 Millionen) führen könnte. Diese Änderung wurde der RBI jedoch noch nicht zugestellt. Die Kläger im Rahmen der Sammelklagen fordern, dass die Verantwortung der RBI für die behaupteten mangelhaften Leistungen der RBPL (deren Rechtsnachfolgerin die RBI ist) als Depotbank festgestellt wird. Eine derartige Feststellung würde die finanziellen Ansprüche der Kläger für weitere Rechtsstreitigkeiten sichern und erleichtern. Aufgrund der Rechtseinschätzung der RBI wurde keine Rückstellung gebildet. Darüber hinaus hat die RBI eine Anzahl von Benachrichtigungen über Ansprüche seitens BNP im Zusammenhang mit bestimmten Bankgeschäften, für die BNP Rechtsnachfolger der RBPL ist, erhalten. Diese Forderungsmittel beziehen sich hauptsächlich auf Verwaltungsverfahren, die von der KNF (Polish Financial Supervision

Authority) im Zusammenhang mit angeblichen Versäumnissen der RBPL/BNP als Verwahrer von Investmentfonds durchgeführt wurden, und können zu Geldstrafen führen. Darüber hinaus wurden in diesem Zusammenhang Ansprüche von Anlegern gegenüber der BNP erhoben. Die RBI unterstützt die BNP in diesen Zusammenhang. Die finanziellen Auswirkungen sind derzeit nicht abschätzbar.

Im November 2020 hat die Bundeskammer für Arbeitnehmer und Angestellte (BAK) eine Unterlassungsklage gegen die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. (R BSPK), eine hundertprozentige Tochter der RBI, beim Handelsgericht in Wien eingebracht. R BSPK hatte langjährige Bausparverträge in Höhe von insgesamt rund € 94 Millionen gekündigt. Der Mindestzinsatz für diese täglich fälligen Bauspareinlagen lag zwischen 1 Prozent p.a. und 4,5 Prozent p.a. BAK behauptet, dass die R BSPK nicht das Recht hatte, solche Verträge zu kündigen, während die R BSPK der Ansicht ist, dass diese Verträge ein Dauerschuldverhältnis darstellen, das nach österreichischem Recht durch ordnungsgemäße Kündigung gekündigt werden kann. R BSPK erhielt die Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts im August 2021 und des zweitinstanzlichen im Februar 2022, beide stellten im Wesentlichen fest, dass die Kündigung der Bausparverträge als unrechtmäßig anzusehen ist. R BSPK hat im März 2022 gegen die Entscheidung des zweitinstanzlichen Gerichts Berufung eingelegt. Im November 2023 erhielt R BSPK die Entscheidung des österreichischen Obersten Gerichtshofs, den Fall an das Handelsgericht Wien zurückzuverweisen, um den Gegenstand der Klage (d. h. die Einzelheiten des Vertragsverhältnisses zwischen R BSPK und ihren Kunden im Hinblick auf die gekündigten Bausparverträge) zu prüfen. Das Handelsgericht Wien hat die Verhandlung im Mai 2024 geschlossen und im Juli 2024 die Unterlassungsklage der BAK abgewiesen. Die Entscheidung ist nun rechtskräftig und das Verfahren beendet.

Im Jänner 2023 wurde die RBI von der FMA informiert, dass ein Verwaltungsstrafverfahren wegen einer angeblichen Nichteinhaltung von bestimmten rechtlichen Vorschriften bezüglich dem Know-Your-Customer Prinzip in Verbindung mit drei Kunden aus dem Korrespondenzbankgeschäft der RBI eingeleitet wurde. Die verfahrensgegenständlichen Transaktionen wurden von der RBI zwischen 2017 und 2020 abgewickelt. Gemäß der Auslegung der FMA hätte sich die RBI nicht ausreichend davon überzeugt, dass diese Banken angemessene Due-Diligence-Prozesse zu ihren eigenen Kunden aus deren eigenen Korrespondenzbankgeschäft implementiert hätten. Daher wäre es der RBI, aus Sicht der FMA, nicht gelungen, ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden Verwaltungsvorschriften vollständig zu erfüllen. Die FMA hat allerdings nicht behauptet, dass tatsächlich Geldwäsche oder ein anderes Verbrechen stattgefunden hätte oder dass ein Verdacht auf oder in Zusammenhang mit einer anderen kriminellen Handlung vorgelegen sei. Im Juni 2024 stellte FMA das Verwaltungsstrafverfahren in Bezug auf eine Bank ohne Strafe ein, verhängte aber eine Verwaltungsstrafe von € 2,07 Millionen über RBI in Bezug auf die anderen beiden Banken. Im Juli 2024 brachte RBI ein Rechtsmittel beim Bundesverwaltungsgericht (BVwG) ein und daher ist die Verwaltungsstrafe noch nicht rechtskräftig.

Im Jänner 2023 erhielt die RBI ein Auskunftersuchen (RFI) vom Amt zur Kontrolle von Auslandsvermögen (OFAC) des US-Finanzministeriums. OFAC überwacht und vollstreckt Wirtschafts- und Handelssanktionen auf der Grundlage der US-Außenpolitik und der nationalen Sicherheitsziele. Ein Verstoß gegen US-Sanktionen kann unter anderem Geldstrafen, das Einfrieren von Konten oder die Beendigung von Geschäftsbeziehungen mit US-Korrespondenzbanken zur Folge haben. Die von OFAC im RFI aufgeworfenen Fragen zielen darauf ab, den Zahlungsverkehr und die damit verbundenen Prozesse der RBI mit US-Korrespondenzbanken vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Zusammenhang mit Russland und der Ukraine zu klären. Die RBI arbeitet seit März 2023 auch mit dem US-Justizministerium (U.S. Department of Justice - „DOJ“) im Zusammenhang mit einer DOJ-Anfrage zur Einhaltung der Sanktionen gegen Russland durch die RBI zusammen. Ein Verstoß gegen das US-Strafrecht im Zusammenhang mit Sanktionen kann unter anderem zu Geldstrafen oder der Ernennung eines Beobachters führen. Die RBI verfügt aus Prinzip über Richtlinien und Verfahren, die konzipiert sind um die Einhaltung anwendbarer Embargos und Finanzsanktionen sicherzustellen, und kooperiert in Bezug auf deren Anfragen uneingeschränkt mit OFAC and DOJ, soweit dies nach geltenden Gesetzen und Vorschriften zulässig ist.

Steuerfälle

Am 7. Juli 2024 wurde ein Antrag auf Vorabentscheidung vom österreichischen Bundesfinanzgericht an den Gerichtshof der Europäischen Union gestellt, mit der Frage, ob die folgende Umsatzsteuerbefreiung des § 6 Abs. 1 Z 28 zweiter Satz österreichisches Umsatzsteuergesetz („UStG“) eine staatliche Beihilfe gemäß Art. 107 Abs. 1 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union darstellt. Gemäß § 6 Abs.1 Z 28 zweiter Satz UStG sind sonstige Leistungen steuerfrei, die zwischen Unternehmen erbracht werden, die überwiegend Bank-, Versicherungs- oder Pensionskassenumsätze ausführen, soweit diese Leistungen unmittelbar zur Ausführung der genannten steuerfreien Umsätze verwendet werden, und für die Personalgestaltung dieser Unternehmer an die im ersten Satz des § 6 Abs.1 Z 28 UStG genannten Zusammenschlüsse. Auf Grundlage dieser Regelung hat die RBI umsatzsteuerbefreite Leistungen erbracht und erhalten. Sollte der Gerichtshof der Europäischen Union entscheiden, dass es sich bei der Steuerbefreiung um eine (verbotene) staatliche Beihilfe handelt, ist damit zu rechnen, dass diese staatliche Beihilfe für die Vergangenheit (maximal für zehn Jahre) zurückgefordert wird. Daraus könnten sich Rückzahlungsverpflichtungen der RBI und mehrerer ihrer österreichischen Tochtergesellschaften in der Gesamthöhe von rund € 69 Millionen ergeben. Im Juli 2024 wurde eine Änderung des österreichischen Umsatzsteuergesetzes beschlossen, wonach die Umsatzsteuerbefreiung in § 6 Abs. 1 Nr. 28 Satz 2 UStG mit 1. Jänner 2025 entfällt. Da weder eine Klarstellung noch ein finales Urteil seitens des Gerichtshofes der europäischen Union zum Berichtstichtag vorlag wurde basierend auf der Rechtseinschätzung der RBI keine Rückstellung gebildet.

(39) Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen mit einem maßgeblichen Einfluss sind im Wesentlichen die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, Wien, als größter Einzelaktionär und ihre Muttergesellschaft, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien, sowie deren vollkonsolidierte Unternehmen. Unter verbundenen Unternehmen sind wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidierte verbundene Unternehmen dargestellt. Die Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen beschränken sich auf Bankgeschäfte, die zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden. Darüber hinaus besitzen die Vorstände Aktien der RBI AG. Detaillierte Informationen dazu sind auf der RBI-Homepage ersichtlich.

30.9.2024	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	16	416	1.004	909
Eigenkapitalinstrumente	1	206	646	189
Schuldverschreibungen	0	0	82	66
Kredite und Forderungen	15	210	276	654
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.437	148	5.309	1.147
Einlagen	2.437	148	5.308	1.147
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	1	0
Sonstige Posten	119	43	466	171
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	93	43	447	156
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	26	0	19	15
Nominalwert von Derivaten	89	0	173	1.093
Kumulierte Wertminderungen, kumulierte negative Veränderungen des Fair Values aufgrund von Kreditrisiken und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-2	0	0

31.12.2023	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	78	424	1.004	940
Eigenkapitalinstrumente	1	187	632	181
Schuldverschreibungen	29	0	110	69
Kredite und Forderungen	49	236	262	691
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.536	131	5.110	1.213
Einlagen	2.536	131	5.108	1.213
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	2	0
Sonstige Posten	100	24	493	143
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	60	24	492	129
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	40	0	2	13
Nominalwert von Derivaten	97	0	84	998
Kumulierte Wertminderungen, kumulierte negative Veränderungen des Fair Values aufgrund von Kreditrisiken und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-3	0	0

1.1.-30.9.2024	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Zinserträge	1	7	11	9
Zinsaufwendungen	-66	-3	-119	-53
Dividenerträge	0	15	33	3
Provisionserträge	3	29	8	7
Provisionsaufwendungen	-3	-2	-10	-18
Zu-/Abnahme von Wertminderungen, Fair-Value-Änderungen aufgrund von Kreditrisiko und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	3	2	0

1.1.-30.9.2023	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Zinserträge	3	7	12	8
Zinsaufwendungen	-53	-2	-85	-49
Dividenerträge	0	10	29	5
Provisionserträge	3	27	7	7
Provisionsaufwendungen	-3	-2	-42	-18
Zu-/Abnahme von Wertminderungen, Fair-Value-Änderungen aufgrund von Kreditrisiko und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	1	3	0

(40) Mitarbeiter

in Vollzeitäquivalenten	1.1.-30.9.2024	1.1.-30.9.2023
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl	44.810	44.574
davon Angestellte	44.217	43.957
davon Arbeiter	593	617
in Vollzeitäquivalenten	30.9.2024	31.12.2023
Stichtagsbezogene Mitarbeiteranzahl	44.535	44.887
davon Inland	5.001	4.836
davon Ausland	39.534	40.051

Regulatorische Angaben

(41) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Die RBI unterliegt den Eigenmittelerfordernissen gemäß Artikel 92 CRR sowie dem kombinierten Kapitalpuffererfordernis gemäß BWG, das einen Kapitalerhaltungspuffer (§ 22 BWG), einen Systemrisikopuffer (§ 23e BWG), einen Kapitalpuffer für systemrelevante Institute (§ 23d BWG) und einen antizyklischen Kapitalpuffer (§ 23a BWG) umfasst. Eine Verletzung dieser Anforderungen könnte zu Einschränkungen bei Dividendenausschüttungen und Kuponzahlungen führen.

Das in Österreich dafür zuständige Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) empfohlen, einen Systemrisikopuffer (SyRP) und einen Kapitalpuffer für systemrelevante Banken (O-SII-Puffer) für die RBI zu verordnen. Seit 1. Januar 2024 beträgt der SyRP 1 Prozent auf konsolidierter und 0,50 Prozent auf unkonsolidierter Ebene, der O-SII-Puffer 1,50 Prozent auf konsolidierter und 1,75 Prozent auf unkonsolidierter Ebene. Der Kapitalerhaltungspuffer beträgt 2,5 Prozent. Der antizyklische Kapitalpuffer wurde hingegen in Österreich auf 0 Prozent festgesetzt, ergibt jedoch auf Basis jener Pufferraten, die in anderen Mitgliedsstaaten festgelegt werden, und der entsprechenden gewichteten Durchschnittsberechnung des Geschäfts der RBI 0,63 Prozent.

Darüber hinaus schreibt die EZB der RBI auf Basis des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Prozesses (SREP) zusätzliches Kapital (Pillar 2 Capital Requirement, P2R) in Höhe von 2,80 Prozent vor, um Risiken abzudecken, die in Säule 1 nicht ausreichend berücksichtigt sind. Zudem erwartet die EZB die Einhaltung der Pillar 2 Guidance (P2G) in Höhe von 1,25 Prozent. Diese Anforderungen gelten seit 1. Januar 2024 und sind nur auf konsolidierter Ebene einzuhalten.

Die Kapitalanforderungen wurden laufend eingehalten, und zum 30. September 2024 ergab sich für die CET 1 Quote (inkl. Kombinierten Kapitalpuffererfordernisse) ein Erfordernis in Höhe von 11,70 Prozent, unter Berücksichtigung des P2G eine Quote in Höhe von 12,95 Prozent. Regulatorische Veränderungen werden beobachtet und in der Planung berücksichtigt.

Eigenmittelrechnung

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie weiteren gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. den Implementing Technical Standards (ITS) der European Banking Authority (EBA), ermittelt.

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	5.992	5.990
Einbehaltene Gewinne	15.251	13.518
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	-5.469	-5.046
Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	684	695
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	1.045	1.871
Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	17.502	17.028
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-59	-66
Abzugsposten für neu gebildete Wertberichtigungen	-121	0
Immaterielle Vermögenswerte (verringert um eventuelle Steuerschulden) (negativer Betrag)	-625	-620
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-1	-12
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	128	52
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	0	0
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	-2	-9
Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-20	-20
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250% zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-32	-52
davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-32	-52
Sonstige regulatorische Anpassungen	-116	-97
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) gesamt	-848	-825
Hartes Kernkapital (CET1)	16.654	16.203
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	1.669	1.669
Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	0	0
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	53	41
Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt	-33	-33
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.689	1.677
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	18.343	17.881
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.250	2.244
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	29	29
Kreditrisikoanpassungen	258	253
Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt	-103	-239
Ergänzungskapital (T2)	2.434	2.287
Eigenmittel gesamt (TC = T1 + T2)	20.777	20.168
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	97.736	93.664

Eigenmittelerfordernis und risikogewichtete Aktiva

in € Millionen	30.9.2024		31.12.2023	
	Risikogewichtigtes Obligo	Eigenmittelerfordernis	Risikogewichtigtes Obligo	Eigenmittelerfordernis
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	97.736	7.819	93.664	7.493
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Kredit-, Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	71.969	5.757	68.068	5.445
Standardansatz (SA)	28.952	2.316	25.966	2.077
Risikopositionsklassen exklusive Verbriefungspositionen	28.952	2.316	25.966	2.077
Zentralstaaten und Zentralbanken	11.158	893	5.285	423
Regionale und lokale Gebietskörperschaften	181	14	119	10
Öffentliche Stellen	112	9	124	10
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken	1	0	35	3
Institute	175	14	188	15
Unternehmen	5.833	467	6.412	513
Mengengeschäft	5.155	412	5.131	410
Durch Immobilien besicherte Forderungen	2.876	230	3.249	260
Ausgefallene Forderungen	320	26	548	44
Mit besonders hohem Risiko verbundene Risikopositionen	254	20	56	4
Gedekte Schuldverschreibungen	0	0	0	0
Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	81	6	81	6
Beteiligungen	1.778	142	1.620	130
Sonstige Positionen	1.028	82	3.116	249
Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (IRB)	43.016	3.441	42.102	3.368
IRB-Ansätze, wenn weder eigene Schätzungen der LGD noch Umrechnungsfaktoren genutzt werden	31.147	2.492	32.526	2.602
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0
Institute	2.247	180	3.014	241
Unternehmen - KMU	2.907	233	2.767	221
Unternehmen - Spezialfinanzierungen	4.237	339	4.299	344
Unternehmen - sonstige	21.756	1.740	22.446	1.796
IRB-Ansätze, wenn eigene Schätzungen der LGD bzw. Umrechnungsfaktoren genutzt werden	9.007	721	8.616	689
Risikopositionen gegenüber Unternehmen - Spezialfinanzierung	7	1	0	0
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, KMU	87	7	101	8
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, keine KMU	3.611	289	3.433	275
Mengengeschäft - qualifiziert revolving	520	42	569	46
Mengengeschäft - sonstige KMU	322	26	367	29
Mengengeschäft - sonstige, keine KMU	4.460	357	4.146	332
Beteiligungen	637	51	661	53
Einfacher Risikogewichtungsansatz	0	0	0	0
Sonstige Beteiligungspositionen	0	0	0	0
PD-/LGD-Ansatz	0	0	0	0
Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen	2.225	178	300	24

in € Millionen	30.9.2024		31.12.2023	
	Risikogewichtes Obligo	Eigenmittel- erfordernis	Risikogewichtes Obligo	Eigenmittel- erfordernis
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	20	2	21	2
Abwicklungs- und Lieferrisiko im Anlagebuch	0	0	0	0
Abwicklungs- und Lieferrisiko im Handelsbuch	20	2	21	2
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	9.399	752	8.573	686
Risikopositionsbetrag für Positions- Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach Standardansätzen (SA)	8.058	645	7.270	582
Börsengehandelte Schuldtitel	978	78	917	73
Beteiligungen	65	5	58	5
Besonderer Ansatz für Positionsrisiken in OGA	6	0	1	0
Fremdwährungen	6.983	559	6.292	503
Warenpositionen	26	2	2	0
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach internen Modellen (IM)	1.341	107	1.303	104
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (OpR)	14.502	1.160	14.786	1.183
Standardansatz (STA) bzw. alternativer Standardansatz (ASA) für operationelle Risiken (OpR)	14.502	1.160	14.786	1.183
Fortgeschrittene Messansätze (AMA) für operationelle Risiken (OpR)	0	0	0	0
Gesamtrisikobetrag für Anpassung der Kreditbewertung	180	14	201	16
Standardisierte Methode	180	14	201	16
Sonstige Risikopositionsbeträge	1.666	133	2.015	161
davon risikogewichtete Positionsbeträge für Kreditrisiko: Verbriefungspositionen (überarbeitete Verbriefungsregeln)	1.666	133	2.015	161

Regulatorische Kapitalquoten

in Prozent	30.9.2024	31.12.2023
Harte Kernkapitalquote (transitional)	17,0%	17,3%
Harte Kernkapitalquote (fully loaded)	16,9%	17,0%
Kernkapitalquote (transitional)	18,8%	19,1%
Kernkapitalquote (fully loaded)	18,7%	18,8%
Eigenmittelquote (transitional)	21,3%	21,5%
Eigenmittelquote (fully loaded)	21,2%	21,4%

Verschuldungsquote

Die Berechnung der Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ist im Teil 7 der CRR definiert. Auf Basis des Artikel 92 der CRR besteht zum 30. September 2024 eine verbindliche Anforderung von 3 Prozent:

in € Millionen	30.9.2024	31.12.2023
Gesamtrisikoposition	234.212	229.189
Kernkapital	18.343	17.881
Verschuldungsquote in Prozent (transitional)	7,8%	7,8%
Verschuldungsquote in Prozent (fully loaded)	7,8%	7,7%

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es liegen keine wesentlichen Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode vor.

Kennzahlen

Alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures, APM)

Der Konzern verwendet im Rahmen seiner Finanzberichterstattung auch alternative, nicht in den IFRS- oder CRR-Vorschriften definierte Leistungskennzahlen, um seine Finanz- und Ertragslage darzustellen. Sie sollten nicht isoliert, sondern als ergänzende Informationen betrachtet werden.

Diese Kennzahlen werden in der Finanzbranche häufig zur Analyse und Beschreibung der Ertrags- und Finanzlage verwendet. Die zur Berechnung verwendeten einzelnen Abschlussposten ergeben sich dabei aus der Art der Geschäftstätigkeit des Konzerns als Universalbankengruppe. Dabei ist zu beachten, dass die Definitionen von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Daher werden die von der RBI verwendeten Kennzahlen nachfolgend definiert.

Betriebsergebnis – Beschreibt das operative Ergebnis einer Bank im Berichtszeitraum; errechnet sich aus den Betriebserträgen (vor Wertminderungen) abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Sind primär Ertragsbestandteile des laufenden operativen Geschäftsbetriebs (vor Wertminderungen), sie bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Cost/Income Ratio – Gibt die Kosten des Unternehmens in Relation zum Ertrag an und vermittelt damit ein klares Bild über die operative Effizienz. Banken verwenden diese Kennzahl zur Unternehmenssteuerung und für den Vergleich ihrer Effizienz mit denen anderer Finanzinstitute. Errechnet wird die Cost/Income Ratio als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen (abzüglich Transaktionssteuer) zu den Betriebserträgen (abzüglich weiterverrechneter Transaktionssteuer sowie vor Wertminderungen). Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte. Die Betriebserträge bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Effektive Steuerquote – Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zum Ergebnis vor Steuern. Die effektive Steuerquote unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Rechnungslegungsfaktoren häufig vom gesetzlichen Steuersatz und ermöglicht damit einen besseren Vergleich zwischen Unternehmen. Die effektive Steuerquote bezeichnet den Durchschnittssatz, mit dem das Vorsteuerergebnis eines Unternehmens besteuert wird. Sie berechnet sich aus dem Gesamtsteueraufwand (Steuern vom Einkommen und Ertrag) in Relation zum Ergebnis vor Steuern. Der Gesamtsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern.

Loan/Deposit Ratio – Wird verwendet, um die Liquidität einer Bank zu beurteilen. Sie errechnet sich aus den Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte in Relation zu den Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten.

Nettozinsspanne – Wird für den Vergleich mit anderen Banken und als interne Kennzahl für die Rentabilität von Produkten und Segmenten verwendet; errechnet sich aus dem Zinsüberschuss in Relation zu den durchschnittlichen zinstragenden Aktiva (Gesamtaktiva abzüglich Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte, Steuerforderungen und sonstige Aktiva).

Neubildungsquote – Indikator für die Entwicklung der Risikokosten und die Vorsorgepolitik eines Unternehmens; berechnet sich aus den Wertminderungen und -aufholungen auf finanzielle Vermögenswerte (Kundenforderungen) in Relation zu den durchschnittlichen Kundenforderungen.

NPE/Non-performing Exposure, notleidendes Obligo – Beinhaltet alle notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPL/Non-performing Loans, notleidende Kredite – Beinhaltet alle notleidenden Kredite nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPE Ratio – Anteil der notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPL Ratio – Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPE Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite und Schuldverschreibungen durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPE zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen.

NPL Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPL zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute.

Return on Assets (ROA vor/nach Steuern, Vermögensrendite) – Rentabilitätskennzahl, die misst, wie effektiv ein Unternehmen sein Vermögen in einem gegebenen Zeitraum gewinnbringend verwalten kann; berechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bzw. nach Steuern in Relation zu den durchschnittlichen Aktiva (basierend auf der Bilanzsumme; durchschnittlich bezeichnet den Mittelwert der Jahresendzahl und der entsprechenden Monatswerte).

Return on Equity (ROE vor/nach Steuern, Eigenkapitalrendite) – Rentabilitätskennzahl für Management und Investoren, die sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Periodenergebnis im Verhältnis zum jeweiligen Basiswert (Eigenkapital oder gesamte Aktiva) berechnet. Der ROE zeigt die Ertragskraft der Bank gemessen an dem von ihren Aktionären investierten Kapital und damit den Erfolg von deren Investition. Dieser Parameter eignet sich gut dazu, die Rentabilität einer Bank mit jener anderer Finanzinstitute zu vergleichen; berechnet wird er aus dem Ergebnis vor Steuern oder nach Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital auf Monatsbasis (inklusive Kapital nicht beherrschender Anteile, ohne Ergebnis).

Konzern-Return-on-Equity – Berechnet sich aus dem Konzernergebnis abzüglich des Dividendenanspruchs auf das zusätzliche Kernkapital im Verhältnis zum durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital. Konzern-Eigenkapital ist das den Aktionären der RBI zurechenbare Kapital. Es wird durchschnittlich auf Monatsbasis ohne Kapital nicht beherrschender Anteile und ohne Konzernergebnis ermittelt.

Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) – Kennzahl für die risikoorientierte Erfolgssteuerung, die die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital) anzeigt; errechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis und dem risikoadjustierten Kapital (d. h. dem durchschnittlichen ökonomischen Kapital). Diese Kennzahl für den Kapitalbedarf wird im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt.

Eigenmittelspezifische Kennzahlen

Harte Kernkapitalquote – Hartes Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie.

Eigenmittelquote – Gesamte Eigenmittel in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Verschuldungsquote (Leverage Ratio) – Verhältnis des Kernkapitals zu allen Aktivposten in der Bilanz und außerbilanziellen Posten, soweit sie bei der Festlegung der Kapitalmessgröße nicht abgezogen werden. Die Berechnung erfolgt gemäß der in der CRD-IV-Richtlinie festgelegten Methode.

Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA) – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationelles Risiko.

Kernkapitalquote – Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BP	Basispunkte
BWG	Bankwesengesetz
CDS	Kreditausfalltausch (Credit Default Swap)
CE	Zentraleuropa (Central Europe)
CEE	Zentral- und Osteuropa (Central and Eastern Europe)
CET 1	Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1)
CoE	Eigenkapitalkosten (Cost of Equity)
CRR	Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation)
DCF	Abgezinster Zahlungsstrom (Discounted Cash-Flow)
EAD	Ausfallkredithöhe (Exposure at Default)
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority)
ECL	Erwartete Kreditverluste (Expected Credit Losses)
EE	Osteuropa (Eastern Europe)
ESAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz
ESG	Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance)
EZB	Europäische Zentralbank
FMA	Finanzmarktaufsicht
FMSG	Finanzmarktstabilitätsgremium
HQLA	Erstklassige, hochliquide Aktiva (High Quality Liquid Assets)
IAS/IFRS	International Accounting Standards/International Financial Reporting Standards
IBOR	Referenzzinssatz im Interbankengeschäft (Interbank Offered Rate)
IPS	Institutionelles Sicherungssystem (Institutional Protection Scheme)
IRB	Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (Internal Ratings Based)
ITS	Technische Durchführungsstandards (Implementing Technical Standards)
LCR	Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio)
LGD	Ausfallverlustquote (Loss Given Default)
MREL	Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities)
NPE	Notleidendes Obligo (Non-Performing Exposure)
NPL	Notleidende Kredite (Non-Performing Loans)
NSFR	Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio)
OTC	Außerbörslich (Over The Counter)
PD	Überfällig (Past Due)
PEPP	Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme)
POCI	Erworbene oder ausgereichte wertgeminderte Vermögenswerte (Purchased or Originated Credit Impaired)
RBI	Raiffeisen Bank International Konzern
RBI AG	Raiffeisen Bank International Aktiengesellschaft
RWA	Risikogewichtete Aktiva (Risk-Weighted Assets)
RORAC	Risikoadjustierte Eigenkapitalrendite (Return on Risk Adjusted Capital)
SA	Standardansatz (Standardized Approach)
SA-CCR	Standardansatz im Kontrahentenrisiko (Standardized Approach to Counterparty Credit Risk)
SEE	Südosteuropa (Southeastern Europe)
SICR	Signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos (Significant Increase in Credit Risk)
SIRP	Spezielle Verzinsungsperiode (Special Interest Rate Period)
SRB	Systemrisikopuffer (Systemic Risk Buffer)
SREP	Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process)
TLTRO	Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations)
UNEP FI	Finanz-Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UN Environment Programme Finance Initiative)
VaR	Value-at-Risk
WACC	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital)

> Impressum

Raiffeisen Bank International AG
Am Stadtpark 9
1030 Wien
Österreich
Telefon: +43-1-71 707-0
www.rbinternational.com

Redaktion: Group Investor Relations
Redaktionsschluss: 29. Oktober 2024

Group Investor Relations

Telefon: +43-1-71 707-2089
E-Mail: ir@rbinternational.com
www.rbinternational.com → Investoren

Communications

Telefon: +43-1-71 707-1298
E-Mail: communications@rbinternational.com
www.rbinternational.com → Media Hub

Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Raiffeisen Bank International AG zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie bekannten und unbekanntem Risiken sowie Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden.

Dieser Bericht wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Dieser Bericht wurde in deutscher Sprache verfasst. Der Bericht in englischer Sprache ist eine Übersetzung des deutschen Berichts. Allein die deutsche Version ist die authentische Fassung.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden in diesem Bericht alle Personenbezeichnungen in der männlichen Form verwendet. Darunter soll auch die weibliche Form verstanden werden.



Raiffeisen Bank
International

